



50 Jahre Mauerbau Vom Leben mit dem »antifaschistischen Schutzwall«

22. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Leipzig

5. und 6. Mai 2011

Dokumentation

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der Friedrich-Ebert-Stiftung
In Zusammenarbeit mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

22. Bautzen-Forum 5. und 6. Mai 2011

Grußworte

ROLAND SCHMIDT	6
HARALD MÖLLER	10
SABINE FRIEDEL	12
MARKO SCHIEMANN	16
CHRISTIAN SCHRAMM	20

Vortrag

CHRISTOPH KLESSMANN Der Mauerbau vom August 1961 – ökonomische und politische Hintergründe	23
--	----

Podiumsdiskussion

»Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten ...« – Folgen des Mauerbaus für das Leben in der DDR MARIA NOOKE, RAINER ECKERT, UWE-KARSTEN HEYE, WOLFGANG TIEFENSEE Moderation: BASTIAN WIERZIOCH	39
---	----

Zeitzeugengespräch

Politische Verfolgung, Flucht und Haft in der SBZ/DDR ANNE HAHN, ELLEN THIEMANN, JOHANNES OESTERHELT, HARTMUT RICHTER Moderation: CORNELIA LIEBOLD	59
---	----

Gespräch	81
Der Westen und die Mauer. Deutsch-deutsche Politik zwischen Mauerbau und Friedlicher Revolution HANS-JÜRGEN GRASEMANN, HINRICH LEHMANN-GRUBE Moderation: BASTIAN WIERZIOCH	
Podiumsdiskussion	97
Geeintes Land – Geteilte Erinnerung? HANKA KLIESE, HANNELORE KOHL, ROLAND JAHN, SIEGFRIED REIPRICH Moderation: STEFAN NÖLKE	
Der Fall Gross. Im Kofferraum von Ost- nach Westberlin. Ein Fluchtversuch endet im Stasi-Knast Bautzen II Ausstellungseröffnung in Anwesenheit von CHRISTA und PETER GROSS mit einer Einführung von SILKE KLEWIN und einem Grußwort von LUTZ RATHENOW	122
Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 22. Bautzen-Forums	139
Bautzen-Foren im Überblick	142
Impressum	146



Grußwort

ROLAND SCHMIDT

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Mitglieder des Bautzen-Komitees, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum 22. Bautzen-Forum darf ich Sie im Namen der Friedrich-Ebert-Stiftung sehr herzlich begrüßen. Es ist mir eine große Freude und ein besonderes Anliegen, dass ich nun erstmals die Gelegenheit habe, nach Bautzen zu kommen. Schon bald nach der Friedlichen Revolution und dem Ende der DDR, also vor über 20 Jahren, im November 1990, lud die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem neu eingerichteten Leipziger Büro zum ersten Bautzen-Forum ein. Den maßgeblichen Impuls zur Schaffung dieses Forums gab ein ehemaliger Inhaftierter, der spätere SPD-Politiker und Alterspräsident des Brandenburger Landtages Gustav Just. Er ist im Februar dieses Jahres mit knapp 90 Jahren verstorben. Zu den Podiumsgästen des ersten Bautzen-Forums gehörten die damalige Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, sowie der damals gerade ins Amt gewählte Bundesbeauftragte für die Unterlagen des ehemaligen Staatsicherheitsdienstes der DDR, Joachim Gauck. Nicht zuletzt aus diesem Grunde freue ich

mich sehr, dass wir morgen mit Roland Jahn Gaucks Nach-Nachfolger hier bei uns begrüßen können.

Harald Möller, der Vorsitzende des Bautzen-Komitees, den ich hiermit sehr herzlich begrüßen möchte, hat im letzten Jahr in seinem Grußwort zum 21. Bautzen-Forum unterstrichen, dass sich das Bautzen-Forum in den vergangenen Jahren als ausgesprochen wichtiges Instrument zur Aufarbeitung des SED-Unrechts erwiesen hat – dies insbesondere in einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem in den letzten Jahren in bestimmten Kreisen immer wieder behauptet wurde, dass die SED-Herrschaft nicht so schlimm gewesen sei.

Meine Damen und Herren, auch im Rahmen der Stiftungsarbeit haben die Bautzen-Foren einen ganz besonderen Stellenwert. Es gibt bei uns keine andere Veranstaltungsreihe, die einen derart »langen Atem« hat. Und ich darf Ihnen an dieser Stelle versichern, dass wir auch in Zukunft nach Kräften zur Weiterführung dieser wichtigen Arbeit zur historischen Aufarbeitung des SED-Unrechts stehen werden. Dass dies trotz geringer werdender Mittelausstattung und mancher Sorge in den vergangenen Jahren möglich war, dafür danke ich insbesondere der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die uns nun bereits im zweiten Jahr mit einem nennenswerten Beitrag unterstützt. Für die befruchtende Zusammenarbeit danken wir zudem einmal mehr dem Bautzen-Komitee, der Gedenkstätte Bautzen sowie dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie mit seinem Vorsitzenden Joachim Gauck.

Meine Damen und Herren, das Thema dieses 22. Bautzen-Forums lautet: »50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem »antifaschistischen Schutzwall«. Am 13. August 1961 wurde die längst vollzogene Teilung Deutschlands – als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs – gewissermaßen in Beton gegossen. Für die SED-Führungselite in der kommunistischen, von der Sowjetunion geschützten DDR war dies der entscheidende Schritt in Richtung Machterhalt und Unterbindung von freiheitlichen Strukturen und Parteien. Darüber wird in den beiden folgenden Tagen zu reden sein. Wir sind froh, dass es gelungen ist, erneut so viele prominente Referenten aus Wissenschaft, Politik und Medien zu gewinnen, aber auch Zeitzeugen, die bereit sind, über ihre damaligen Erfahrungen als politisch Verfolgte zu sprechen. Stellvertretend für andere begrüße ich hiermit den Zeithistoriker Dr. Christoph Kleßmann, bis zu seiner Emeritierung Professor an der Universität Potsdam. Mit Wolfgang Tiefensee ist es zudem gelungen, einen ehemaligen Bundesminister zu uns zu holen. Und ich freue mich auch, dass Hinrich Lehmann-Grube und Uwe-Karsten Heye, der für Prof. Jörg Hafkemeyer eingesprungen ist, bei uns sind.

Meine Damen und Herren, wir gedenken in diesem Jahr jedoch nicht nur des 50. Jahrestages des Mauerbaus, sondern auch des 65. Jahrestages der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Mit dem Schicksal vieler Sozialdemokraten, die in der SBZ und der späteren DDR Widerstand geleistet haben, beschäftigt sich die Ausstellung »Der Verfolgung ein Gesicht geben. Sozialdemokraten in der SBZ/DDR«, die Sie hier im Saal sehen können. Diese Ausstellung wird hier in Bautzen erstmals gezeigt und danach auf Wanderschaft gehen. Allein der Verdacht auf sogenannten Sozialdemokratismus konnte Menschen in der DDR in die Zuchthäuser von Bautzen, Waldheim oder Cottbus bringen. Diesen Wegen geht die Ausstellung nach. Sie porträtiert auf knappem Raum ein Dutzend Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, und zwar vor allem, wie sie auf ihre ganz persönliche Art dem Regime der SED widerstanden haben.

Naturgemäß kann die Ausstellung nur eine Auswahl von Personen präsentieren. Exemplarisch wird dabei aber die gesamte Bandbreite von Widerstandsformen deutlich – der Rückzug aus der Politik, die Flucht in den Westen, die innere Emigration trotz weiterhin bestehender Mitgliedschaft in der zwangsvereinten SED oder auch der offene Widerstand. Mit jeder öffentlich wahrnehmbaren Äußerung sozialdemokratischer Überzeugung waren unerbittliche Verfolgung und hohe Haftstrafen verbunden. Dies lässt sich an den einzelnen Schicksalen immer wieder ablesen. Natürlich hatte sich niemand vorstellen können, dass man allein wegen seiner sozialdemokratischen Überzeugung zu 25 Jahren Arbeits-erziehungslager oder Gulag bestraft werden kann. Auch die Befreiung aus den Gefängnissen dauerte weit länger als es die Betroffenen erwartet hätten. Erst nach Beginn der sogenannten Tauwetterperiode wurden nach und nach auch die politischen Gefangenen entlassen. Nicht wenige wurden erst 1964 freigekauft. Lothar Otter etwa, den ich hier ganz besonders begrüßen möchte, kam beispielsweise erst 1955 frei, nachdem er 1949 nach dem Verteilen von Flugblättern festgenommen worden war. Er wird auf einem der Ausstellungsbanner gemeinsam mit dem erst kürzlich verstorbenen Günther Schlierf als Teil des Widerstandes der Jugendorganisation Die Falken gezeigt.

Insgesamt spannt die Ausstellung den Bogen von der Zeit der Ausschaltung der SPD durch die gewaltsame Vereinigung mit der KPD im Frühjahr 1946 bis zum Mauerbau. 65 Jahre Zwangsvereinigung und 50 Jahre Mauerbau markieren aus unserer Sicht zwei der schrecklichsten Entwicklungen der kommunistischen Unterdrückung, die wir nicht vergessen werden. Wir möchten mit dieser Ausstellung einen eigenen thematischen Schwerpunkt setzen, mit dem wir ganz be-



sonders an die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erinnern, die sich diesem Regime widersetzen. Wir erinnern damit auch daran, wie schamlos die kommunistische Seite die sozialdemokratischen Hoffnungen auf die Beendigung des Kampfes zwischen den Arbeiterparteien ausgenutzt hat.

Die ganz wörtlich gemeinte Ausstellung von Verfolgung – indem man also den betroffenen Personen ein Gesicht gibt – ist der historischen Aufklärung verpflichtet und damit der Erinnerung an Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in SBZ und DDR. Die hier Geehrten stehen dabei beispielhaft für viele Mitglieder des politischen Widerstandes, die auch aus anderen politischen und gesellschaftlichen Gruppen kamen (etwa den Hochschulen oder anderen politischen Parteien) und die sich vielfach in den Gefängnissen der DDR wiederfanden. Auch sie sollen hier nicht vergessen werden.

Danken möchte ich zuletzt Frau Dr. Anja Kruke, der Leiterin unseres Archivs, unter deren Federführung in rascher Zeit diese Ausstellung entwickelt und konzipiert wurde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausstellung wünsche ich viele Besucher und dem 22. Bautzen-Forum viel Erfolg und gute Diskussionen.



Grußwort

HARALD MÖLLER

Sehr geehrter Herr Dr. Schmidt, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden,

»50 Jahre Mauerbau, vom Leben mit dem »antifaschistischen Schutzwall« lautet das diesjährige Thema des Bautzen-Forums der Friedrich-Ebert-Stiftung, bei dem Wissenschaftler und unmittelbar Betroffene ihre Erkenntnisse und Einsichten über dieses für Deutschland einmalige Bauwerk darlegen wollen.

Seit 1961 die Mauer und die fast unüberwindlichen Grenzzäune trotz der Erklärungen des damaligen Staatsratsvorsitzenden Ulbricht gebaut wurden, war das Objekt neben der Abschottung der Menschen innerhalb Deutschlands zur Todesgrenze geworden. Viele Menschen starben im Kugelhagel aufgehetzter DDR-Grenzer. Was jedoch waren die Ursachen für den Bau der Mauer und der Grenzanlagen? Im Partiejargon der SED wurden diese Beton- und Stahlwüsten als »antifaschistischer Schutzwall« propagandistisch verkauft. Tatsächlich jedoch war er gedacht, um die Bürger an der Flucht aus dem unmenschlich sich gebärdenden

Staat zu hindern. Es war eindeutig das erklärte Ziel, die Freiheit einzuschränken und das System zu retten.

Fast 30 Jahre Mauer und unüberwindbare Grenzsicherungsanlagen – das waren ebenso viele Jahre Demütigung, Schikanen und widerliche Kontrollen; das waren aber auch Schüsse, Verletzte und Tote. In diesen Jahren wurden Ängste geweckt, Hass erzeugt und Leben zerrissen.

Aus Archiven, Notizen und Protokollen sowie aus Tagesberichten der Grenztruppen der ehemaligen DDR wissen wir seit der Friedlichen Revolution die Ereignisse einzuordnen. Wir wissen insbesondere, dass Systeme Menschen pervertieren können, dass Herrschaft Gewalt erzeugt und dass sogenannte Heilslehren selbst Menschen mit gutem Gewissen zu Apparatschiks werden lässt, zu menschenverachtenden Vollstreckern, die selten ein moralisches Versagen spüren.

Es ist bedauerlich, dass für die von der Staatsführung der ehemaligen DDR begangenen Verbrechen kaum Verantwortliche zur Verantwortung gezogen worden sind. Eine Erwartung, die speziell auch für uns ehemalige Häftlinge kommunistischer Gewaltherrschaft nur in geringster Weise erfüllt worden ist und viele Fragen hinterlässt. Was uns besonders berührt und fassungslos macht, ist die Tatsache, dass es heute noch Menschen in unserem Land gibt, die in ihren Köpfen noch immer mit der Mauer leben. Das gilt sowohl für West- als auch für Ostdeutschland.

Hiermit möchte ich meine Ausführungen schließen, möchte aber auch noch ein großes Dankeschön sagen – und zwar zunächst an die Bundesstiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie, die beide wirtschaftlich dazu beigetragen haben, dass die Bautzen-Foren stattfinden können. Ein ganz besonderes Dankeschön aber möchte ich im Namen des Bautzen-Komitees dem Leipziger Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung aussprechen für die verdienstvolle Durchführung des seit über 20 Jahren stattfindenden Bautzen-Forums. Und so möchten wir Matthias Eisel, Bärbel Röhr und Birgit Elter im besonderen Dank eine Ehrenurkunde überreichen.



Grußwort

SABINE FRIEDEL

Sehr geehrter Herr Möller, sehr geehrter Herr Dr. Schmidt, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Kleßmann, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Herr Kollege Schieman und sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich herzlich für die Einladung hierher zum Bautzen-Forum und freue mich sehr, nun zum zweiten Mal Gast sein zu dürfen. Das Thema im letzten Jahr hieß »Unrechtsstaat DDR«. Und auch wenn ich nur 15 Jahre meines Lebens in diesem Staat verbracht habe, so hatte ich doch die eine oder andere Erfahrung gesammelt, um in meinem Grußwort zu diesem Thema etwas beitragen zu können.

Das heutige Thema macht es mir etwas schwerer: »50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem »antifaschistischen Schutzwall«, heißt es. Ich habe den Mauerbau selbst nicht erlebt. Ich glaube, dass das eine riesige Zäsur gewesen sein muss für alle, die den Prozess damals bewusst miterlebt haben. Für mich persönlich war die Mauer Normalität.

Als Kind war ich ganz fasziniert von griechischer Mythologie. Ich habe den »Prometheus« von Franz Fühmann bestimmt 30 Mal gelesen und die »Herakles«-Bücher von Hannes Hüttner. Ich habe mir einen Stammbaum der griechischen Mythologie zusammengebastelt – von Gaia und Uranos über alle Titanen und Götter bis hin zu Herakles und den Menschen. Und selbstverständlich war es ein großer Traum von mir, einmal im Leben in Griechenland auf der Akropolis zu stehen. Aber ich wusste natürlich genau, dass das nicht ging. Wegen der Mauer. Aber das war nicht etwa so, dass ich mich geärgert habe. Dass ich mir gesagt hätte: Blöde DDR, gäbe es die Mauer nicht, dann könnte ich nach Griechenland fahren. Nein, dass man nicht nach Griechenland fahren konnte (oder irgendwo anders hin), das war für mich normal. Das hatte irgendwie den Status eines Naturgesetzes. Man kann nicht einfach so auf den Mond fliegen. Und man kann eben auch nicht nach Griechenland fahren.

Zum ersten Mal habe ich das im Sommer 1988 anders empfunden. Da waren wir im »Lager für Arbeit und Erholung« in Potsdam und haben auf der Baustelle des Plattenbauviertels Neu Drewitz gearbeitet. Irgendwie konnte man da auf dem Weg nach Berlin in den Westteil der Stadt gucken und von Weitem sogar die Siegestsäule sehen. Da fiel mir zum ersten Mal auf, dass es den Westen wirklich gibt. Und dass er offenbar gar nicht so weit weg ist wie der Mond. Da ist mir erst richtig bewusst geworden, dass die Teilung Deutschlands von Menschen gemacht ist und kein Naturgesetz.

Und dann gab es eine zweite Begebenheit, die mir das noch deutlicher vor Augen geführt hat: Im September 1989 war das. Da war ja schon vieles in Bewegung, man hatte den ganzen Sommer lang von Flüchtlingen und Ungarn gehört. Eine Klassenkameradin war nicht aus dem Urlaub zurückgekommen. Und irgendwie hatte ich einen Aufruf des Neuen Forums in die Hand bekommen. An einem Abend hörten wir dann in der »Aktuellen Kamera«, dass man jetzt auch nicht mehr in die Tschechoslowakei fahren kann. Polen ging ja schon lange nicht ohne Visum. Das war der Augenblick, in dem ich mich zum ersten Mal richtig eingesperrt gefühlt habe. Und wahrscheinlich ging es vielen anderen genauso.

Dann ging ja alles ganz schnell, und innerhalb weniger Wochen wurde es völlig normal, nach Westberlin oder nach Hof oder sonst wohin zu fahren. Das bewusste Gefühl des Eingesperrtseins hat für mich also nur wenige Wochen gedauert. Und die reichen nicht, um sich auch nur im Entferntesten eine Vorstellung davon zu machen, wie das anderen Menschen ging: den Menschen, die die Mauer und die Teilung nicht für ein Naturgesetz gehalten haben. So viel man auch im Nachhinein darüber gelesen und gesehen haben mag – über Fluchtversuche, über

Hafterfahrungen, über den Aufwand und die Härte, mit welcher die DDR-Grenze gesichert wurde –, vieles bleibt trotzdem schwer vorstellbar aus der heutigen Entfernung. Umso größer ist mein Respekt vor all denen, die solche Erfahrungen persönlich machen mussten. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass ich heute wieder beim Bautzen-Forum sein darf.

Richard Schröder hat hier auf dem Bautzen-Forum vor einigen Jahren gesprochen. Da ging es um den Alltag in der DDR. Er sagte: Manches Verkehrte am damals Normalen fällt manchen erst rückblickend auf. So ging es auch mir. Selbstverständlich ist es völlig verkehrt, dass man sich nicht frei bewegen kann, wie man will. Das man nicht in andere Länder reisen kann. Aber ich habe das nicht für verkehrt, sondern für normal gehalten. Und offensichtlich ging es auch vielen anderen so. Mit dieser Normalität ausgestattet, hat die Mauer lange halten können. Lang genug, um Leuten wie mir als Naturgesetz zu erscheinen.

Wir werden im Laufe des Tages sicher noch viel über den antifaschistischen Schutzwall hören – über die Rechtfertigungspropaganda der DDR-Regierung, über Fluchtversuche, Schießbefehl und Todesopfer. Das alles sind Dinge, die die meisten Menschen in meinem Alter nur vom Hörensagen kennen, aus Artikeln und Büchern. Aus meinem eigenen – kurzen und entfernten – Erleben habe ich vor allem das eine gelernt: Dass es wichtig ist, nicht alle Dinge für normal zu halten. Dass man das Verkehrte im Normalen aufspüren muss, statt darüber hinwegzugehen. Das ist wichtig – für den einzelnen Menschen und noch mehr für die gesamte Gesellschaft. Viele von Ihnen haben genau das gemacht. Und damit zum Ende der DDR beigetragen, das, wenn man so will, deswegen kam, weil immer mehr Leuten die Dinge als unnormale und verkehrt erschienen.

Dass wir heute in einer Demokratie leben, enthebt uns nicht von der Pflicht, das Verkehrte im Normalen zu suchen. Im Gegenteil – und das sage ich als Politikerin ganz bewusst: Es ist wichtig, dass wir alle das Verkehrte im Normalen aufspüren. Davon gibt es ja auch heute noch genug. Und es ist heute, in einer Demokratie, eigentlich so viel einfacher, die Dinge zu ändern, als damals. Das ist unsere gemeinsame politische Verantwortung, lieber Herr Landtagskollege Schiemann, den Bürgerinnen und Bürgern durch unser Handeln zu zeigen, dass Politik wirklich gestalten und Dinge verändern kann. Und dass sie gern und bereitwillig aufnimmt, was die Bürgerinnen und Bürger verändert wissen wollen. Es ist das Verdienst des Bautzen-Forums, immer wieder daran zu erinnern, dass Menschen die Gesellschaft, in der sie lebten, hinterfragt haben – unter großem persönlichem Risiko. Und dass es aus Respekt vor ihrer Lebensleistung eine

bürgerliche und demokratische Pflicht für uns alle ist, auch unsere heutige Gesellschaft immer wieder zu hinterfragen.

Ich freue mich auf die Tagung, auch wenn ich nicht alle Gespräche miterleben kann, und wünsche dem 22. Bautzen-Forum viel Erfolg und den Gästen alles Gute.



Grußwort

MARKO SCHIEMANN

Sehr geehrter Herr Dr. Schmidt, sehr geehrter Herr Vorsitzender Harald Möller, liebe Kollegin Sabine Friedel, lieber Christian Schramm, liebe Kameradinnen, liebe Kameraden,

es ist für mich eine große Ehre, erneut hier in Ihrer Mitte sein zu dürfen. Das Bautzen-Forum bleibt auch nach zwei Jahrzehnten das größte und bedeutendste Opferforum, das an das Unrecht in der ehemaligen DDR erinnert. Dieses Forum wurde zur Heimat vieler ehemaliger Häftlinge, deren Angehörigen, Menschen, die widerstanden haben, und einer großen Zahl Interessierter, besonders der jungen Generation. In den zurückliegenden Jahren konnten wir sehr oft Schüler und Lehrer aus den Bautzener Schulen und aus dem Umland begrüßen, auch heute sehe ich wieder einige Lehrer unter uns. Es ist ein gutes Zeichen, das vom Bautzen-Forum ausgeht, dass nämlich Lehrer bereit sind hierherzukommen, um das Bautzen-Forum mit Ihnen gemeinsam zu erleben.

Ich danke ganz besonders der Friedrich-Ebert-Stiftung für die großen Mühen, die sie auf sich genommen hat, um dieses Jahr das 22. Bautzen-Forum auszurichten.

Diesen Dank verbinde ich vor allem mit Ihnen, Herr Matthias Eisel, und Ihren Damen und Herren. Das ist eine riesige Leistung. Wo gibt es schon solche Foren, die 22 Mal hintereinander ohne Pause den Opfern die Chance geben, sich zu beteiligen. Das ist eine Leistung, die auch in Deutschland viel mehr geachtet werden müsste.

Meine Vorredner haben schon darauf hingewiesen, dass der Bau der Berliner Mauer ein ganz besonderer Meilenstein in der Geschichte, die wir erlebt haben, war. Eine Abschottung von der westeuropäischen Demokratie. Neben vielen Toten bleibt die Mauer Sinnbild für unzählige persönliche Schicksale und genommene Chancen. Tausende Familien wurden zerrissen und nach Ost und West getrennt. Ich glaube, dass die Geschichtsschreibung auch diesen speziellen Fall viel zu wenig unter den menschlichen Aspekten beleuchtet hat. In der großen Weltpolitik wird die Trennung der Blöcke dargestellt. Aber das menschliche Leid, das, was sich danach abgespielt hat, findet meines Erachtens in der Geschichtsschreibung viel zu wenig Aufnahme. Ich glaube, dass Sie als Friedrich-Ebert-Stiftung jetzt die Chance ergriffen haben, darauf aufmerksam zu machen.

Auch dieses Forum, meine lieben Kameradinnen und Kameraden, sehr geehrte Damen und Herren, wird sich am Maßstab Erinnern, Diskutieren, Geschichte Ergänzen messen. Verbunden wird dieses Bautzen-Forum auch mit dem Anliegen, Mahnung zu bleiben, die Zeiten der Unfreiheit niemals wiederholen zu lassen. Diese Mahnung der Opfergeneration macht das Bautzen-Forum zu einem lebendigen Demokratieforum. Meine Kollegin Sabine Friedel hat darauf hingewiesen, dass Zeiten der Unfreiheit natürlich als Maßstab für danach folgende Gesellschaften da sein müssen und eine Mahnung darstellen, Demokratie immer wieder einzufordern. Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität – das haben mir viele Häftlinge aus ihrem eigenen Erleben erzählt – sind für viele nach der Haft zum Lebensmotto geworden. Und dies haben die Häftlinge immer wieder aufs Neue eingefordert. Sie haben auch für diejenigen gesprochen, die zu schwach, zu feige oder nicht willens waren, dies zu tun, und sie haben das mit Haft und persönlichen Schikanen bezahlt. Niemand sollte sich dieser Mahnung der ehemaligen Häftlinge entziehen. Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit sind die einzigen Chancen, Diktaturen auch künftig zu verhindern. Der Ruf aus Bautzen erscholl mit dem größten Häftlingsaufstand 1950. Ein Häftlingsaufstand in der DDR! Ich als Nachgeborener kann das nachlesen, aber stellen Sie sich einmal vor, unter einem harten Regime einen Häftlingsaufstand zu machen. Das ist nicht vergleichbar mit einer Häftlingsrevolte in einem Gefängnis etwa in Spanien. Der Ruf aus Bautzen muss weiter Gerechtigkeit für die ehemaligen Häftlinge ein-

fordern. Der Freistaat Sachsen wird weiter an der Seite der ehemaligen Opfer stehen. Begonnen hat es 1991 mit der Schließung der Stasi-Haftanstalt Bautzen II und dem Umbau zur Gedenkstätte. Vor zehn Jahren haben wir auf Wunsch der ehemaligen Häftlinge die Kapelle auf dem Karnickelberg errichtet. Die Beamten haben alle darüber den Kopf geschüttelt; wie kann der Freistaat Sachsen als Staat eine Kapelle bauen? Wir haben es nicht für uns getan, wir haben es zur Erinnerung für die Opfer getan!

In diesem Jahr stellt der Freistaat Sachsen zum ersten Mal zusätzlich 100.000 Euro für die Opferverbandsarbeit zur Verfügung. Dies ist zwar noch nicht die Opferstiftung, aber eine Garantie, dass die Arbeit der Opferverbände weitergehen kann. Wir wissen, dass das Bautzen-Forum jung bleiben wird, aber dass unser Lebensalter natürlich zunimmt und die Opferverbandsarbeit dadurch schwierig wird. Deshalb können es nur der Staat, vielleicht auch einige Stifter sein, die die Verbandsarbeit weiterführen. Nur so können die Opferverbände auch in die Lage versetzt werden, die staatlichen Mittel entsprechend zu nutzen und dann in der Verwendungsnachweisprüfung den rechtlichen Bedingungen entsprechend umzusetzen.

Dennoch habe ich eine Bitte: Wir dürfen nicht diejenigen vergessen, die 1989 mit ihren Demonstrationen die Gefängnisse von Bautzen/Budyšin geöffnet haben und so ihren Beitrag zur Friedlichen Revolution und schließlich zur deutschen Einheit geleistet haben.

Liebe Anwesende, Vergebung und Versöhnung sind individuelle Rechte, die immer das Schuldeingeständnis der Täter voraussetzen. Ohne Schuldeingeständnis kann auch der Betroffene, der in Haft war, keine Vergebung, keine Versöhnung erteilen. Deshalb wird der Ruf aus Bautzen weiter lauten: Gerechtigkeit für die Opfer! Wir stehen in der Verantwortung für die Opfer, die ihr Leben, ihre Jugend, ihre Familien, ihre berufliche Karriere verloren haben. Deshalb müssen wir uns auch künftig gegen die Verklärung der Geschichte wehren.

Achtung und Respekt der Lebensleistung müssen im gesellschaftlichen und staatlichen Handeln, besonders in Deutschland, einen stärkeren Platz in der Mitte der Gesellschaft erhalten. Es gibt sehr viele Ehrungen, bei denen Menschen zusammenkommen, bei denen Orden verliehen werden. Aber ich glaube, es gibt zu wenige Möglichkeiten, bei denen Opfer gemeinsam an einer Ehrung teilnehmen.

Ich bin heute Nacht aus Paris zurückgekommen. Dort hatte ich die Gelegenheit, mit einem Fachausschuss zu Gast zu sein. Ich habe als Nebenergebnis dort etwas erlebt, was mich zumindest für Deutschland froh stimmen würde, wenn es das

geben würde. Die Franzosen gehen mit den Menschen, die sich für Freiheit ihres Staates unter Opfern eingesetzt haben, anders in der Öffentlichkeit um. Es gibt dort jedes Jahr eine angemessene Ehrung für die Lebensleistung dieser Menschen. Das wäre etwas, was man in Deutschland nachholen müsste, damit Opfer gemeinsam diese Ehrung erleben könnten. Ich glaube, da haben wir Chancen, die wir auch nutzen sollten. Nutzen Sie das Bautzen-Forum! Ich bedanke mich nochmals ganz herzlich für die Einladung.



Grußwort

CHRISTIAN SCHRAMM

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden, damals – am 13. August 1961 – war ich neun Jahre alt, und als Kind waren mir die Opfer und die Bedeutung der Mauer noch nicht bewusst. Später war das Wissen um die Mauer, ihre Gründe, ihre Folgen und die Schüsse auf Flichende für mich ein starker Grund, an diesem Land zu zweifeln und die Redereien von Menschlichkeit und Gerechtigkeit als Lüge zu begreifen. Die Mauer hatte auch mein Leben beeinträchtigt, denn aus der Betonmauer wurde ja auch eine geistige Mauer, die viele Möglichkeiten und Auseinandersetzungen verhinderte. Später habe ich oft genug gemerkt, dass in einem geschlossenen Land auch die Gesellschaft geschlossen und manch Einzelner in sich selbst verschlossen wird. So hat die Mauer auch die Menschen verändert und sie ins scheinbar Unabänderliche gedrückt. An der Mauer starben Menschen, aber es starben auch Träume und Hoffnungen. Und für viele waren nur noch der politische Witz und Sarkasmus geblieben. Etwa so: Streifengang an der Berliner Sektorengrenze. Der Erste sagt: »Was würdest du tun, wenn die Mauer plötzlich einstürzen würde?« »Sofort auf

den Baum klettern!«, sagt darauf der Zweite spontan. »Wieso?«, möchte der Erste wissen. »Na, denkst du, ich will totgetrampelt werden?«, ist die Antwort. So weit der bittere politische Witz.

Dennoch gab es auch unterschiedliche Haltungen und Wahrnehmungen. Für einige Wenige war die Mauer aus persönlichen Gründen etwas durchlässiger. Manche wollten auch bewusst nicht über die Mauer und über die Grenze fliehen, denn sie wollten eine völkerrechtliche, politische, korrekte Öffnung, also das Ende der Abschottung, und haben dafür vor Ort gekämpft und unter Umständen auch gebüßt. Andere wiederum wurden gegen ihren Willen ausgebürgert. Manche schauten weg und verdrängten, und manche bauten sich sogar noch eine Mauer um ihren Schrebergarten. Andere versuchten wenigstens etwas Transparenz zu erreichen und den Gedanken an die mögliche deutsche Einheit hochzuhalten.

Mit der Mauer verbinden sich Bilder, die sich ins Gedächtnis brennen und die zugleich die Geschichte der Mauer repräsentieren. Bilder wie diese: Die Frau, die sich aus einem Haus Bornholmer Straße hangelt, um zu fliehen; der Soldat, der über den Stacheldraht in den Westen springt; der Check-Point Charlie; der Leichnam eines erschossenen Jugendlichen; Menschen, die auf der Mauer sitzen und feiern; der Kran, der ein Mauerteil weghebt.

Wir sind dankbar und stolz, dass die Mauer zu Fall gebracht wurde, und wir werden nicht vergessen, wer sich als Maurer und wer sich als Abreißer betätigt hat. Der Satz Willy Brandts wirkt heute wie eine erfüllte Prophetie: »Der Tag wird kommen, an dem das Brandenburger Tor nicht mehr an der Grenze liegt!« So Willy Brandt 1959 am Brandenburger Tor. Die Mauer bleibt aber im Gedächtnis der Menschen als Symbol, das nicht vergessen wird. Die Mauer war ein Symbol einer Niederlage und ist zugleich ein Symbol der gelungenen Freiheit. Sie war das Symbol der Trennung der politischen Systeme, der Unfreiheit und der Unmenschlichkeit, und zugleich ist der Fall der Mauer ein Symbol für die Kraft des Volkes und der Freiheit.

Zum Ende möchte ich gerne ein Gedicht vortragen; es heißt »Berliner Grenzverlauf« und stammt von Patricia Koelle:

Die Mauer bauten Menschen mit der Hand
auf dass ihr Land aus Angst gespalten sei
erst später fällt das Volk sie mit Verstand
fand sich nach langem Zweifel plötzlich frei

Die Mauer war jahrzehntelang Entsetzen
war Schweigen, Misstrauen, Ohnmacht, leise Wut
zerriss viel Leben gnadenlos in Fetzen
hat Hass und Tod gebracht und schließlich Mut

Die Mauer war ein hartes, dunkles Zeichen
ein Hintergrund der irrtümlichen Thesen
doch helle Einsicht ließ sie friedlich weichen
noch heute suchen wir daraus zu lesen

Und aberhundert Fragen bleiben stehen
warum das Unding jemals ward errichtet
weshalb wohl alle Zeiten Mauern sehen
wieso die Menschheit auf sich selbst verzichtet

Die Mauer läuft als eine kalte Narbe
nun ewig durch die lebensfrohe Stadt
ein bitterer Strich von unlöschbarer Farbe
den still man einstmals zu verzeihen hat

(Patricia Koelle: Berliner Grenzverlauf)

Ich danke Ihnen.



Vortrag

CHRISTOPH KLESSMANN

Der Mauerbau vom August 1961 – ökonomische und politische Hintergründe

In diesem Jahr jährt sich der Mauerbau in Berlin zum 50. Mal. Genau genommen ist das Datum 13. August der Tag der Absperrung, der Bau der Mauer wurde erst einige Tage später begonnen. Aber dieses Detail ist für unseren Zusammenhang nicht wichtig. Über die Mauer an einem Ort zu sprechen, der zu den schlimmsten politischen Haftanstalten in der DDR gehörte, hat natürlich noch eine besondere Note. Ich will jedoch das oft verwandte Bild von der DDR als einem großen Knast hier nicht strapazieren.

Die Mauer gibt es nicht mehr bis auf wenige mehr oder minder konservierte Überreste – einer davon steht beschmiert in meinem Dorf Groß Glienicke. Markierungen vor dem Brandenburger Tor, vor Museen und Gedenkstätten erinnern daran; ein Bildband zeigt sogar die Reste der Mauer in 125 Orten in zahlreichen Ländern der Welt. Ansonsten hat sich die Mauer zum prominenten Erinnerungsort aus der DDR verflüchtigt. Marion Detjen hat in einem entsprechenden Sammelband einen schönen Artikel dazu geschrieben.

Die Mauer ist Symbol für vieles, was integral zur DDR-Geschichte gehört: die vollständige Teilung Berlins und der beiden Hälften Deutschlands, die Diktatur der Grenze, zerrissene Familien, gebrochene Biografien, der Schießbefehl, den es angeblich nicht gab, Erschossene, Verblutete, Ertrunkene, Verhaftete, Freigeverkaufte – aber zeitweilig auch: Hoffnung der Linientreuen oder Sympathisierenden und späten Idealisten, den Sozialismus nun ohne Einwirkung von außen aufbauen zu können. Ein Monstrum mitten in Europa, über dessen historische Existenz künftige Generationen wahrscheinlich nur noch den Kopf schütteln können, weil schwer verständlich erscheint, wie so etwas möglich war. Vor 1989 war die Mauer viele Jahre Pflichtprogramm und Touristenattraktion in Berlin; nach dem 9. November 1989 dann unerschöpfliche Quelle der Mauer-spreche und Souvenirjäger aller Länder.

Im offiziellen, gedrechselten Amtsdeutsch der DDR lautete die Begründung für die Grenzschließung am 13. August 1961: »Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich sind.« Über Vorgeschichte, Ablauf und Folgen des Mauerbaus ist viel geschrieben und dokumentiert worden. Grundlegend neue Erkenntnisse dazu gibt es in diesem Jahr kaum noch. Ich soll hier primär über die große Politik im Kalten Krieg sprechen, über die ökonomischen und politischen Hintergründe des Mauerbaus, wobei die Reihenfolge sich auch umdrehen ließe, weil Politik und Ökonomie in diesem Fall besonders eng verflochten sind.

Zunächst hatte ich überlegt, meinem Vortrag den Titel zu geben: »Der Mauerbau – Anfang vom Ende der DDR?« Das wäre aus heutiger Perspektive wohl richtig. Aber die Formulierung wäre mir zu deterministisch. Denn es gibt in der Geschichte fast immer Alternativen, selbst wenn sie schwer zu konstruieren sind. Der Begriff »alternativlos« ist ja nicht umsonst zum Unwort des Jahres 2010 deklariert worden. Wichtiger noch: Das eigentliche Paradoxon des 13. August 1961, den man zu Recht auch als »heimlichen Gründungstag« der DDR charakterisiert hat, ist das Paradoxon von Stabilisierung und Untergang. Dieses Paradoxon ginge bei einem solchen Titel verloren.

Zur Mauergeschichte gehört für mich auch eine aus der Rückschau besonders erschreckende Erfahrung, die sich auf die SED-Diktatur insgesamt erstreckt: die fatale Gewöhnung an dieses monströse Bauwerk auf beiden Seiten. Die politische Phantasie reichte kaum aus, um sich den Fall und die rasante Pulverisierung der

Mauer vorzustellen. Denn seien wir ehrlich – niemand hat 1989 die Öffnung der Mauer und das schnelle Ende der DDR erwartet. Aber niemand hatte sich auch 1961 vorstellen können oder wollen, dass so etwas wie die Mauer mitten in Berlin oder auch später die mit deutscher Gründlichkeit perfektionierten Sperranlagen durch ganz Deutschland realisierbar seien. Ich habe im Herbst 2004 in Panmunjom die Grenze zwischen Nord- und Südkorea besuchen können. So makaber dieses Relikt eines heißen Krieges ist und so absolut die Trennung entlang des 38. Breitengrades zwischen beiden Landesteilen ausfällt, im Vergleich zu Berlin schien mir die Grenze zumindest optisch weniger brutal, weil sie eben nicht mitten durch eine Großstadt verläuft. Ein Mitarbeiter aus unserer Gruppe sagte damals: »Man stelle sich vor, es hätte nicht Westberlin gegeben, wie anders hätte sich die deutsche Nachkriegsgeschichte wohl entwickelt!« Damit bin ich schon bei den politischen Hintergründen des Mauerbaus.

Sie kennen alle den O-Ton von Walter Ulbricht auf der Pressekonferenz vom 15. Juni 1961: »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.« Wir pflegen das im Allgemeinen als eine freudsche Fehlleistung oder eine der vielen ulbricht-schen Lügen zu interpretieren. Zwar war ihm beides ohne Weiteres zuzutrauen, dennoch bietet sich eine andere Interpretation an, die zugleich mitten in die Diskussion führt. So paradox es klingt: Ulbricht wollte ebenso wie Chruschtschow mehr. Die Mauer aber, bzw. zunächst der Stacheldraht, war gewissermaßen die politisch mildere, wenn auch optisch spektakulärere Variante. Die damalige und in der Kurzfassung schon zitierte offizielle DDR-Version wird vielen von Ihnen bekannt sein. Sie hat in alle populären und wissenschaftlichen Darstellungen von DDR-Historikern und in die Schulbücher der DDR Eingang gefunden. Sie ist blanker Unsinn, der dennoch nicht ganz wirkungslos blieb. Daher zitiere ich die Fassung des Hochschullehrbuchs von 1981. Unter der immerhin neutralen Überschrift »Der 13. August 1961« werden zunächst die »gesteigerte Aggressivität des BRD-Imperialismus« und der »Wirtschaftskrieg gegen die DDR« mit Grenzgängertum und »gezielter Abwerbung« von Fachkräften und die »unmittelbaren Aggressionsvorbereitungen« des Westens betont. »Unter Ausnutzung der offenen Grenze und der Frontstadttrolle Westberlins sollten konterrevolutionäre Umtriebe provoziert werden und als Vorwand für den Einmarsch der Bundeswehr dienen.« Aus dieser abenteuerlichen These ergab sich dann folgerichtig diese Interpretation: »Die Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR retteten den Frieden in Europa« und die sozialistische Ordnung in der DDR sei wirksam geschützt worden. »Die ganze Republik hatte eine große Bewährungsprobe bestanden.« Fast wörtlich war das auch der Schlusssatz von Ulbrichts Rede vom 25. August an die



DDR-Bevölkerung nach vollbrachter Tat. Das Etikett »antifaschistischer Schutzwall« wurde dagegen erst ein Jahr später von der Agitationskommission des Politbüros kreiert. Doch es hat in der Historiografie, soweit ich sehe, nicht die gleiche Rolle gespielt wie die These von der Friedensrettung. Es gab unter anderem Postkarten mit der Aufschrift »Soldat der Nationalen Volksarmee auf Friedenswacht am antifaschistischen Schutzwall« oder zum 25. Jahrestag eine Sonderbriefmarke.

Ich will und kann hier weder die dramatische Geschichte der Grenzschließung in der Nacht vom 12. auf den 13. August noch die langfristigen politischen und menschlichen Folgen im Detail nachzeichnen, zumal das noch in einer weiteren Sektion zu diskutieren ist. Aus dem weitläufigen Themenbereich, zu dem es mittlerweile eine kaum noch übersehbare Literatur und im Internet eine sehr empfehlenswerte Website gibt (produziert von Hans-Hermann Hertle am Zentrum für Zeithistorische Forschung zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie dem Deutschlandradio), möchte ich im Folgenden einige wichtige Dimensionen skizzieren und danach auch meinen Vortrag gliedern.

1. Der internationale Aspekt: Die DDR war integraler und nach Polen wichtigster Teil des sowjetischen Imperiums. Daher muss an erster Stelle interessieren, was der Kreml wollte und nicht wollte und ob und wie sich die sowjetischen Interessen und Ziele in der Konfrontation mit der westlichen Supermacht modifizierten.

2. Die hausgemachten Probleme der SED-Diktatur, insbesondere nach dem V. Parteitag der SED von 1958. Aus ihnen ergab sich schließlich der Mauerbau als Notbremse gegen den völligen inneren Zerfall infolge der Fluchtbewegung. In diesem Zusammenhang ist Ulbricht der treibende Motor, der sowjetische Parteichef dagegen eher der bremsende Teil gewesen.

3. Der dritte Punkt thematisiert – abschließend und nur kurz – die ersten Reaktionen in Ost und West, nachdem der Überraschungscoup vom 13. August gelungen war, sowie einige Daten.

1. Das Berlin-Ultimatum und die außenpolitischen Determinanten

Der Mauerbau 1961 war Höhepunkt der zweiten Berlinkrise, die 1958 begann und die, wenn man so will, eine Fortsetzung der ersten Berlinkrise (der Blockade von 1948/49) mit anderen Mitteln war. Westberlin war als westliche Bastion inmitten der DDR ein Pfahl im Fleisch der SED-Diktatur und für den Sowjetblock ein politisches Ärgernis erster Güte. Westberlin wurde daher vor allem als Zentrum der imperialistischen Propaganda, der Spionage, des Schmuggels und der verdeckten westlichen Aggressionsvorbereitung verteufelt. Allerdings war Berlin wegen seiner Lage auch die Achilles-Ferse der Westmächte und der Bundesrepublik, da es außer den Luftkorridoren keine schriftlich gesicherten Zugangsrechte gab.

Wenn man davon ausgeht, dass Stalin 1948 mit der Blockade nicht nur die Gründung eines Weststaates verhindern, sondern auch den Abzug der Westmächte aus Berlin erzwingen wollte, dann war Chruschtschows Ultimatum vom November 1958 der zweite und modifizierte Anlauf zu diesem Ziel. Seit 1952 war die innerdeutsche Grenze durch ein kompliziertes System von Sperrzonen, Kontrollstreifen und Schutzstreifen, verbunden mit der Zwangsaussiedlung von circa 8.000 Grenzbewohnern unter dem makaberen Decknamen »Aktion Ungeziefer«, weitestgehend unpassierbar geworden. So blieb Berlin mit nur begrenzt kontrolliertem S- und U-Bahnverkehr die wichtigste Schleuse für den Strom der Flüchtlinge aus der DDR nach Westberlin und in die Bundesrepublik.

Das sowjetische Ultimatum 1958 fasste den Abschluss eines separaten Friedensvertrags mit der DDR ins Auge, wenn die Westmächte nicht innerhalb von sechs Monaten über einen Friedensvertrag mit Deutschland insgesamt in Verhandlungen einträten. Damit sollte der Viermächte-Status Berlins aufgekündigt werden. Die Kontrolle über eine »freie entmilitarisierte Stadt« Westberlin, also über die Zufahrtswege zu Lande, zu Wasser und in der Luft, sollte der DDR

übertragen werden. Damit wäre nicht zuletzt die Fluchtbewegung effektiv unterbunden worden. Man muss sich dieses sowjetische Maximalprogramm in Erinnerung rufen, um die Ereignisse vom 13. August 1961 historisch richtig einzuordnen.

Chruschtschow setzte das Ultimatum zum Ärger Ulbrichts jedoch mehrfach aus bzw. ließ es ergebnislos verstreichen. Die Gründe werden plausibel, wenn man sich die militärstrategische Lage klar macht. Das Risiko war offenbar zu hoch. Matthias Uhl hat auf der Basis sowjetischer Akten belegt, dass spätestens ab Herbst 1960 die militärstrategischen Aspekte des Berlinkonflikts eine Schlüsselrolle für Chruschtschows weiteres Vorgehen spielten. Geheimdienstberichte machten dem sowjetischen Parteichef klar, dass sich das strategische Gleichgewicht 1961 zu Ungunsten der Sowjetunion entwickelte. Außerdem gelangten Informationen über die westalliierten Planungen im Falle eines militärischen Konflikts um Berlin an die sowjetische Führung. Unter anderem waren im Falle einer erneuten Luftbrücke bewaffneter Begleitschutz der Lufttransporte und die Zerstörung von Flugabwehrstellungen in der DDR vorgesehen. In den damaligen Krisenszenarien der militärischen Planer wurde im Übrigen auf sowjetischer ebenso wie auf amerikanischer Seite eine Auseinandersetzung mit Kernwaffen durchgespielt. Ein nuklearer Konflikt um Berlin hätte sich jedoch leicht zu einem globalen Krieg ausweiten können.

Zusätzlich ist auf die für Chruschtschow irritierende dezidierte Haltung des amerikanischen Präsidenten Kennedy bei dem Treffen in Wien am 4. Juni 1961 hinzuweisen. Dessen generelle Politik verband Aufrüstung mit politischen Initiativen zur Entspannung. In Wien machte er deutlich, dass die USA auf ihren Besatzungsrechten in Berlin bestehen würden. Daraus ergibt sich eine relativ klare Konstellation im Vorfeld des Mauerbaus: Chruschtschow und die SED-Spitze konnten die Maximalvariante aus dem Ultimatum von 1958 angesichts amerikanischer Entschlossenheit nicht durchsetzen. Also blieb angesichts der akuten inneren Krise der DDR und der knapper werdenden Zeit nur der Weg, Westberlin abzuriegeln. Insofern lag die Initiative nun in Moskau, auch wenn Ulbricht seit langem (vermutlich schon seit 1953) auf eine Lösung gedrängt hatte.

Am 25. Juli hielt Kennedy seine berühmte Rede mit der Formulierung der drei Essentials für die amerikanische Berlinpolitik: Präsenz amerikanischer Truppen in Westberlin, freier Zugang von der Bundesrepublik nach Berlin, Sicherung der Freiheit und Lebensfähigkeit der Stadt. »Die Welt wird durch den kommunistischen Versuch, Berlin zu einer Brutstätte des Krieges zu stempeln, nicht getäuscht. In Berlin herrscht heute Frieden. Der Ursprung der Unruhe und der

Spannungen in der Welt ist Moskau und nicht Berlin. Und sollte ein Krieg beginnen, dann wird er in Moskau und nicht in Berlin begonnen haben.« Kennedys entschiedene politische Position war damit klar, aber auch, dass sie sich nur auf Westberlin bezog. Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses, Senator Fulbright, erklärte gar zwei Wochen vor der Grenzschließung am 30. Juli offen: »Ich verstehe nicht, weshalb die DDR-Behörden ihre Grenzen nicht schließen, denn ich meine, sie haben alles Recht, sie zu schließen.« Kennedy war sich des Risikos einer Konfrontation in Berlin bewusst. Zu einem seiner Mitarbeiter, Walt Rostow, sagte er unter vier Augen einige Tage nach der Fernsehansprache: »Ostdeutschland entgleitet Chruschtschow. Das kann er nicht zulassen. Wenn Ostdeutschland verloren geht, sind auch Polen und ganz Osteuropa verloren ... Er wird etwas tun müssen, um den Flüchtlingsstrom zu unterbinden – vielleicht eine Mauer bauen. Und wir werden es nicht verhindern können.«

Am Tag der Kennedy-Rede trafen sich die Stabschefs der sowjetischen Streitkräfte in der DDR und die Führung der NVA, um die militärischen Details der Grenzschließung abzusprechen. Am 27. Juli lag dann eine genaue Karte der geplanten Sperrmaßnahmen vor. Am 3. August schließlich legten Chruschtschow und Ulbricht unmittelbar vor der Sitzung des Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes den Termin 13. August für die Aktion fest. Am 4. und 5. August trafen sich die Vertreter der Ostblockstaaten und segneten die Planung pro forma ab. Zuvor hatte die Sowjetunion ihre Truppen in der DDR, aber auch in Polen und Ungarn massiv verstärkt.

Auf die nicht sonderlich entschlossene Rolle Großbritanniens während der Berlinkrise und im Vorfeld des 13. August gehe ich hier nicht ein. Für die USA unter ihrem neuen Präsidenten Kennedy hatte Berlin dagegen durchaus weltpolitische Bedeutung. Wenn man das Protokoll des Gesprächs mit Chruschtschow in Wien am 4. Juni 1961 liest, wird diese Haltung sehr deutlich, und zwar gegenüber einem sowjetischen Parteichef, der geradezu hemmungslos drauflosschwadronierte und offen mit dem Krieg drohte, wenn die USA nicht nachgeben würden. Aus heutiger Perspektive ist die Erinnerung an diese amerikanische Entschlossenheit gegenüber sowjetischen Drohungen besonders wichtig. Denn die Sowjetunion war damals keine marode Supermacht, sondern hoch gerüstet und mit dem Sputnikstart 1957 und dem ersten bemannten Raumflug von Jurij Gagarin im April 1961 auch technologisch auf der Höhe. Zwar war das atomare Patt, das nach der Kubakrise 1962 eintrat, noch nicht wirklich sichtbar. Aber sich sowjetischen Zielen entgegenzustellen, bedeutete in jedem Fall ein schwer kalkulierbares Risiko.

Natürlich wussten 1961 der BND und die westlichen Geheimdienste, dass in Kürze etwas passieren würde. Dennoch war die Überraschung über die logistische Perfektion des Ablaufs groß. Dass man eine Weltstadt komplett mit allen verkehrs- und versorgungstechnischen Konsequenzen teilen könne, wollte und konnte sich damals offenbar niemand vorstellen. Auch blieb das Interesse der Politiker an den Erkenntnissen der Geheimdienste offenbar begrenzt. Drei Möglichkeiten wurden dabei ventilert: 1. die totale Blockade wie 1948, 2. die Forderung nach Kontrolle der Westberliner Flughäfen durch sowjetische oder DDR-Behörden, 3. die Absperrung der Sektorengrenze. Auch über die Verstärkung der sowjetischen Truppen und den Transport von Materialien wie Stacheldraht und Betonpfähle war man informiert. Der BND hatte jedoch (nach unserem bisherigen Kenntnisstand) keine Informationen über den Transport von Steinen. Der Aufbau der Mauer vier Tage nach dem 13. August (zuerst am Potsdamer Platz) fand also wohl mit Hohlblocksteinen aus der Wohnungsbauwirtschaft statt. Insofern ist die oben zitierte Äußerung Ulbrichts möglicherweise keine freudsche Fehlleistung gewesen.

Der in der Literatur gelegentlich auftauchende Streit, ob Ulbricht oder Chruschtschow für den Mauerbau verantwortlich sei, gleicht also dem um Henne oder Ei. Ohne sowjetische Zustimmung war natürlich nicht möglich, was Ulbricht schon lange wünschte. Dass der Mauerbau zu einer Blamage für den Sowjetsozialismus insgesamt werden könnte und daher von Chruschtschow nicht gewünscht wurde, ist sicherlich auch richtig. Gegenüber dem westdeutschen Botschafter Kroll hat er zumindest nachträglich betont, die Mauer sei eine »hässliche Sache« und müsse eines Tages wieder verschwinden. »Es gab nur zwei Arten von Gegenmaßnahmen«, so Chruschtschow im Gespräch, »die Lufttransportsperrung oder die Mauer. Die erstgenannte hätte uns in einen ernsten Konflikt mit den Vereinigten Staaten gebracht, der möglicherweise zum Krieg geführt hätte. Das konnte und wollte ich nicht riskieren. Also blieb nur die Mauer übrig.« Ulbricht war zweifellos der drängende Teil. Es gibt sogar die These, Ulbricht habe mit seiner berühmten Pressekonferenz bewusst Öl ins Feuer gegossen, um den zögernden Chruschtschow endlich zum Handeln zu zwingen. Das mag überspitzt sein. Aber die innere Zuspitzung der Lage in der DDR, die dann auch 1961 schnelles Handeln notwendig machte, war primär ein Produkt der SED-Politik. Damit ist nicht nur in einem allgemeinen Sinne die Errichtung und rücksichtslose Absicherung eines stalinistischen Herrschaftssystems gemeint, sondern vor allem die Politik nach dem V. Parteitag der SED 1958.



2. Der »Griff nach den Sternen« auf dem V. Parteitag und die Folgen

Nimmt man das Jahr 1956 als wichtige Zäsur und als zweites Krisenjahr in der Geschichte der DDR (nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953), dann war diese Entstalinisierungskrise erst mit Ulbrichts Sieg im innerparteilichen Machtkampf gegen Karl Schirdewan und mit der wirtschaftlichen Stabilisierung 1958 in der DDR halbwegs beendet. Diese Krisenbewältigung, auf die hier nicht näher einzugehen ist, bildete zugleich den Ausgangspunkt für eine neue Dynamik, ohne die der Mauerbau als Notbremse nicht verständlich wird. 1958, in diesem Jahr wurden auch die Lebensmittelkarten als ein hässliches Relikt der Nachkriegszeit abgeschafft. Die Produktionsziffern schienen günstig und auf dieser Basis formulierte der V. Parteitag der SED zwei Leitlinien, die die nächsten Jahre bestimmen sollten. Zum einen wurde als »ökonomische Hauptaufgabe« das »Einholen und Überholen« Westdeutschlands im Pro-Kopf-Verbrauch aller wichtiger Lebensmittel und Konsumgüter definiert (wohlgemerkt noch nicht die akrobatische Formel: »Überholen ohne einzuholen«!). Zum anderen wurde die »Vollendung der sozialistischen Produktionsverhältnisse« anvisiert. Im Klartext bedeutete das den weiteren sozialistischen und genossenschaftlichen Umbau der privaten Betriebe und des privaten Handwerks, vor allem aber die schnelle Kollektivierung der noch zur Hälfte privaten Landwirtschaft. Die 1960 in hohem

Tempo vollzogene Zwangskollektivierung hatte verheerende Konsequenzen. Sie verschlechterte die allgemeine Versorgungslage, trieb die Fluchtbewegung auf einen neuen Höhepunkt und gehört damit in die unmittelbare Vorgeschichte der Grenzschießung.

Die Motive dieser rigiden Form staatssozialistischer Politik müssen hier nicht eingehender erörtert werden. Auch hier lässt sich auf das Scheitern des ersten Anlaufs nach 1952 hinweisen (II. Parteikonferenz mit der Proklamation des »Aufbaus des Sozialismus«). Nun sollte der zweite Anlauf die Erfüllung einer für die SED-Spitze und besonders Ulbricht offenbar unverzichtbaren Forderung bringen. Die Geschichte der in kurzer Zeit mit massivem Druck und Terror durchgeboxten Kollektivierung ist bekannt. Innerhalb weniger Monate wurde mit propagandistischem Druck, Psychoterror und politischen Drohungen der Beitritt der Bauern in die LPG (für die es zunächst verschiedene Typen gab) erzwungen. Die Kampagne lief unter der Parole »Frühling auf dem Lande«. Die Stimmung in der Bevölkerung und auch in den Untergliederungen der Partei fiel ganz anders und eher frostig aus. Das lässt sich zum Beispiel an einem ZK-Bericht von Mitte August 1960 ablesen. Darin heißt es: »Im Staatsapparat, besonders in den Kreisen, zeigt sich gegenwärtig eine starke Mutlosigkeit. Viele Mitarbeiter kommen mit den neuen Fragen der Organisation der Produktion der Landwirtschaft nicht mehr zurecht und weichen durch eine ungenügende Erziehungsarbeit den Auseinandersetzungen aus.«

Interessante Anhaltspunkte für die allgemeine Beurteilung der Lage in der SED-Spitze liefert der Brief Ulbrichts an Chruschtschow Anfang 1961. Darin spricht Ulbricht offen das große ökonomische Gefälle zwischen Bundesrepublik und DDR an. Um die Bevölkerung ruhigzustellen, sei ständig eine Verbesserung der Versorgung mit Konsumwaren auf Kosten der Erneuerung des Produktionsapparats notwendig. »Doch ewig kann sich dieser Zustand so nicht fortsetzen«, hieß es wörtlich. Mit diesem Eingeständnis war von der ursprünglichen Planungseuphorie des V. Parteitags und dann dem 1959 verabschiedeten Siebenjahrplan, der das Tempo vom »Einholen und Überholen« weiter forcieren sollte, nichts mehr übrig. Die Grenzschießung als Notbremse zeichnete sich ab.

Hier einige Zahlen, die die dramatische Situation im Vorfeld des 13. August verdeutlichen: Im Juni meldeten sich 19.198 Flüchtlinge im Notaufnahmelager Marienfelde (etwa 630 pro Tag), im Juli stieg die Zahl auf 39.444 (1.000 pro Tag). Das war der höchste Stand seit 1953. In den Augusttagen stiegen die Zahlen weiter an, am Wochenende 6./7. August flüchteten 3.268 Menschen nach Westberlin. Besonders einschneidend war neben den reinen Zahlen der hohe Anteil



von Intelligenzangehörigen unter den »Republikflüchtlingen«, das heißt Ärzte, Zahnärzte, Ingenieure und Techniker, Lehrer und Hochschullehrer, also Berufe, die nicht schnell ersetzbar waren.

3. Reaktionen und Folgen

Überlegungen zur Grenzschließung hat es in der SED-Führung schon frühzeitig gegeben, aber sie scheiterten zunächst am Veto des Kreml und der übrigen Staaten des Warschauer Paktes. Der dramatische, aber auch verblüffend reibungslose Verlauf der »Aktion Rose«, für deren Vorbereitung und Durchführung Honecker zuständig war, ist vielfach geschildert worden. Bei der Abriegelung wurde genau auf den Verlauf der Sektorengrenze geachtet. All die irrwitzigen Folgen sind in vielen Bildern festgehalten worden, wie lebensgefährliche Sprung- und Rettungsversuche aus den Wohnungen an der Grenze, zum Beispiel in der Bernauer Straße, deren Häuser im Osten lagen, aber der Bürgersteig im Westen. Die Reaktionen im Westen fielen schwach aus. Dass die Sperrung in der Nacht von Samstag auf Sonntag stattfand, trug sicherlich dazu bei. Die offizielle Reaktion aus Bonn am Tag der Grenzsperrung war denkbar belanglos: »Im Verein mit unseren Alliierten werden die erforderlichen Gegenmaßnahmen getroffen. Die Bundesregierung bittet alle Deutschen, auf diese Maßnahmen zu vertrauen.«

Noch hilfloser wirkte ein Fernsehinterview Adenauers zusammen mit seinem Außenminister von Brentano. Adenauer als Kanzler kam erst zehn Tage später nach Berlin, angeblich wollte er die Situation nicht weiter aufheizen, was ziemlicher Unfug ist. Anders die Presse. Allen voran die BILD-Zeitung, die scharf die westliche Untätigkeit angriff. Die von Stacheldraht eingerahmte Schlagzeile am 16. August lautete: »Der Westen tut NICHTS! Präsident Kennedy schweigt ... Macmillan geht auf die Jagd ... und Adenauer schimpft auf Willy Brandt«. Die »Frankfurter Rundschau«, das linksliberale Vorzeigebblatt, benutzt wie andere in diesen Tagen immer wieder das Bild von der DDR als großem KZ: »Die Angst herrscht. Stacheldraht, Maschinengewehre, der verbotene Sicherheitsstreifen längs der Grenze und die Scheinwerfer, die nachts die Übergänge beleuchten, erzeugen die Atmosphäre eines Konzentrationslagers. Ost-Berlin ist zum Ghetto erklärt worden.«

In Berlin war sicherlich Willy Brandt unmittelbar nach der Grenzschießung derjenige Politiker, der mit scharfen Worten diesen neuen Höhepunkt des Kalten Krieges geißelte. In einer Sondersitzung des Berliner Abgeordnetenhauses am 13. August erklärte Brandt, mitten durch Berlin sei nicht nur eine Art Staatsgrenze, sondern die »Sperrwand eines Konzentrationslagers« sei durch die Stadt gezogen worden. In seiner Rede am 16. August auf einer Protestkundgebung vor einer riesigen Menschenmenge vor dem Schöneberger Rathaus nahm er wörtlich auf diese erste Stellungnahme Bezug. Brandt traf damit die Stimmung der Berliner und trug zugleich dazu bei, dass die Lage in Westberlin nicht außer Kontrolle geriet. Denn niemand konnte abschätzen, was passiert wäre, wenn die Menge versucht hätte, die Sperrungen zu stürmen oder zu beseitigen. Adenauer hingegen hat nicht nur mit seinem späten Besuch in Berlin eine politisch klägliche Rolle gespielt. In seiner Wahlkampfreden in Augsburg am 14. August spielte er auf Brandts uneheliche Herkunft an, und ein menschlich wie politisch gleichermaßen infames Wahlplakat zeigt den berühmten langen Zeigefinger Adenauers mit dem Text: »Alles, was seit dem 13. August in Berlin geschehen ist, ist eine beabsichtigte Hilfe Chruschtschows im Wahlkampf für die SPD und ihren Kandidaten Willy Brandt, alias Frahm. Darum Deine Stimme [der] CDU«.

Solche Angriffe waren insofern noch besonders delikate, weil Willy Brandt im Osten seit Jahren bevorzugtes Ziel von Polemiken übelster Sorte war. Ich habe in anderem Zusammenhang das Bild von Brandt in den DDR-Medien untersucht und war überrascht von dem Ausmaß der geifernden Ausfälle, auch wenn man als DDR-Forscher (und Zeitgenosse) einiges gewohnt ist. Zwei Beispiele: die »Volksstimme« aus Karl-Marx-Stadt vom 22. August 1961 konstruierte unter der Über-

schrift »Wie aus Herbert Frahm Willy Brandt wurde« ein Komplott mit der Gestapo in Norwegen, die Brandt nach Schweden entkommen ließ: »In Schweden entdeckte Brandt alias Frahm plötzlich wieder sein sozialdemokratisches Herz. Eifrig bereitete er sich auf neue Funktionen vor, für die er von den Geheimdiensten vorgesehen war.« Noch widerwärtiger: die »Offenen Worte an Brandt alias Frahm« in der »Berliner Zeitung« vom 23. August 1961 neben einem Panzerbild mit NVA-Soldaten, denen folgende Ausfälle gegen Brandt in den Mund gelegt werden: »Ihr rührselig-jämmerlicher Appell an unsere Menschlichkeit hat breiten Widerhall bei uns gefunden ... Im Namen der Menschlichkeit werden wir jedem Provokateur die Hosen bügeln! Für uns ist der 13. August 1961 der Tag der Menschlichkeit, weil Sie und Ihr militaristisches Gelichter seitdem die Hosen gestrichen voll haben!« Das muss man nicht mehr kommentieren. Als Ergänzung zur offiziellen Presse müsste die berühmt-berüchtigte Fernsehsendung »Der schwarze Kanal« von Karl-Eduard von Schnitzler (im Volksmund Sudel-Ede) erwähnt werden. Die (fast) vollständigen Sendemanuskripte sind digitalisiert über das Archiv des Deutschen Rundfunkarchivs (DRA) in Babelsberg im Internet abrufbar.

Dass der anfangs verlegte Stacheldraht ab dem 17. August durch eine Mauer aus Hohlblocksteinen (beginnend mit dem Potsdamer Platz) ersetzt wurde, hatte vermutlich damit zu tun, dass man sich zunächst der Reaktion des Westens nicht sicher war. Es hatte aber auch damit zu tun, dass die Stacheldrahtrollen Fluchtversuche nicht effektiv genug verhinderten. Der berühmte Sprung des NVA-Soldaten Conrad Schumann in voller Montur am 15. August ging um die Welt und findet sich in zahllosen Bildbänden. (Insgesamt sind im Übrigen etwa 2.500 Grenzpolizisten und NVA-Soldaten in der Zeit zwischen Mauerbau und Mauerfall geflüchtet.)

Mit der Mauer kam, nicht ohne innere Logik, der Schießbefehl. Es folgte über Jahre hinweg die weitere Perfektionierung der Grenze mit deutscher Gründlichkeit. Bereits am 23. August erschien im »Neuen Deutschland« eine Erklärung, in der sich die Grenzeinheiten verpflichteten, wenn erforderlich, auch durch Anwendung der Waffe gegen Grenzverletzer vorzugehen. Am 20. September 1961 ordnete Honecker (als ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates) an: »Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schusswaffe anzuwenden.« Die »Lizenz zum Töten« (so der Titel eines Aufsatzes in »Horch und Guck«) wurde also frühzeitig erteilt, obwohl bis heute von interessierter Seite bestritten wird, dass es einen Schießbefehl gegeben habe. Streng juristisch gesehen, ist das richtig. Denn es gab keine Verpflichtung zum Todes-

schuss, wohl aber einen sogenannten »Erlaubnistatbestand«. Unter den Bedingungen einer hemmungslosen ideologischen Erziehung zum Hass und der Prämierung von Todesschützen lief das jedoch auf einen (tödlichen) Schießbefehl hinaus. Erst im Frühjahr 1989, nachdem der letzte Flüchtling, Chris Gueffroy, erschossen worden war, was einen internationalen Proteststurm auslöste, hob Honecker klammheimlich den Schießbefehl auf. Das erste Opfer des Schießbefehls war am 24. August 1961 der 24-jährige Günter Litfin, der durch den Humboldthafen nach Westen schwamm, entdeckt wurde und gezielt erschossen wurde. Der Todesschütze erhielt 1997 vor dem Berliner Landgericht eine Bewährungsstrafe von 18 Monaten wegen Totschlags in einem minder schweren Fall.

Bereits wenige Wochen nach dem 13. August begann eine große Aktion zur Verlegung von Minen an der innerdeutschen Grenze, bis Ende der 60er-Jahre rund eine Million, auf 807 Kilometern der insgesamt 1.382 Kilometer langen Grenze. Die Einführung von Splitterminen in den 70er-Jahren und den Abbau in den 80ern zusammen mit einer Verbesserung der elektronischen Absicherung hat Hans-Hermann Hertle genau beschrieben.

Die Wut der Westberliner nach dem 13. August blieb ohnmächtig und musste es bleiben, wollte man nicht unkontrolliertes Blutvergießen riskieren. Am 19. August besuchten Vizepräsident Johnson und General Clay (der »Vater der Luftbrücke«) Berlin, um Solidarität zu demonstrieren.

Die Reaktionen in Ostberlin und der DDR blieben, schaut man auf die bloßen Zahlen, vergleichsweise zurückhaltend. Angesichts der riesigen Flüchtlingszahlen in den Wochen und Monaten zuvor wäre das jedoch ein schiefes Bild. Die Informations- und Stimmungsberichte aus DDR-Archiven bieten ein breites Kaleidoskop von Reaktionen: Wutausbrüche, explizite politische Kritik, Zynismus, aber eben auch Zustimmung aus Positionen der Parteiloyalität oder der Meinung, dass »etwas passieren musste«. Sicher ist es unsinnig, etwa der Information der ZK-Abteilung »Parteiorgane« vom 13. August zu glauben, nach der die Mehrheit der Bevölkerung die Maßnahmen begrüße. Eher realistisch waren schon Fragen, warum die Maßnahmen mithilfe von Panzern durchgeführt worden seien oder »warum die Kampfgruppen mit dem Gewehr nach Osten und dem Rücken zum Brandenburger Tor stehen«. Aus den punktuellen Äußerungen ein halbwegs eindeutiges, generalisierendes Bild zu zeichnen, ist jedoch nahezu unmöglich. Der britische Historiker Patrick Major hat das mit Recht in seinen einschlägigen Analysen betont.

In den Parteiakten sind 20 Proteste in Berlin mit Menschenansammlungen zwischen 20 und 600 Personen festgehalten, ferner 65 Arbeitsniederlegungen in

36 Betrieben in verschiedenen Bezirken sowie Proteste von Oberschülern. Bis zum 4. September wurden bei der Polizei 6.041 Menschen vorgeführt und 3.104 von ihnen verhaftet. Insgesamt erfolgte von August bis Dezember die größte Verhaftungswelle seit 1953, hochgerechnet circa 1.500 pro Monat, so Armin Mitter und Stefan Wolle in ihrem Buch. Im Dezember 1961 führte das immerhin zu der Einsicht Erich Mielkes in einer Aufforderung an seine Untergebenen, man müsse sich neue Methoden zur Unterbindung »feindlicher Tätigkeit« überlegen: »Es ist nicht möglich, die gegenwärtige hohe Zahl von Festnahmen länger beizubehalten.«

Dass der große Konflikt zwischen USA und Sowjetunion mit dem Mauerbau noch nicht zu den Akten gelegt war, zeigt die berühmte und filmisch oft wiedergegebene Szene am Checkpoint Charly am 27. und 28. Oktober 1961, als auf beiden Seiten amerikanische und sowjetische Panzer bis unmittelbar an die Sektorengrenze auffuhren und einander drohend gegenüberstanden. Anlass war der Versuch des DDR-Innenministeriums, amerikanisches Militärpersonal beim Betreten Ostberlins zu kontrollieren. Nach doppelseitig belauschtem Funkverkehr zogen sich aber die Panzer auf beiden Seiten wieder zurück, der Viermächtestatus war schließlich gesichert und die Sowjetunion hatte, wenn auch auf makabre Weise, demonstriert, das sie und nicht Ulbricht Herr im Hause war.

Abschließend nur noch wenige Stichworte zur Bedeutung der Mauer für die Bevölkerung der DDR und für die Politik der Bundesrepublik. »Republikflucht« war schon zuvor ein Straftatbestand, nun wurde »Grenzverletzung« vollends lebensgefährlich; das »Loch in der Mauer«, das heißt die meist von Studenten gegrabenen Fluchttunnel, und Verzweiflungsakte, unter anderem im Frühjahr 1962 ein Sprengstoffanschlag auf die Mauer, an dessen Planung auch Egon Bahr beteiligt war, funktionierten nur kurze Zeit; die schwer definierbaren politischen und psychischen Folgen des Eingesperrtseins, die Mauerkrankheit, aber auch die Gewöhnung in Ost und West an das nicht Veränderbare müssten eingehender diskutiert werden; der bittere Hohn eines damals überzeugten Kommunisten auf dieses Zerrbild von Kommunismus hat in Wolf Biermanns Ballade auf den Dichter Francois Villon (1965) und in seinem grandiosen »Wintermärchen« (1972) seinen Niederschlag gefunden.

Fazit

Die Angaben zu den technischen und ökonomischen Aspekten, die sich bei Hertle oder Edgar Wolfrum finden, sind gerade wegen ihrer Genauigkeit und Banalität besonders schaurig. Es geht dabei bereits um die Mauer der so-

genannten »dritten Generation« der 70er-Jahre, also nicht mehr um die Mauer zunächst aus Stacheldraht und dann aus Hohlblocksteinen, sondern um die schließlich aus Betonsegmenten gebaute Grenzanlage. Die »Grenzmauer 75« – so der Fachausdruck – aus vorgefertigten Stahlbetonplatten, 3,60 Meter hoch, mit aufgelegtem Betonrohr statt hässlichem Stacheldraht: 45.000 Segmente dieses Typs wurden in Berlin verbaut, pro Stück 359 Ostmark.

Seit dem Mauerbau starben mehr als 600, seit 1949 mehr als 800 Menschen an der innerdeutschen Grenze und der Berliner Mauer (einschließlich 27 Grenzsoldaten). Über 200 wurden bei einem Fluchtversuch erschossen, mehrere Hundert zum Teil schwer verletzt. Über 70.000 Fluchtwillige wurden zwischen 1961 und 1989 bei der Planung oder auf dem Weg zur Grenze verhaftet und zu Gefängnisstrafen zwischen 7 und 22 Monaten verurteilt, in Einzelfällen auch mehr.

Über die genaue Zahl der Opfer an der Berliner Mauer und der gesamten innerdeutschen Grenze gibt es keine absolut verlässlichen Angaben, aber viel aufgeheizten Streit. Die gründlichste Untersuchung stammt aus einem Forschungsprojekt unter Leitung von Hans-Hermann Hertle und Maria Nooke, dessen Ergebnisse in »Die Todesopfer an der Berliner Mauer. Ein biographisches Handbuch« 2009 veröffentlicht wurden. Namentlich bekannt und mit Biografien erläutert sind 136 Todesopfer. Diese biografische Annäherung an das »System Grenze« ist ein besonders bitterer, aber auch besonders eindrucksvoller Ansatz, weil er die Anonymität der Opferzahl aufhebt und – etwa wenn man über die in Kreuzberg an der Grenze ertrunkenen Kinder nachliest – die barbarische Realität einer etablierten und international anerkannten Diktatur in Erinnerung ruft.



Podiumsdiskussion

»Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten ...« – Folgen des Mauerbaus für das Leben in der DDR

MARIA NOOKE , RAINER ECKERT , UWE-KARSTEN HEYE, WOLFGANG TIEFENSEE

Moderation: BASTIAN WIERZIOCH

BASTIAN WIERZIOCH: Die Folgen des Mauerbaus für die Menschen in der DDR – darum geht es in der nun anstehenden Podiumsdiskussion. Ich möchte Ihnen kurz die vier Diskutanten vorstellen. Neben mir sitzt Dr. Maria Nooke, sie ist in Forst in der Lausitz geboren. Frau Dr. Nooke hat eine religionspädagogische Ausbildung. Sie hat in der DDR in der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit gearbeitet und engagierte sich ab 1985 für eine kirchliche Friedens- und Umweltgruppe. Außerdem war sie Mitherausgeberin des Oppositionsblattes »Aufbruch«. Von 1992 bis 1997 studierte Maria Nooke Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaften an der TU Berlin und promovierte 2007 an der FU Berlin. Heute ist Dr. Maria Nooke die stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer. Ihr Arbeitsschwerpunkt ist die Zeitzeugenarbeit und die Biografieforschung. Es gibt von ihr zahlreiche Monografien und Texte in Sammelbänden.

Zu meiner Linken sitzt Uwe-Karsten Heye. Er ist in Reichenberg im Sudetenland geboren, aufgewachsen in Danzig, Rostock, Hamburg und Mainz. Er war – nach eigenen Angaben – nur für kurze Zeit Mitglied der Jungen Pioniere in der DDR, 1951 kam er dann in den Westen. Er volontierte bei der »Mainzer Allgemeinen Zeitung«, arbeitete für diese auch als Redakteur. Er war freier Korrespondent in Bonn und dann dort auch Korrespondent für die »Süddeutsche Zeitung«. 1974 kam Uwe-Karsten Heye in den Stab der Redenschreiber und Berater von Willy Brandt und war Pressereferent des Bundeskanzlers bis 1979. Von 1984 bis 1990 war er Redakteur der ZDF-Sendung »Kennzeichen D«, 1990 war er Sprecher der Niedersächsischen Landesregierung und von 1998 bis 2002 Sprecher der ersten rot-grünen Bundesregierung. Von 2003 bis 2005 war Uwe-Karsten Heye Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York. Von 2006 bis 2010 war er Chefredakteur der SPD-Mitgliederzeitung »Vorwärts«. Außerdem gründete er im Jahr 2000 die Initiative »Gesicht zeigen – Aktion für weltoffenes Deutschland«. Das ist eine nichtstaatliche Organisation, die sich um Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus und für Demokratie kümmert.

Begrüßen Sie weiterhin bitte herzlich Wolfgang Tiefensee. Er wurde in Gera geboren und war nicht Mitglied der Jungen Pioniere. 1974 legte er eine Prüfung als Facharbeiter für Nachrichtentechnik ab und war bis 1975 Wehrdienstleistender in der DDR als Bausoldat. Wolfgang Tiefensee hat dann studiert und wurde Ingenieur für industrielle Elektronik und arbeitete von 1979 bis 1986 als Entwicklungsingenieur in Leipzig. Dazu kam ein berufsbegleitendes Studium als Fachingenieur. Von 1986 bis 1990 arbeitete er als Entwicklungsingenieur an der Technischen Hochschule Leipzig. Dazu kam ein zweites berufsbegleitendes Studium als Diplomingenieur für Elektrotechnik. 1989 setzte sich Wolfgang Tiefensee für die Bürgerbewegung »Demokratie jetzt« an den Runden Tisch in Leipzig, und dieser Tisch entsandte ihn dann als hauptamtlichen Stadtrat in die Leipziger Stadtverwaltung. Er wurde Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes, dann Bürgermeister und 1998 bis 2005 schließlich Oberbürgermeister von Leipzig. Von 2005 bis 2009 war Wolfgang Tiefensee Bundesminister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung und der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Seit 2009 ist er Bundestagsabgeordneter.

Begrüßen Sie bitte herzlich Herrn Professor Rainer Eckert. Er wurde in Potsdam geboren und studierte von 1969 bis 1972 Archivwissenschaft und Geschichte an der Humboldt Universität zu Berlin. Er wurde dann 1972 aufgrund politischer Verfolgung von der Universität verwiesen und mit Hausverbot belegt. Drei Jahre lang arbeitete er als Inventursacharbeiter und Lagerverwalter. Und es gab Ermitt-

lungen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen Rainer Eckert wegen staatsfeindlicher Hetze und staatsfeindlicher Gruppenbildung. 1975 machte er dann sein Diplom als Fernstudent und begann eine Tätigkeit als Bibliothekskraft, später als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Information/Dokumentation des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR: 1984 promovierte er mit einer Arbeit über den Zweiten Weltkrieg. Von 1990 bis 1991 war er stellvertretender Direktor des jetzt umbenannten Instituts für Deutsche Geschichte. 1989/90 begannen die wichtigen Veröffentlichungen von Rainer Eckert. Er veröffentlicht bis heute unter anderem zur Situation in der ehemaligen DDR, zur Stasi-Problematik, zur Auseinandersetzung mit den beiden deutschen Diktaturen sowie zu Opposition und Widerstand in der DDR. 1998 begann er an der FU Berlin Politikwissenschaft zu lehren und habilitierte sich 2001. Seitdem ist Professor Rainer Eckert Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums der Stiftung Haus der Geschichte in Leipzig. Er ist Mitglied in zahlreichen wissenschaftlichen Vereinigungen und in deren Vorständen. Die erste Frage erreicht Frau Dr. Nooke. Bei Ihren Veröffentlichungen ist mir ein Titel ins Auge gefallen, der heißt: »Die Mauer will jeder sehen«. Ich kenne den Text nicht, aber was steckt da dahinter?

MARIA NOOKE: Sie können sich sicherlich erinnern: Als am 9. November 1989 die Mauer im Ergebnis der Friedlichen Revolution gefallen ist, war die einhellige Meinung, dass die Mauer wegmuss – sowohl in Berlin (Ost wie West) als auch in der gesamten Bundesrepublik. Und das hat ja auch geklappt. Innerhalb weniger Monate wurde die Mauer im Stadtgebiet von Berlin komplett abgerissen. Ende Oktober 1990 sah man nichts mehr von ihr. Und jetzt erleben wir täglich, dass die Besucher nach Berlin kommen, und vor allem die ausländischen Besucher, aber auch die jungen Leute, fragen nach der Mauer. Dann stehen sie am Brandenburger Tor und erinnern sich an das Bild von den tanzenden Menschen auf der Mauer und fragen sich, wo denn nun diese Mauer ist. Dann ist die Ratlosigkeit groß. Für uns in der Gedenkstätte ist es daher eine große Herausforderung, über eine Geschichte sprechen zu müssen und zu wollen, die sich an diesem abstrusen Bauwerk festmacht, das es nicht mehr gibt, und zugleich der jüngeren Generation etwas nachvollziehbar zu machen, was man eigentlich überhaupt nicht erklären kann.

WIERZIOCH: Der Titel des Buches ist: »Die Mauer will jeder sehen«. Er ist also kein Lamento gegen eine Eventkultur?

NOOKE: Natürlich nicht. Er ist die Herausforderung für uns als Gedenkstätte, die Geschichte eines Bauwerks und dessen Auswirkungen zu vermitteln, das nicht



mehr da ist. Darüber hat es ja eine lange Diskussion gegeben, die viele von Ihnen kennen. Seit dem Jahr 2000 wurde es wieder verstärkt Thema, dass plötzlich auch diejenigen, die damals für den Abriss der Mauer waren, nun gesagt haben, dass das doch ein Fehler gewesen ist. Da gab es dann immer die große Diskussion, ob man die Mauer an irgendeiner Stelle wiederaufbaut und wenn ja, wie man sie aufbaut. Baut man den Zustand von 1961 wieder auf, als es noch Hohlblocksteine und Stacheldraht gab. Oder baut man den Zustand von 1965 wieder auf, also die sogenannte moderne Grenze, bei der schon die Tiefenstaffelung der Grenzanlagen mit Hundelaufanlagen und Panzersperren zu sehen war, die Stacheldrahtabweiser und Wachtürme. Oder nimmt man die sogenannte »Grenzmauer 1975«, also den Typ Mauer, den man auch auf den Bildern von 1989 sieht. So eine ganz sterile, weiß angemalte Mauer, wo im Grenzstreifen die ganzen martialischen Elemente fehlen, weil man die nicht mehr brauchte. Denn diese Mauer war so konstruiert, dass man auch die Absicherung gegen Flüchtlinge hatte, ohne dass man Stacheldrahtsperren usw. brauchte. Es war ja im Interesse der SED-Führung, die Mauer möglichst harmlos aussehen zu lassen. Sie sollte gut funktionieren; es wurde dort geschossen, aber sie sah schön harmlos aus. Denn man wollte ja weltweit anerkannt sein und nicht als Regime angeprangert werden, das Menschenrechtsverletzungen auf der Tagesordnung hatte.

Das waren also die große Diskussion und die Herausforderung für uns. Als damals in Berlin die Entscheidung gefallen ist, wie die Gedenkstätte an die Teilungsgeschichte erinnern soll, haben wir uns dagegen entschieden, die Mauer zu rekonstruieren. Wir haben stattdessen gesagt, dass das, was heute von den Resten und Spuren der Grenzanlagen noch zu sehen ist, im Stadtbild nachvollziehbar gemacht werden muss. Deswegen gibt es heute die doppelte Kopfsteinpflasterreihe im Innenstadtbereich, dort, wo die Mauer gestanden hat. Dann gibt es viele Informationsstellen. Es gibt Schwerpunkttore wie zum Beispiel das Brandenburger Tor, das eine nationale Bedeutung in Bezug auf die Teilung hatte. Dort gibt es eine Ausstellung im neuen U-Bahnhof, die zeigt, was Mauerbau und Mauerfall bedeutet haben. Ein anderer wichtiger Ort ist der Checkpoint Charlie, an dem es vor allem um die internationale Bedeutung der Mauer geht. Oder auch die Gedenkstätte Bernauer Straße, wo noch 212 Meter Grenzanlagen in der Tiefenstaffelung erkennbar sind. Hier zeigt sich, welche Dimension die Grenzanlagen hatten. Aber eben nicht rekonstruiert, sondern gestaltet. Das Entscheidende für uns ist, dass es nicht nur um das Bauwerk geht, sondern vielmehr darum, was die Absperrungen konkret für die Menschen bedeutet haben. Deswegen sind die Geschichten von denjenigen, die darunter gelitten haben, für uns das Entscheidende.

WIERZIOCH: Was Sie jetzt am Schluss gesagt haben, war das, was ich mit »Eventkultur« gemeint habe. Da wird also nicht nur ein Bauwerk bestaunt, sondern da müssen auch Zeitzeugenberichte mitvermittelt werden, damit das Ganze ein Gesamtbild ergibt. Uwe-Karsten Heye, wie haben Sie den 13. August 1961 erlebt? Sie waren damals Volontär bei der »Mainzer Allgemeinen Zeitung«.

UWE-KARSTEN HEYE: Ich war damals am Fernschreiber, als die ersten Nachrichten der Presseagenturen an diesem 13. August 1961 kamen. Sie können sich vorstellen, wie erschüttert wir alle waren. Das war eine hochgefährliche und sehr brisante Lage, in die die Welt hätte geraten können. Die Alternative war ja offenbar entweder Mauer oder Krieg. Ich habe heute Vormittag an diesem Tisch gesessen und gespürt, welche Wunden auch hier in diesem Saal noch zu finden sind und wie schwer diese Wunden vernarben. Bautzen ist ja sozusagen tränen- und blutgetränkt. Wenn man was wünschen kann, würde ich mir wünschen, Bautzen zu einem nationalen Erinnerungsort über beide Diktaturen – so unterschiedlich sie waren – zu entwickeln und daraus einen Lernort für die jüngere deutsche Geschichte zu machen. Die DDR war auch das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, den die Nazis zu verantworten hatten. Aber der Nationalsozialismus wäre vermeidbar gewesen, wenn es eine klare politische Haltung gegeben hätte, nicht



Wegducken und Weggucken. Denn die Nazis haben ja keine Revolution gemacht; ihnen ist die Macht übergeben worden. Und das war der Ausgangspunkt für all die Schrecken, die danach kamen.

Ich glaube, hier in Bautzen versammelt sich der Hass der ersten 50 Jahre des vorigen Jahrhunderts. Auch Hass der sowjetischen Sieger auf die Deutschen, die ihr Land, die UdSSR, überfallen und verwüstet haben. 25 Millionen Tote sind auf den Schlachtfeldern Russlands geblieben. Von den fünf Millionen russischen Kriegsgefangenen sind zwei bis drei Millionen in deutschen Kriegsgefangenenlagern umgekommen. Auch Sozialdemokraten, die hier in Bautzen schon unter den Nazis gefangen waren und danach in der DDR erneut wegen ihrer Überzeugung eingesperrt wurden – auch da konnte Hass entstehen.

Und auch die Mauer hat Hass erzeugt. Dennoch brauchen wir 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, die von den Menschen im Osten eingedrückt wurde, endlich das gemeinsame Gespräch zwischen Ost und West. Es gibt unterschiedliche Erfahrungen und dabei ist es allemal besser, miteinander zu reden als übereinander. Das wäre meine Hoffnung, dass Bautzen es als Herausforderung empfindet, zu diesem inneren deutschen Gespräch beizutragen.

WIERZIOCH: Herr Tiefensee, dieselbe Frage an Sie. Wie haben Sie an diesem Tag vom Bau der Mauer erfahren und wie haben Sie das Ereignis erlebt?

WOLFGANG TIEFENSEE: Ich muss Sie enttäuschen. Ich war zu diesem Zeitpunkt sechs Jahre alt und in politischer Diskussion weder geübt noch verstrickt. Ich habe keine Erinnerung an diesen Tag, außer dass er dicht an meiner Einschulung war, bei der ich eine große Schultüte hatte.

WIERZIOCH: Ich weiß, dass Sie damals noch jung waren, habe mir aber eingebildet, dass vielleicht in Ihrer Familie – Sie kommen ja aus einer christlichen, aufgeklärten Familie – am Abendbrottisch darüber gesprochen wurde, dass Ihr Vater geschimpft hat oder Ähnliches.

TIEFENSEE: Nein, ich habe da keine Erinnerung. Die erste Erinnerung dieser Art habe ich an den 30. Mai 1968, als in Leipzig die Universitätskirche gesprengt wurde. Da haben meine Eltern gesagt, heute passiert etwas sehr Wichtiges. Und da meine Schule, damals die Goethe-Schule, in der Nähe des Karl-Marx-Platzes lag, habe ich auch den Knall gehört und innegehalten. An dieses Datum erinnere ich mich also ganz genau. An den 13. August 1961 erinnere ich mich hingegen nicht. Aber natürlich erinnere ich mich an all die Auswirkungen, die wir heute sicher diskutieren werden.

Ich will mich gern Uwe-Karsten Heye anschließen und meinerseits deutlich machen, dass wir ja in den vergangenen Monaten und Jahren eine Fülle von Gedenktagen und Jubiläen gefeiert haben – ganz fröhliche, zum Beispiel den 9. Oktober oder den 9. November, aber auch schwierige, zum Beispiel Veranstaltungen zur Zwangsvereinigung von KPD und SPD mit Zeitzeugengeschichten. Bei all diesen Daten und Gesprächen, die damit zusammenhängen, ist mir aufgefallen, dass es einerseits eine ganz interessierte junge Generation gibt. Dies sind auch diejenigen, die in solchen Veranstaltungen sind. Ich denke auch, dass das Interesse der jungen Leute hier im Saal riesig ist, und ich trage so Eulen nach Athen. Aber auf der anderen Seite ist es schon die Frage, ob vieles nicht im Vergessen versinkt, was sich nach 1945 abgespielt hat. Deshalb brauchen wir die Aufarbeitung der Fakten, wir brauchen die Historiker, die Daten zusammentragen und für uns auswerten. Aber mir scheint mindestens ebenso wichtig zu sein, dass Zeitzeugen zusammenkommen. Der ganze Raum hier ist voller Zeitzeugen, sodass man gar nicht weiß, warum ich so privilegiert bin und hier oben sitzen darf; denn es könnte genauso gut umgekehrt sein. Diese Zeitzeugenschaft zu erhalten und darüber zu erzählen ist ja kein Selbstzweck.

Ich darf übrigens daran erinnern, dass von der Mauer ja nicht nur die Ostdeutschen betroffen waren. Darüber hinaus war der gesamte Ostblock einbezogen. Aber auch auf der Westseite gab es viele Menschen, die unter diesem verbrecherischen Bauwerk extrem gelitten haben. Das war in meiner Familie der

Fall, da sie durch den Mauerbau erneut auseinandergerissen wurde. Deshalb glaube ich, dass es ganz wichtig ist – und der Friedrich-Ebert-Stiftung und Ihnen ist dafür zu danken –, dass man über solche Themen spricht. Damit wir darüber nachdenken, wie es dazu kommen konnte – zur ersten Diktatur, zur zweiten Diktatur, die man nicht gleichsetzen, aber vergleichen kann. Was passiert mit einem Volk, das sich auf so etwas einlässt. Wie entsteht Angst, aus der eine Diktatur ihre Möglichkeiten schöpft? Und wie können wir dafür kämpfen, dass es in anderen Teilen dieser Welt, in denen Diktaturen herrschen, anders aussieht? Wir sind ja letztendlich – wenn auch spät – die Begnadeten, denn dieses unsägliche Bauwerk ist ja gefallen.

Und wenn wir über den Mauerfall reden, sollten wir uns auch immer wieder an diejenigen erinnern, die in Polen, in der Tschechoslowakei, in der Sowjetunion und in Ungarn ganz wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Mauer gefallen ist. Das Ereignis ist nämlich nicht vom Himmel gefallen. Deswegen sollte das Wort der »Bringschuld« gegenüber diesen Frauen und Männern auch eine Rolle spielen. Manchmal sitzen wir mittlerweile schon wieder auf einem sehr hohen Ross, wenn wir nach Osten schauen. Wir bezeichnen uns als Westeuropa, die anderen als Osteuropa. Da gibt es so eine gedankliche Sperre, die ausdrückt, dass wir zu den Gewinnern gehören und die anderen hinterherlaufen sollen. Der Punkt scheint mir also auch sehr wichtig: Die Mauer hat nicht nur Deutschland und schon gar nicht nur Berlin betroffen. Und sie ist nicht nur von den Deutschen – nicht nur von den Leipzigerinnen und Leipzigern – eingerissen worden, sondern wir müssen daran erinnern, dass es in anderen Ländern Vorläufer gegeben hat. Länder, die jetzt dringend auch unsere Unterstützung brauchen.

WIERZIOCH: Herr Professor Eckert, lassen Sie uns noch genauer auf die konkreten Auswirkungen des Mauerbaus für die Menschen konzentrieren. Sie haben der »Leipziger Volkszeitung« gesagt: »Die Mauer hat 1961 unsere Familie zerstört.« Können Sie uns dieses Zitat erklären?

RAINER ECKERT: Das kann und möchte ich sehr gerne. Unsere Familie war geteilt. Mein Vater war tot, und ich lebte mit meiner Mutter als einziges Kind in Potsdam. Die Großeltern lebten in Westberlin. Wir hatten eine sehr enge Beziehung, haben uns wöchentlich besucht. Das war mit der S-Bahn relativ einfach möglich. Am 12. August sind wir das letzte Mal durch Berlin durchgefahren. Wir kamen vom Urlaub vom Werbellinsee zurück, fuhren in der S-Bahn durch Westberlin und fragten uns, ob wir aussteigen sollten, um die Großeltern zu besuchen und über Nacht dortzubleiben. Wir wären dann am 13. August in West-



berlin gewesen – ob wir geblieben wären, ist eine andere Frage. Wir wollten aber erst einmal nach Hause und am nächsten Morgen gleich nach Westberlin. Ich möchte das kurz erzählen, weil das vielen nicht mehr in Erinnerung ist. Früh hatten wir im Radio gehört, dass Westberlin abgesperrt ist. Das wollten wir nicht glauben. Zumindest hielten wir es nicht für möglich, dass das länger als ein paar Wochen andauern könnte. Wir sind zum Potsdamer Hauptbahnhof gefahren, der von der Volkspolizei abgesperrt war. Die Leute wurden zurückgewiesen und in dieser Situation brach offener Hass aus. Ich war elf Jahre alt und habe es gut in Erinnerung, wie die Volkspolizisten beschimpft wurden. Es war wirklich ein extremer Hass. Dann die Fahrt nach Westberlin über den Außenring – die Eisenbahnlinie hieß im Volksmund Sputnik (angelehnt an den sowjetischen Satelliten, der die Erde umrundete) – und dann zum Bahnhof Friedrichstraße. Dort gab es herzerreißende Szenen. Es gab unten im Bahnhof Friedrichstraße ein Büro, in dem Kinder abgegeben wurden, die im Osten bei Verwandten oder Großeltern zu Besuch gewesen waren und nun wieder in den Westen zurück überführt werden mussten. Sie wurden gezwungen, sich dort von den Menschen, bei denen sie zu Besuch waren, zu trennen, und wurden dann über die Grenze gebracht. Vor dem Bahnhof Friedrichstraße stand ein Panzerregiment der Nationalen Volksarmee – auch etwas, das oft vergessen wird –, und zwar nicht, weil ein Krieg, sondern weil ein Aufstand befürchtet wurde. Dieses Panzerregiment

war mit einem Holzzaun eingezäunt und ringsherum standen die wirklich wütenden, hasserfüllten Ostberliner. Die Panzersoldaten waren eher unsicher, kaum vorbereitet auf die Situation.

Am selben Abend ist meine Großmutter, die schwer krank war, zu Fuß nach Ostberlin gekommen, um uns noch ein paar Pakete mit Kaffee, Waschpulver und Ähnlichem zu bringen. Das möchte ich auch in Erinnerung rufen: Die Westberliner durften noch einige Tage nach Ostberlin kommen und dann nicht mehr. Im Gegensatz zu den Westdeutschen, die ja mit Umtausch und unter bestimmten Bedingungen einreisen konnten. Bis zum ersten Passierscheinabkommen 1963 durften die Westberliner nicht nach Ostberlin, wenn sie nicht privilegierte Funktionäre, Künstler oder Mitglieder der SED-hörigen Sozialistischen Einheitspartei Westberlins waren. Deshalb habe ich gesagt, dass unsere Familie zerstört wurde.

Die darauf folgenden Jahre waren ein einziger Kampf. Ich habe darüber publiziert und auch die gesamten Dokumente gesammelt, die belegen, was wir alles versuchten, um unsere Großeltern wiedersehen zu können. Meinen Großvater habe ich nicht mehr gesehen, er ist vor 1963 gestorben. Und sein letzter Wunsch war es, seinen einzigen Enkel noch einmal in seinem Leben zu sehen. Meine Großeltern waren Sozialdemokraten, arme Leute, die im Hinterhof mit Außentoilette in Moabit gewohnt haben, keine Privilegierten, keine Kapitalisten oder wie auch immer es sich in der SED-Propaganda angehört hat. Meine Großmutter konnte schließlich nach dem ersten Passierscheinabkommen rüber. Der Bau der Mauer hat sich mir als damals Elfjährigem eingebrannt. Ich habe das nie vergessen. Die Mauer habe ich immer als eine Schande für unsere Nation verstanden, als etwas, das mir wirklich tief im Herzen brennt. Und umso bitterer war es dann später, zu erleben, wie dieser Zustand für den Westen immer mehr zur Normalität wurde. Am schlimmsten waren dabei die linken Jugendgruppen, die immer mal in die DDR zu Besuch kamen und dann erzählten, wie schön doch der Sozialismus in der DDR wäre – die allerdings nicht bleiben wollten, sondern wieder zurückgingen, uns aber belehrten.

Jetzt noch einmal zurück zur Frage, wie die Ostdeutschen in ihrer Masse zur Mauer standen. Ich glaube, es ist nicht so einfach zu beantworten, indem man sagt, dass alle sie abgelehnt hätten. Wir dürfen nicht vergessen, dass es in der DDR durchaus einen erheblichen Teil der Bevölkerung gab – wenn auch nicht die Mehrheit –, der dieses System aktiv gestützt hat. Wir können es nicht genau quantifizieren, schätzen aber, dass es 20 Prozent waren. Die waren also überzeugte Anhänger der Diktatur und haben überwiegend die Mauer mitgetragen. Das zieht sich dann bis zur Friedlichen Revolution durch. Darin liegt auch eine Er-

klärung dafür, dass heute immer noch Ostalgie blühen kann, dass die DDR immer wieder auch positiv gesehen wird. Diese 20 Prozent sind noch wirkmächtig. Es gab darüber hinaus eine sehr große Anzahl von Indifferenten; und nur relativ wenige, die den Mut hatten, aktiv zu widerstehen, und dann teilweise dafür büßen mussten. Ich plädiere hier also für eine differenzierte Sicht.

Wierzoch: Frau Dr. Nooke, lassen Sie uns diesen Weg entlang der Schicksale der Menschen weitergehen. Sie haben das Buch »Fluchtziel Freiheit. Berichte von DDR-Flüchtlingen« geschrieben. Wie war das mit dem Druck der Stasi ab dem Mauerbau? Ist er größer geworden?

NOOKE: Das Buch beinhaltet eine Auswahl von Flüchtlingsberichten, die in den Jahren 1961/62 geschrieben wurden, von Flüchtlingen einer studentischen Fluchthilfegruppe, die an der Freien Universität in Westberlin Fluchten für ihre Kommilitonen organisiert hat. Diese Berichte waren für mich sehr eindrücklich, weil ich finde, dass man da noch einmal einen ganz unmittelbaren Eindruck von der Situation damals in der DDR bekommt.

Rainer Eckert hat es gerade schon angesprochen. Die Angst der DDR-Oberen vor einem Aufstand war wirklich nicht unbegründet. Man sieht das schon daran, dass die Staatssicherheit über die bevorstehenden Maßnahmen der Grenzschließung – wie es im DDR-Deutsch hieß – eher informiert worden war als die politisch Verantwortlichen in den Ministerien. Am 11. August wurden alle Stasi-Bezirkschefs schon zu einer sogenannten Feierstunde in Ausgehuniform nach Berlin beordert. An diesem Abend wurde ihnen eröffnet, dass die »Aktion Rose« bevorstehe, also die Schließung der Grenze. Die Stasi hatte die Aufgabe, diese Aktion nach innen abzusichern, weil man befürchtete, dass es wie am 17. Juni 1953 einen Aufstand geben könnte. Wie groß diese Befürchtungen waren, zeigt sich auch daran, dass die Kreisdienststellen der Staatssicherheit in den ersten Tagen nach dem Mauerbau in zweistündigen Abständen Berichte nach oben liefern mussten. Die haben flächendeckend die gesamte Republik überwacht und dokumentiert, was passiert. Wenn jemand in seiner Wut Parolen an die Wände geschrieben oder sich geäußert hat, konnte das ganz schnell zur Verhaftung führen. Drei Wochen nach dem Mauerbau wurden ungefähr 6.000 Verhaftungen von der Staatssicherheit erfasst. Mehr als die Hälfte der Festgenommenen wurde in Schnellverfahren zu extrem hohen Haftstrafen verurteilt.

Diese Angst, die die SED davor hatte, dass im Land etwas passieren könnte, war sehr offensichtlich. Und in diesen Flüchtlingsberichten zeigt sie sich von der anderen Seite. Das sind Berichte von Leuten, die sich entschlossen haben, die Flucht zu wagen, obwohl es extrem gefährlich war. Am 24. August 1961 wurde

der erste Flüchtling an der Grenze erschossen, Günter Litfin. Alle, die die Flucht gewagt haben, wussten, worauf sie sich einlassen. Und trotzdem haben sie es gemacht. Die Berichte sind wirklich ein Schatz. Die Fluchthelfer haben damals den Flüchtlingen gesagt, sie sollen einfach einmal aufschreiben, was sie gerade in der DDR erlebt haben. Sie berichten darüber, wie sie in ihren Betrieben, in den Schulen, in den Instituten, wo sie gearbeitet haben, unmittelbar nach dem Mauerbau extrem unter Druck gesetzt wurden. Da wurden sie zu den berühmten Unterschriften gepresst. Da wurden Aufrufe in der Zeitung und im Fernsehen gestartet. Am 16. August wurden zum Beispiel alle jungen Männer aufgefordert, sich freiwillig für den Dienst an der Waffe zum Schutz der Republik zu melden. Das hat man dann eben mit massivem Druck durchgesetzt.

Es gibt zum Beispiel eine Reihe von Berichten von Studenten der Dresdner Universität. Die haben erzählt, dass sie damals im Hörsaal eingesperrt wurden und erst rausgelassen wurden, nachdem sie unterschrieben hatten. Nach ein paar Stunden waren auch die Letzten zermürbt und haben unterschrieben. Viele von ihnen haben dann entschieden, dass sie nicht mehr mitmachen. Diese Repressionsmaßnahmen waren für viele der Auslöser, zu sagen, das akzeptiere ich nicht und jetzt gehe ich doch. Diese Berichte spiegeln das sehr deutlich. Sie zeigen auch, wie es innerhalb kürzester Zeit geschafft wurde, die Leute mundtot zu machen. Eine Lehrerin berichtete zum Beispiel, wie sie nach den Ferien ihre »rote Woche« hatten und instruiert wurden, wie sie die Ereignisse zu sehen hatten. Und dass sie da zuerst selber unterschreiben mussten, dass sie keine Westmedien mehr hören durften. Dann haben sie alle Radio Wien gehört, daraufhin wurde verboten, generell Sender aus dem kapitalistischen Ausland zu hören. Dann wurden sie verpflichtet, die Kinder zu kontrollieren, ob die zu Hause so etwas hören. Diese Beschreibung, in welche inneren Nöte sie auch gekommen sind, jetzt plötzlich etwas umsetzen zu müssen, was sie selbst verabscheuen. Das war, glaube ich, so eine typische Situation für alle, die in der DDR waren und die sich dann fragen mussten, wie sie das aushalten, was sie dagegen machen könnten. Und für viele war dann eben Flucht der einzige Ausweg.

WIERZIOCH: Zu diesem Punkt Herr Professor Eckert, bitte.

ECKERT: Ich möchte da ein Beispiel erzählen. Es geht mir damit auch darum, dass so unheimlich viel vergessen wird. Es gab da diese FDJ-Aktion »Blitz contra Nato-Sender«, wo fanatisierte FDJler auf die Dächer der Häuser stiegen und die Antennen, die Richtung Westen ausgerichtet waren, abmontierten und abbrachen. Ich hatte einen solchen Jungen bei mir in der Klasse, Manfred Buchmann. Der musste dann am frühen Morgen am Montag beim Fahnenappell nach



vorne kommen und ihm wurde gesagt: »Deine Mutter vergiftet dich mit Nato-Gift. Nimm hier Stellung!« Der Junge war elf Jahre alt. Das Fernsehgerät dieser Familie wurde eingezogen und in Potsdam in einem Bäckerladen ausgestellt. Das Schaufenster war leergeräumt und der Fernseher stand drin. Der Bäckerladen war Ecke Nauener Straße/Brandenburger Straße. Daneben stand: »Frau Buchmann vergiftet ihren Sohn mit dem Gift der Westsender.« Und alle, die vorbeiliefen, konnten den Namen lesen und das, was da passiert war. Das war Nationalsozialismus pur, das erinnerte an die Reichspogromnacht.

Diese Dinge sind heute viel zu sehr in Vergessenheit geraten. Es wird viel über den Mauerbau geredet, aber es muss wieder lebendig werden, was da im Detail passierte. Und ich denke – weil es ja auch immer wieder um junge Menschen geht –, dass man gerade an solchen Beispielen jungen Menschen zeigen kann, was sie heute nicht mehr erleben müssen.

WIERZIOCH: Herr Tiefensee, Lebensplanungen mussten ab dem Jahr 1961 in der DDR geändert werden. Können Sie konkret zu den Schicksalen der Menschen etwas sagen? Vielleicht auch aus dem eigenen Umfeld, Freundes- und Familienkreis.

TIEFENSEE: Ich weiß nicht, ob das interessant ist, aber ich will ein bisschen von meiner Familie erzählen. Mein Vater stammt aus Ostpreußen, meine Mutter aus

Schlesien. Sie sind in Halle beziehungsweise dann in Leipzig zusammengekommen. Der Rest der Familie war, aus bestimmten Umständen, im Westen. Meine Mutter zog nebenbei noch ihre kleine Schwester groß, denn mein Großvater war im Krieg gestorben. Aber auch diese kleine Schwester ging dann in den Westen, sodass meine Mutter mit ihrem Ehemann allein im Osten blieb. Mein Leben ist von den Fragen bestimmt, die hier indirekt anklingen. Ich bin in der polytechnischen Oberschule mit der Frage großgeworden, ob wir vier Geschwister zu den Jungen Pionieren gehen oder nicht und was daraus folgt. Gehen wir in die FDJ? Nein. Gehen wir zur Jugendweihe? Nein. Und ich habe solche Erlebnisse, die Sie schildern, auch gehabt. Ich war dann einer unter 1.000, der nicht in der FDJ war. Die Frage war, wie man mit einer solchen Situation umgeht, in der man Außenseiter ist, in der man in diese Richtung erzogen wurde – und nicht nur durchs Elternhaus, sondern es gab auch eine ganz starke Verwurzelung bei mir in der katholischen Gemeinde.

Als ich älter wurde, kam die Frage, wie das mit der Armee ist. Sie haben in Bezug auf meine Biografie in einem Nebensatz gesagt, dass ich Bausoldat war. Wir hatten in Leipzig einen Pfarrer, Pfarrer Rosner, der sich gezielt mit der Frage der Wehrdienstverweigerung, des Pazifismus, des Bausoldatenseins beschäftigt hat. Ich erinnere mich an zig Gespräche darüber, wie wir mit dieser Frage umgehen. Ich habe mich dann entschieden, nicht zur NVA im üblichen Sinne, sondern zu den Bausoldaten zu gehen. Dann war die Frage, wie man sich bei der Kommunalwahl oder bei der Volkskammerwahl verhalten sollte. Die Familie war also durch die Mauer zerrissen, wir lebten völlig verschiedene Leben in Ost und West. Ich lernte zu Hause und auch im kirchlichen Raum, dass die DDR nicht ewig dauert, wir stark aufgestellt sein müssen und unseren Charakter dadurch nicht verbiegen lassen dürfen, vielleicht sogar ein Stück Vorbild sein müssen.

Ganz zum Schluss, Mitte der 80er-Jahre, wurden all diese Fragen abgelöst durch die Frage, ob man hierbleibt oder den Ausreiseantrag stellt. Das, was wir in der Nikolaikirche erlebt haben, das Skandieren: »Wir wollen raus!« und dann: »Wir bleiben hier!«, ist also auch symptomatisch für diese Zeit Anfang und Mitte der 80er-Jahre. Aus unserem Freundeskreis sind ganz wichtige Freunde ausgereist. Und wir haben uns ständig mit dieser Frage herumgeschlagen, ob wir die Mauer auf diese Art und Weise überwinden, oder sollen wir – und das war die Antwort meiner Frau und mir – aus diesem System heraus ein Zeichen setzen, dass es auch anders geht. Aber ich respektiere jede andere Entscheidung. Ich respektiere, dass jemand in die FDJ gegangen ist, genauso zur normalen NVA. Und ich respektiere auch, dass jemand den Ausreiseantrag gestellt hat. Und ich habe den allergrößten

Respekt davor, dass jemand die Grenze und die Mauer unter Einsatz seiner Gesundheit, unter Einsatz seines Lebens überwinden wollte und überwunden hat.

WIERZIOCH: Herr Heye, können Sie mit der These etwas anfangen, dass das nicht nur eine territoriale Grenze war, sondern auch eine Grenze in den Köpfen der Menschen? Dass sozusagen dieses physische Bauwerk auch wie eine Chiffre auf das Denken der Menschen gewirkt hat.

HEYE: Das wurde hier ja bereits deutlich. Nach dem 13. August ist ja der Druck auf die Menschen größer geworden. Auch in der DDR gab es viele, die die Hoffnung hatten, mit dem Mauerbau und dem 13. August könnte tatsächlich so etwas wie das Projekt DDR als ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus entstehen. Diese Hoffnung ist so schnell eingegangen wie nur irgendwas, das muss ich hier nicht erzählen. Ich glaube, dass die DDR vor allem etwas war, was man immer im Kopf haben muss: nämlich das tiefe Misstrauen gegenüber dem Volk. Dieses Misstrauen wurde durch den Mauerbau natürlich noch geschürt. Denn jedem Menschen musste doch klar gewesen sein, wenn ich das tue, gewinne ich in diesem Land keine Freunde. Das war ja auch so. Und deswegen ist das Beispiel mit den umgeknickten Antennen das eine. Es gibt eine Schlagzeile der »Sächsischen Zeitung« von damals: »Aufs Schandmaul!« Das heißt, die FDJ war aufgefordert worden, alle diejenigen, die sich despektierlich über Mauer, über einzelne Personen, über das System selber äußerten, zu verdreschen und anschließend den Behörden auszuliefern.

Das ist ein Teil der Ursachen dafür, dass viele diesem Staat den Rücken gekehrt haben und in die Privatheit geflüchtet sind. Um öffentlich nicht den Eindruck zu erwecken, dass man irgendwie gegen den Strich denken könnte. Das gab es höchstens privat, unter Freunden. Natürlich hat das Mentalitäten geprägt. Ich erinnere mich an Besuche in der DDR, wo wir mit Freunden in einem Freibad waren und Ball gespielt haben. Wir haben Badehosen angehabt wie alle anderen auch. Dennoch hat der Bademeister von seinem Thron herunter gerufen: »Hei, diese Westdeutschen sollen mal aufhören, mit dem Ball zu spielen!« Offenbar war auch unsere Körpersprache anders. Ich weiß es nicht, ich lasse das mal offen. Es gibt jedenfalls Unterschiede in der Frage, ob man öffentlich innere Zweifel zeigt. Dennoch möchte ich noch einmal darauf verweisen, dass die Mauer nicht vom Westen eingedrückt wurde, sondern vom Osten. Also von den Menschen, die sich sonst in den öffentlichen Räumen sehr zurückhaltend verhalten haben. Es gab mutige Dissidenten in der DDR, die wie Leuchttürme in der Landschaft standen und auch Vorbilder für viele, viele junge Leute waren. Ich glaube, dass ein offenes Gespräch darüber, was die Unterschiede und die historischen An-



forderungen in den unterschiedlichen Räumen dieses bipolaren Systems zwischen den Gesellschaften waren, möglich und jedenfalls notwendig ist. Denn sonst bleibt die Mauer in den Köpfen. Und die müssen wir einebnen, sonst kriegen wir das nie hin in diesem Land.

WIERZIOCH: Hierzu eine Ergänzung von Maria Nooke.

NOOKE: Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie noch einmal darauf gekommen sind, dass die DDR nicht nur Anpasser und Duckmäuser produziert hat. Vielmehr war es in einer so geschlossenen Gesellschaft auch die große Herausforderung, eigene Entscheidungen zu treffen und sich zu artikulieren. Das ist ja eine ganz andere Situation als heute in der Demokratie, in der es eigentlich ganz einfach ist, die Meinung zu sagen, aber in der man sich teilweise viel mehr gefallen lässt, als wir es uns damals in der DDR haben gefallen lassen. Es ist ja mitnichten so, dass sich alle nur abgeduckt haben und sich in ihrer Nische verkrochen haben. Nicht erst in den 80er-Jahren sind einige aufgestanden und haben eine Gegenöffentlichkeit geschaffen – obwohl es größte Gefahr bedeutete. Ich selbst etwa habe ja eines dieser Oppositionsblätter mitherausgegeben. Es war natürlich in den 80er-Jahren eine andere Situation, so etwas zu veröffentlichen, denn zu diesem Zeitpunkt gab es schon ganz viele, die so etwas gemacht haben in Berlin, Leipzig, Dresden, aber auch in unserm kleinen Kaff Forst.

So wie Sie das auch beschrieben haben, mussten wir uns überlegen, gehe ich zu den Pionieren, gehe ich zur FDJ. Die Folgen für das Beziehen einer Position in

einer Diktatur sind ja viel weitreichender, als das heute der Fall ist. Das brauche ich Ihnen allen nicht zu erklären. Sie haben das alle selbst erfahren, was es bedeuten kann, wenn man seine Meinung sagt, wenn man einen eigenen Weg geht, wenn man seine Freiheit einfordert. Das ist eben auch eine Erfahrung, die wir aus dem ehemaligen Osten mitbringen. Und da sage ich jetzt nicht nur DDR, sondern Osten. Dieses Leben in einer Diktatur, mit all den Schmerzen und all den Verletzungen, die wir haben, und auch den Deformierungen, die wir mit uns tragen – und gleichzeitig die Erfahrung, dass es dann plötzlich auch ganz anders gehen kann, wenn man sich nicht alles gefallen lässt und doch den Mund aufmacht. Das bringen wir auch in dieses Land mit ein. Ich glaube, es geht nicht nur um die Mauer in den Köpfen, sondern es geht auch darum, die eigene Freiheit immer wieder deutlich zu machen.

Wierzoch: Und das ist anstrengend, diese Freiheit immer wieder deutlich zu machen. Es gibt eine Ergänzung von Professor Eckert.

ECKERT: Ich muss mich an Herrn Heye etwas reiben. Das mit der Badeanstalt glaube ich Ihnen nicht. Ich glaube, das hatte andere Gründe. Ich glaube nicht, dass der Westdeutsche, der an der Grenzkontrolle etwa im Ostberliner »Tränenpalast« am Bahnhof Friedrichstraße zitterte, durch aufrechte, kämpferische Haltung in der Ostbadeanstalt so auf sich aufmerksam machte, dass der Bademeister ihn sofort erkannte, im Gegensatz zu den gebeugten Sklaven im Osten. Ich glaube, Sie hatten eine andere Badehose an und eine Cola-Flasche neben sich stehen ... Die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bereitet im Moment eine große Ausstellung im Tränenpalast vor, in der wird sehr viel über die Erlebnisse des Grenzübergangs erzählt. Was mich dabei immer wieder überrascht, ist, wie viele Westdeutsche berichten, wie viel Angst sie hatten, diesen Grenzübergang zu passieren, obwohl ihnen im Grunde nichts passieren konnte.

Jetzt noch einmal zu der mentalen Wirkung im Osten. Man muss die von der mentalen Wirkung im Westen unterscheiden. Die Unterstützer der SED, diese 20 Prozent, waren durch den Mauerbau eher gestärkt, weil sie hofften, in diesem abgeschlossenen Wirtschaftsraum des Ostens wäre jetzt eine bessere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung möglich. Das zerschlug sich dann in den 70er-Jahren. Die Mehrheit war eher passiv, hatte aber teilweise auch die Hoffnung, es könnte besser werden. Und dann komme ich zur Opposition. Das Phänomen ist ja, dass die Opposition zu diesem Zeitpunkt diejenigen waren, die noch am »dritten Weg« festhielten. Das waren nicht die SED-Angehörigen, die klammerten sich an ihre Vorstellung von einer kommunistischen Diktatur. Das

setzte sich sogar über '68 hinaus fort und hatte Auswirkungen bis in den Herbst '89. Die Kampflinie war: Stalinisten auf der einen Seite und Anhänger des »dritten Weges«, auch demokratische Sozialisten oder Anhänger einer Zivilgesellschaft, auf der anderen Seite. Dazu kamen als nächste Gruppe noch die, die ganz weggegangen sind, also Flüchtlinge und Ausreisende.

Jetzt zum Westen: Das Problem ist doch eigentlich, dass der Westen den Osten vergisst. Der Westen blickt nach Süden und Westen. Sie kennen den Witz: »Der Ostdeutsche sagt zum Westdeutschen: ›Wir haben immer nach Westen geblickt.« Der Westdeutsche sagt: ›Wir auch.« Dass die DDR zu Deutschland gehört, ging zunehmend verloren. Das ist ein riesiges Problem. Und auch mit der Erfahrung von 20 Jahren demokratischem Deutschland kann ich im Rückblick sagen: Es ist nicht automatisch so, dass der Mutigere, der Aufrechtere in der Demokratie lebt. Politisch ist es heute weitaus ungefährlicher, sich zu artikulieren, als in der Diktatur. Aber es gibt auch andere Zwänge, zum Beispiel im Arbeitsleben. Ich habe immer wieder mit Leuten zu tun, die mir von diesen Zwängen berichten, von der Angst, gekündigt zu werden. So weit sind wir noch lange nicht, dass auch hier mit offenem Visier und geradem Rückgrat gekämpft wird.

TIEFENSEE: Jetzt hat Herr Professor Eckert etwas gesagt, das meinen Beitrag vielleicht etwas obsolet macht. Ich wollte eine Anmerkung machen zu der Frage, die SED wollte den einen Weg, die Opposition einen anderen. Das kann dazu führen, dass wir zu stark in Schubladen denken. Meine Erfahrung war, dass es zum Beispiel nicht den Schulleiter an sich gibt. Es gibt den aufgeklärten Lehrer, der auf seine Art und Weise im System Mut bewiesen und so manch einem Überleben garantiert hat. Es gibt den fortschrittlichen Genossen – ich habe Mitte der 80er-Jahre einige erlebt, die völlig frustriert waren und viel offener diskutiert haben als so mancher außerhalb der SED. Und ich habe auch die scheinbar Oppositionellen erlebt, die – aus welchen niederen Motiven auch immer – einen Weg gewählt haben, der nach außen sehr mutig aussah, aber doch von sehr einfachen Motiven geprägt gewesen ist. Das mag jetzt ein Sowohl-als-auch sein, aber wir müssen uns davor hüten, nur Schubladen aufzuziehen und die Menschen dort hineinzutun. Es ist weitaus differenzierter.

Und das klingt eben auch an, wenn Uwe-Karsten Heye von den Westdeutschen spricht, die nun wiederum auch ihre Biografien haben. Mir hat ein Westdeutscher Anfang der 90er-Jahre gesagt, dass ihm noch kein Ostdeutscher über den Weg gelaufen sei, der ihn nach seiner Biografie vor '89 gefragt hätte. Es geht immer nur umgekehrt: Interessiert ihr Westdeutschen euch für die Biografie der Ostdeutschen; eure interessiert uns nicht. Aber dass es natürlich auch in West-

deutschland Schwierigkeiten gab, das alles muss Berücksichtigung finden. Vor allem dann, wenn wir erklären wollen, dass es offensichtlich eine menschliche Eigenschaft ist, anfällig für Angst und Repression zu sein, anfällig für den großen Guru, der einem zeigt, wo der Weg langgeht. Das macht eben nicht Halt vor Ost und West, sondern es geht offensichtlich quer durch alle Menschengruppen. Die Hauptaufgabe, die jetzt vor uns steht, ist es daher, die Gründe hierfür aufzudecken, davor zu warnen und vor allem etwas dagegen zu tun.

HEYE: Ich würde gern eine kleine Ergänzung dazu machen. Die DDR ist zu einem Teil auch aus der Erfahrung des Nationalsozialismus entstanden. Viele setzten die Hoffnung darauf, dass es den ersten bewusst antifaschistischen Staat geben könnte. Es gab auch eine Remigration jüdischer Intellektueller in die DDR, die wieder an den Hochschulen tätig wurden und Hoffnung auf den Antifaschismus setzten. Die bittere Enttäuschung will ich jetzt nicht miterzählen. Es gab also ein interessantes Missverständnis über die Entstehungsgeschichte der DDR und über das, was dort möglich war und was nicht. Deswegen muss man noch einmal neu darüber nachdenken, wie viel Hoffnung, wie viel Idealismus es auch in der DDR gab, die auf eine schändliche Weise betrogen wurden. Ich wäre sehr dankbar, wenn diese Differenzierung auch noch möglich wäre.

Vor allem sollten wir darüber nachdenken, was man denn aus der gemeinsamen Geschichte lernen kann. Denn die DDR ist doch nicht nur die Geschichte derer, die dort gelebt haben. Sie ist auch die Geschichte derer, die im Westen waren. Unsere gemeinsame Geschichte besteht aus beiden Erfahrungen in beiden Teilen Deutschlands. Die Frage ist, welche Lehren wir daraus ziehen und was wir tun, um den Schmerz, den ich heute Vormittag hier empfunden habe, zu überwinden und darüber nachzudenken, was wir tun können, damit das nie wieder geschieht.

Ich war lange in New York. Ich habe dort in der deutsch-jüdischen Community viele Freunde, und da merkt man, wie groß der Verlust war, den die Nazis diesem Land zugefügt haben, indem sie Menschen rausgeschmissen haben, die so wichtig waren für die deutsche Kultur. Ich glaube, dass wir aus den Erfahrungen dieses Landes zu lernen haben, und das ist nicht in Ost und West teilbar. Vielmehr müssen wir das, was Geschichte uns aufgegeben hat, aus beiden Richtungen in das einbeziehen, was wir gemeinsam tun müssen: nämlich ein Land schaffen, in dem das, was Sie gerade an Ängsten, zum Beispiel um den Arbeitsplatz, geschildert haben, durch einen emanzipatorischen Kontext wiederaufgehoben wird und wir uns wirklich überlegen, welche Richtung wir einschlagen wollen. Da kann ich nur sagen: Seid alle dabei!

ECKERT: Ein Nachwort noch zum Antifaschismus. Der Antifaschismus war ein wichtiges Bindeglied innerhalb des Herrschaftssystems der SED. Und trotzdem haben wir ihn – auch aus der Tradition der protestantischen jungen Gemeinden – hoch kritisch betrachtet. Und zwar aus dreierlei Gründen: Wie kann man Antifaschist sein und gleichzeitig eine Diktatur errichten? Wie kann man Antifaschist sein und sagen, es waren die Kapitalisten, die den Faschismus etabliert haben? Wie kann man mit Antifaschismus argumentieren, wenn man auf der einen Seite die Verbrechen Stalins ausblendet und auf der anderen Seite auch den Alltagsdeutschen nicht miteinbezieht? Und endgültig zerstört war dieser kommunistische Antifaschismus mit dem Versuch Gregor Gysis im Januar 1990, den Antifaschismus am Ehrenmal in Berlin-Treptow zu instrumentalisieren. Da gab es Neonazi-Schmierereien – ich vermute, die waren von der Stasi angebracht – und dann versammelten sich abends bei Scheinwerferlicht zehntausende Anhänger des alten Regimes, und Gregor Gysi sagte: »Die rechte Gefahr steht vor uns. Wir brauchen einen Verfassungsschutz.« Auf Deutsch gesagt, die Staatssicherheit sollte unter verändertem Namen erhalten bleiben. Als dann Tausende »Verfassungsschutz! Verfassungsschutz!« skandierten, lief es mir kalt den Rücken hinunter. Da habe ich gedacht, dass wir noch mal ein bisschen deutlicher sprechen müssen, um zu verhindern, dass die noch einmal an die Macht kommen.

HEYE: Sie werden mir gestatten anzufügen, dass ich darüber nicht geredet habe. Ich habe über Menschen gesprochen, die aus New York oder aus Moskau zurückgekommen sind und dachten, das wäre eine Möglichkeit. Die haben schon gewusst, was Antifaschismus ist. Und sie wurden auf eine schreckliche Art und Weise enttäuscht.

WIERZIOCH: Ich danke Ihnen für das Gespräch.



Zeitzeugengespräch

Politische Verfolgung, Flucht und Haft in der SBZ/DDR

ANNE HAHN, ELLEN THIEMANN, JOHANNES OESTERHELT, HARTMUT RICHTER

Moderation: CORNELIA LIEBOLD

CORNELIA LIEBOLD: Das diesjährige Zeitzeugenpodium des Bautzen-Forums ist ganz passend betitelt: »Politische Verfolgung, Flucht und Haft in der SBZ/DDR«. Es ist natürlich eine große Herausforderung für einen Moderator und für die Zeitzeugen, sich diesem sehr komplexen Thema in eineinhalb Stunden zu widmen. Ich möchte Sie daher zunächst mit den persönlichen Lebensgeschichten, aber auch den persönlichen Ansichten von vier Zeitzeugen bekannt machen, die mit ihren Geschichten eigentlich für sich selbst schon immer eineinhalb Stunden füllen könnten.

Ich beginne mit dem ältesten Teilnehmer, Johannes Oesterheld, geboren 1925, aufgewachsen in Dresden. Er gehörte, gemeinsam mit seiner damaligen Verlobten, zu einer Gruppe von insgesamt 28 Personen, die im Oktober 1948 vom

Sowjetischen Militärtribunal (SMT) in Potsdam wegen Spionage – die meisten von Ihnen wissen, was das bedeutete – zu 25 Jahren verurteilt wurden. Er kam mit seiner Verlobten in ein sowjetisches Arbeitslager nach Inta zur Zwangsarbeit. Im Dezember 1955 erfolgte sein Heimtransport nach Deutschland. Im Gegensatz zu vielen anderen, die zu diesem Zeitpunkt in Freiheit kamen, kam er in die Strafanstalt nach Bautzen und von dort 1956 noch einmal nach Brandenburg-Görden. Erst am 28. November 1960, nach knapp 13 Jahren, wurde er entlassen. Am 3. Dezember 1960 heiratete er dann seine langjährige Verlobte. Sie haben beide beruflich und privat in Dresden Fuß gefasst und leben beide heute noch in Radebeul. Die Haftzeit hat das weitere Leben von Herrn Oesterhelt auch insoweit geprägt, als er seine Russischkenntnisse, die er in seiner langjährigen Haft erwarb, beruflich angewandt und bis zu seiner Rente als Übersetzer gearbeitet hat. Danke, Herr Oesterhelt, dass Sie da sind.

Nun möchte ich Ellen Thiemann vorstellen. Sie wurde 1937 ebenfalls in Dresden geboren, wo sie bis zum Abitur die Schule besuchte. Durch Versetzung ihres Vaters ist sie 1957 nach Berlin gezogen, hat später ein vierjähriges Spanisch-Studium absolviert, ist als freischaffende Künstlerin, Dolmetscherin und redaktionell tätig gewesen. 1960 heiratete sie, 1961 wurde ihr Sohn geboren. 1972 erfolgte ihre Verhaftung und 1973 ihre Verurteilung zu drei Jahren und fünf Monaten Gefängnis wegen eines missglückten Fluchtvorhabens von Ost- nach Westberlin. Daran schloss sich die Haft in der berüchtigten Frauenhaftanstalt Hoheneck an, von wo sie im Mai 1975 entlassen wurde. Nicht wie erhofft in den Westen, sondern nach Ostberlin. Erst im Dezember 1975 gelang ihr dann gemeinsam mit ihrem Sohn die Ausreise in den Westen. Hier erschien bereits 1984 ihr erstes Buch über ihre Hafterlebnisse in Hohenschönhausen und Hoheneck: »Stell dich mit den Schergen gut – Erinnerungen an die DDR«. 1990 kam die Erweiterung auf den Markt: »Stell dich mit den Schergen gut – Meine Wiederbegegnung mit dem Zuchthaus Hoheneck«, die unter ganz anderen Vorzeichen möglich geworden war. Frau Thiemann arbeitet heute als Zeitzeugin. Sie trat auch als Zeitzeugin vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages auf. Danke, dass Sie da sind.

Zu meiner Linken sitzt Hartmut Richter, geboren 1948 in Glindow bei Potsdam. Herr Richter machte bereits im Alter von 18 Jahren, 1966, seinen ersten Fluchtversuch über die Tschechoslowakische Sozialistische Republik nach Österreich, der misslang. Er wurde vom Kreisgericht Potsdam aufgrund seiner Jugend noch zu zehn Monaten auf Bewährung verurteilt – das gab es tatsächlich auch einmal ... Nach Ende seiner Lehre im gleichen Jahr erfolgte sein zweiter Fluchtversuch in

den Westen, indem er den Teltow-Kanal von Ost- nach Westberlin erfolgreich durchschwommen hat. Er nutzte diese neu gewonnene Freiheit, um als Schiffsstewart auf den Weltmeeren umherzureisen, bis er 1972 nach Westberlin zurückkehrte. Ab diesem Zeitpunkt engagierte er sich bis 1975 als Fluchthelfer und hat insgesamt 33 erfolgreiche Fluchten von Ost- nach Westdeutschland durchgeführt. Ausgerechnet die Schleusung seiner Schwester schlug dann fehl. Er wurde 1975 gemeinsam mit seiner Schwester festgenommen, und es erfolgte seine Verurteilung wegen Menschenhandels in schwerem Fall zu 15 Jahren. Dabei hatte die Stasi nur 18 Fälle aufgedeckt, die übrigen waren ihr verborgen geblieben. Seine Haft hatte er zuerst in Rummelsburg und ab 1977 dann in Bautzen II zu absolvieren. Das hing auch damit zusammen, dass er mehrfach in Hungerstreik trat und auch wegen ständigen widerständigen Verhaltens in der Haft auffiel. 1980 wurde er dann durch die Bundesrepublik freigekauft. Er engagierte sich bereits vor der Friedlichen Revolution in der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und arbeitet bis heute als Zeitzeuge in Berlin, auch in der Gedenkstätte Bernauer Straße. Danke, dass Sie da sind.

Die jüngste Teilnehmerin und auch die mit der kürzesten, aber man könnte sagen akutesten Haftzeit, ist Anne Hahn. Sie wurde 1966 in Magdeburg geboren und hat nach einer Ausbildung zur Krankenschwester und dem Abitur an der Volkshochschule 1987 noch im kommunalen Bereich der Kulturpolitik gearbeitet. Noch zu DDR-Zeiten organisierte sie einige Punk-Konzerte und Lesungen in Magdeburg. Sie unternahm im Mai 1989 einen Fluchtversuch auf etwas ungewöhnlichen Wegen, indem sie nämlich während einer offiziellen Jugendtourist-Reise die Chance nutzen wollte, über Aserbaidschan in den Iran zu gelangen und damit dann auch in den Westen. Nicht einkalkuliert war, dass auch diese Grenze so gesichert war, dass man nicht ohne Weiteres hinüberkam. Auch sie wurde mit ihrem Bekannten auf frischer Tat gestellt und in die DDR zurücktransportiert, dann schon als Untersuchungsgefängene. Zur Untersuchungshaft war sie in Hohenschönhausen und Magdeburg. Noch im August 1989 wurde sie wegen Republikflucht vom Bezirksgericht Magdeburg verurteilt und kam im September 1989 in die Frauenstrafvollzugsanstalt Hohenleuben in Thüringen. Am 28. Oktober gab es dann eine Amnestie für genau diese Fälle in der DDR. Durch Verzögerungen bei den Entlassungen kam Frau Hahn erst am 17. November 1989 frei. Einen Tag später siedelte sie in den Westen über. Sie hatte dort die Chance, Kunstgeschichte, Geschichte und Germanistik zu studieren, und lebt heute als freie Autorin und Schriftstellerin in Berlin. Herzlichen Dank, dass Sie da sind.

Zu Beginn möchte ich – da ja auch seine Haftgeschichte deutlich vor dem Mauerbau beginnt und auch davor abgeschlossen war – Herrn Oesterhelt fragen, was für Sie persönlich Ihre Verhaftung 1948 bedeutet hat. Erfolgte sie aus heiterem Himmel? Und haben Sie damals geglaubt, dass Sie diese 25 Jahre, zu denen Sie verurteilt wurden, absitzen müssen? Die meisten von Ihnen im Saal kennen diese Zahl, viele hatten auch diese 25 Jahre. Aber glaubt man 1948, wo man sich gerade ein persönliches Leben aufbaut, dass es wirklich so kommen kann?

JOHANNES OESTERHELT: Sie werden Schwierigkeiten haben, mich unter der Thematik hier irgendwie einzuordnen. Ich möchte mich zuerst noch einmal bei Herrn Möller und beim Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung dafür bedanken, dass es jedes Jahr möglich ist, dass immer einer aus dieser frühen Zeit hier oben mit sitzen kann, die gern verschwiegen und auch von unseren Historikern sehr wenig beachtet wird: die Zeit der sowjetischen Tribunale. Aus dieser Zeit sitzen Gott sei Dank immer noch viele unserer Kameraden im Raum und kommen immer wieder hierher, weil sie hier ein Forum gefunden haben. Wir möchten uns speziell dafür bedanken, dass wir hier reden dürfen. Sie haben gehört, dass ich 13 Jahre eingesperrt war – eine Zeitzeugenschilderung über 13 Jahre ist nicht möglich, dazu brauchte man Stunden. Ich will auch nicht wiederholen, was schon gesagt wurde. Ich will nur Danke sagen, dass ich und meine anderen Kameraden hier reden können, wir SMT-Verurteilten, die zwischen 1945 und 1955 – sei es im Gelben Elend oder in den Untersuchungsgefängnissen – unter unsäglichen Bedingungen vegetiert haben. Denn über uns spricht man leider nicht mehr so sehr, weil das, was wir erlebt haben, nicht nachvollziehbar ist. Hier haben wir unser Forum. In Potsdam gibt es aber zum Beispiel ein Forum, wo wir Zeitzeugen senile alte Leute sind und es als Unsinn angesehen wird, was wir erzählen. Wir SMT-Verurteilten brauchen auch ein Gremium, wo wir sprechen können, und wir sind jederzeit bereit, die Historiker, die mehr oder weniger immer wieder versuchen die Geschichte aufzuarbeiten, nach unseren Kräften zu unterstützen. Wir Kameraden sind noch da und hoffen, es auch noch eine Weile zu bleiben.

Nun zu mir. Ich kann ja das, was mich betrifft, nur stichwortartig berichten. Ich bin jetzt 85 Jahre. Nach dem Krieg bin ich nach Hause gekommen und es ging darum, ein Leben aufzubauen. Ich lernte damals meine heutige Frau kennen und wir haben drei Jahre lang versucht, uns ein Leben aufzubauen. Am 8. Mai 1948 wollten wir heiraten. Alles stand schon fest und war bis ins Kleinste organisiert. Am 1. Mai verschwand ich. Ich kam nach Weimar. Dort musste ich dann feststellen, dass das Unglaubliche geschehen war, dass nämlich meine Frau und mein



Bruder auch eingesperrt worden waren. Wir gehörten später zu einer Gruppe von 28 Mann, die sich in Potsdam wiederfanden und dort dann im Oktober ihre 25 Jahre bekamen.

Zu der Frage, wie uns damals zumute war. Nun ja, wir waren jung. Und für mich gab es nur eins: Ich war gesund. Die Verhältnisse in den Zellen waren unmöglich, ich brauche das nicht zu schildern. Es musste aber weitergehen, man musste versuchen, gesund zu bleiben. Dann kam bei mir eine ganz einschneidende Sache. In der Mitte der Verhandlung wurde ich meinem Untersuchungsrichter vorgeführt, der sehr freundlich war. Das erste Mal bekam ich ein paar belegte Brötchen und durfte rauchen. Der Mann kam sehr freundlich auf mich zu und sagte: »Junger Mann, Sie sind sehr intelligent, Sie sind genau der richtige Mann für uns. Sie wollen doch bestimmt nach Hause und wollen mit Ihrer Frau endlich zusammenkommen. Arbeiten Sie für uns.« Und das waren die fünf Minuten, die mir fünf Jahre eingebracht haben. Ich habe natürlich sofort Nein gesagt, das kam für mich überhaupt nicht in Frage. Ich fand mich zusammengeschlagen unterm Tisch wieder. Der Untersuchungsrichter sagte noch zu mir: »Junger Mann, das werden Sie einmal noch sehr, sehr bereuen.« Und das habe ich dann mehr oder weniger auch getan. Ich wanderte dann in Potsdam in der Leistikowstraße in die hinterste Zelle. Heute ist ja dort eine Gedenkstätte, aber der Keller ist völlig abgeschlossen. Denn wenn man zeigen würde, unter welchen Verhältnissen dort jemand gelebt hat, würde jeder sagen, dass das völlig unmöglich ist.



Im Herbst bekamen wir also unsere 25 Jahre und wanderten alle zusammen über Sachsenhausen nach Russland. 25 Jahre war damals der Standard. Gott sei Dank gab es 1948 die Todesstrafe nicht mehr. Denn viele unserer Kameraden bekamen vor 1948 und nach 1950 die Todesstrafe, die auch in den meisten Fällen vollstreckt wurde. Die Zeit war damals so, wir waren Freiwild. Wenn man dann weiß, dass wir heute alle rehabilitiert sind, dass wir Urkunden haben, in denen steht, dass das Strafmaß null und nichtig ist, dass das keine Rechtfertigung der Sache war, dann kann man bloß sagen, wir haben damals unter Verhältnissen gelebt, von denen man nicht oft genug erzählen kann. Über die 25 Jahre haben wir gelacht, als wir uns alle wiedergefunden hatten. Das war ja Standard. Wir waren endlich aus unseren Kellerlöchern herausgekommen und gingen in die unsichere Zukunft. Wir ahnten, dass die Transporte von Potsdam aus meistens nach Russland gingen und dass wir dort schon irgendwie überleben würden.

LIEBOLD: An Frau Thiemann und die anderen beiden die Frage: Sie lebten in der DDR, und trotzdem gab es das Gefühl, dass Sie alle drei rauswollten. Warum wollte man raus? Was bedeutete für Sie das Leben in der DDR und welche persönlichen Beweggründe führten zu der Entscheidung, rauszuwollen?

ELLEN THIEMANN: Ich hatte den Mauerbau ja miterlebt. Mein Sohn war gerade geboren, am 27. Mai 1961. Am 12. August 1961 fuhr ich nach Westberlin, um Bananen und Babywäsche einzukaufen – und am nächsten Morgen war die

Grenze dicht! Diese Situation haben wir zehn Jahre lang ausgehalten. Uns fiel auf, dass wir massiv bespitzelt wurden. Wir hatten etliche Verwandte im Westen, mein Zwillingbruder lebte in Köln. Eines Tages verlangte man von mir in meiner Redaktion, ein Schriftstück zu unterzeichnen, dass ich den Kontakt zu meinem Zwillingbruder und zu meiner Westverwandtschaft abbreche, da ich sonst keine Karriere machen könne. Ich war damals 25 oder 26 Jahre alt und man stellte mir in Aussicht, dass ich in dieser Redaktion stellvertretende Chefredakteurin werden könnte. Ich lehnte ab, den Kontakt zu meinem Zwillingbruder und zu meiner Liebblingstante einzustellen, und habe nicht unterzeichnet. Ein halbes Jahr lang hat man mich in Ruhe gelassen und dann noch einmal gefragt, ob ich unterschreibe. Ich lehnte erneut ab, bin nach Hause gegangen und habe meinem Chefredakteur am nächsten Tag die Kündigung auf den Tisch gelegt.

Unsere Post wurde ständig durchschnüffelt, Fotos und Artikel aus dem Westen entwendet. Beim Zoll habe ich protestiert, wenn man aus den Paketen etwas entfernt hatte wie zum Beispiel Modezeitschriften. Die gab es nämlich Unter den Linden in einem »Exquisit«-Geschäft ganz offiziell zur Ansicht. Ein anderer Fall: Ich hatte mir eine kleine Pistole für ein Karnevalskostüm aus Köln schicken lassen, da schrieben sie: »Einfuhr militärischen Spielzeugs ist nicht gestattet«, und händigten mir die Pistole nicht aus. Aber wenn mein Mann, der Fußballer in Russland war, unserem Sohn eine Spielzeug-Kalaschnikow mitbrachte, durfte das sein. Das war dann kein »militärisches Spielzeug«, sondern welches »für den Frieden«!

Es wurde ja heute schon einmal erzählt, dass Kinder in der Schule, wenn sie noch nicht schreiben konnten, malen mussten, was sie am Abend vorher im »Sandmännchen« gesehen hatten. So erfuhren die Lehrer, wer das Ost- und wer das West-Sandmännchen gesehen hatte. Oder sie sollten ein Raumschiff zeichnen. Bei den einen stand dann »Mir« drauf (russisch für »Frieden« und Name einer russischen Raumstation), bei den anderen »Enterprise«. So wusste man genau, was die einzelnen Familien für Sender eingeschaltet hatten. Diese ewige Bespitzelung und die Behinderungen im Beruf waren mit ausschlaggebend, dass wir aus der DDR weg wollten.

LIEBOLD: Herr Richter, Sie waren ja noch ein paar Jahre jünger und hatten noch wenig Berufs- oder Lebenserfahrung. Gab es trotzdem dieses Freiheitsgefühl?

HARTMUT RICHTER: Ja, natürlich. 1948, da war es ja noch die SBZ und noch nicht die DDR, da kam ich in die Schule, und meine Eltern haben überlegt, ob ich Pionier werde oder nicht. Ich bin aus Werder. Mein Großvater schimpfte, dass das dann schon wieder wie bei den Nazis losgehe. Meine Mutter sagte, dass ich da

mitmachen solle, wir leben ja hier. Ich habe wie viele in meinem Alter die DDR gegen die Bonner Ultras verteidigt. Ich bin ja nicht als Feind geboren. Es begann erst etwas später. Meine Verwandtschaft väterlicherseits war im Westen und wir sind oft rübergefahren. Meine Mutter war nervös, hin und zurück. Entscheidend war wohl der 13. August 1961. Da war ich zufällig, wie so oft, in Westberlin. Bis dahin waren meine Verwandten im Westen keine Feinde, sondern bescheuert. Wir dachten, die würden eines Tages schon begreifen, dass die DDR der bessere deutsche Staat ist. Der 13. August hat sich mir dann verinnerlicht. Ich habe die Leute in der Bernauer Straße aus dem Fenster springen sehen. Ich selbst wurde natürlich zurückgebracht. Die Lehrer haben uns in der Schule dann was vom »antifaschistischen Schutzwall« erzählt. Da begann das dann alles. Irgendwann stellt man sich als junger Mensch dann schon Fragen. Bei mir war das mit 15 jedenfalls so. Wir hörten natürlich auch lieber die Beatles und die Beach Boys als die Kampflieder der Freien Deutschen Jugend. Freunde von mir sind nach Österreich geflohen. Wir wussten natürlich auch, dass die ungarisch-österreichische Grenze nicht so stark bewacht ist wie die deutsch-deutsche. Aber ich bin gar nicht mal dort hingekommen. Die holten mich damals schon in Bärenstein aus dem Zug, ich hatte lange Haare und war wahrscheinlich schon deshalb verdächtig. Die haben nicht lange gefackelt. Damals hat sich noch gar nicht einmal die Stasi mit solchen Sachen befasst, das war Paragraf 8, Passvergehen.

Damals habe ich – das letzte Mal in meinem Leben – geheuchelt. Ich habe meinen Eltern geschrieben, dass ich bereue, die DDR habe verlassen zu wollen – wissend, dass der Brief vom Staatsanwalt gelesen wird. Und ich wurde nach drei Monaten auf Bewährung entlassen. Man musste sich ja immer bekennen – aber irgendwann war Schluss. Ich wollte mit 18 Jahren nicht bis zur Rente heucheln müssen und mich unterordnen müssen. Ich liebte meine Heimat. Und ich wusste genau, was ich da verlasse. Ich war ein guter Schwimmer und wollte durch den Jungferensee. Wenn es eine Stelle gab, durch die Leute geflohen sind, dann haben sie die halt dicht gemacht. Ich brauchte vier Stunden, um unterkühlt, aber unverletzt am ehemaligen Kontrollpunkt Dreilinden anzukommen. Ich werde dieses Jahr den 45. Jahrestag feiern, am 26. August.

Als ehemaliger Flüchtling möchte man auch anderen raushelfen. Und als die DDR in die UNO aufgenommen werden wollte, wurde 1972 eine große Amnestie ausgesprochen. Sie haben alle »Verbrecher« wie mich amnestiert. Flüchtlinge waren ja Verbrecher. So konnten also ehemalige Flüchtlinge wieder einreisen. Und wenn man nicht ängstlich war, bot sich das Transitabkommen an. Es musste einem DDR-Bürger eigentlich nur gelingen, unbemerkt in den

Kofferraum eines Transitreisenden zu gelangen. Ich muss Ihnen sagen, das hat mich sehr erfüllt. Ich habe niemanden rausgeholt, der nicht in den Westen wollte. Es gab auch Leute, die wussten, dass das irgendwann schiefgeht. Meine Schwester hätte ich gern eher geholt. Aber als ich ihr 1973 anbot, dass ich sie in den Westen holen kann, hat sie gesagt: »Nur, wenn ihr sozialistisch seid.« Bei ihr war das ein Prozess. Sie fuhr nach Ungarn, sah, wie sie behandelt wurde, und dann war es letztendlich ihr Verlobter. Das war 1975. Und wie ich heute weiß, war das zu spät, denn sie hatten mich seit Ende 1974 im Visier. 18 haben sie mir nachgewiesen. Dabei war die Stasi von Anfang an mehr daran interessiert, die Namen der Leute rauszubekommen, die ich nicht rausgeholt hatte. Ich habe ja einen großen Freundeskreis zurückgelassen und da waren viele dabei. Mein Vater ist Lehrer, wenn ich weg bin, ist der seinen Job los. Die 18 waren ja sowieso drüben, das war mir dann auch egal. Ab 12 oder 13 Personen wusste ich, dass ich die Höchststrafe bekommen werde. Ich habe natürlich nicht solche Sachen wie Kamerad Oesterhelt mitmachen müssen. Ich freue mich übrigens auch, dass man – jetzt nach der Wende – solche Stimmen hören möchte. Man hatte ja der Entspannungspolitik viel geopfert ...

LIEBOLD: Ich möchte gern noch Frau Hahn fragen. Man denkt ja immer, dass es in den 80er-Jahren vielleicht nicht mehr ganz so ideologisiert war wie in den 50er- oder 60er-Jahren. Trotzdem war natürlich gerade zu dem Zeitpunkt der Drang in den Westen sehr groß. Es gab aber auch die Möglichkeit der offiziellen Ausreise. Warum dann dieser riskante, abenteuerliche Weg?

ANNE HAHN: Dazu muss ich sagen, dass ich die Mauer zu DDR-Zeiten nie gesehen habe. Wir sind damit aufgewachsen, dass es sie gibt und man möglichst nicht in ihre Nähe kommt. Wenn ich mit Freunden in Ostberlin war, sind wir nie an einen Grenzübergang rangekommen. Aufgewacht bin ich relativ spät, mit 18, 19, und habe gemerkt, dass doch eine ganze Menge nicht stimmt. Jürgen Kuczynskis »Gespräche mit meinem Urenkel« war so ein Schlüsselbuch, nach dem ich mir dann gesagt habe, dass da so viel verschwiegen und anders dargestellt wird, dass ich immer mehr nachgefragt habe. Ich wollte eigentlich ein Kulturhaus leiten und Kulturwissenschaften studieren und habe geguckt, was es denn für Jugendliche gibt und wie sich unsere Kultur aufgliedert. Dann kam ich sehr schnell auf die Punks, die haben mir sehr gut gefallen, die waren was Neues und ganz Frisches. Der Staat aber ging mit einer dermaßen brutalen Härte gegen diese Jugendlichen vor, wie vorher sicher nur gegen Langhaarige und Hippies. Das fand ich überhaupt nicht tolerierbar. Ich habe selbst Konzerte organisiert, weil die Punks ja in keine Kneipe reinkamen. Ich habe fünf Konzerte gemacht, und dann



hat die Staatssicherheit in Magdeburg zugeschlagen und mir erklärt, dass das nicht geht. Dass ich keinen Platz für Staatsfeinde schaffen darf. Und dass ich mich entscheiden kann, ob ich zu den Staatsfeinden gehören möchte oder nicht. Ich habe einen Tag darüber nachgedacht – denn an dieser Entscheidung hing einiges, wie zum Beispiel der Studienplatz. Dann habe ich mich dafür entschieden, die Kündigung anzunehmen, und war von dem Tag an ein Jahr lang arbeitslos. Ich habe noch einmal durchgerechnet, wie meine Chancen sind. Ich wollte ja unbedingt studieren und etwas aus meinem Leben machen. Aber da ging überhaupt nichts mehr. Später habe ich versucht, einen Heiratsantrag zu meinem Freund nach Westberlin zu stellen. Der wurde mit der Begründung abgelehnt, dass meine Ausbildung zu viel gekostet habe – mir wurde schon die Geburt mit 5.000 Mark angerechnet. Und dann dachte ich an Flucht.

LIEBOLD: Die meisten Fluchtversuche spielten sich ja an der innerdeutschen Grenze in Berlin ab. Wie kommt man auf Aserbaidshon?

HAHN: Das waren eben die 80er-Jahre, da wusste man, dass man nicht über die Mauer kommt. Ich bin auch nicht in direkter Grenznähe aufgewachsen und kannte mich nicht aus. In Richtung Helmstedt wusste ich nicht, wo und wie die

Grenze anfang und aussah. Man hat immer gehört, wie brutal das ist und dass es Tote gibt. Ich wollte wenigstens eine kleine Chance haben, das zu schaffen. Der eigentliche Plan war, über China zu gehen. Man hatte gehört, dass es Tramper-Durchreise-Visa nach Bulgarien gibt und dass es einmal jemand bis nach China geschafft haben soll. Ich dachte, das wäre doch ein super Plan. Ich hatte eine Freundin, die damals eine Reise nach Leningrad gebucht hatte. Da habe ich mich mit meinem Kumpel mit auf die Liste schreiben lassen. Die Reise wurde abgelehnt, und die Mitarbeiterin eines Reisebüros in Magdeburg bot uns eine Reise nach Baku am Kaspischen Meer an. Wir dachten, dass wir dann eben in die Türkei abhauen. Von Aserbaidshjan kamen wir aber nicht nach Georgien, weil dort Unruhen waren. In Armenien war ein Erdbeben. Also versuchten wir, über den Iran zu kommen, und dachten, dass wir das schon irgendwie schaffen.

LIEBOLD: Frau Hahn ist dann mit ihrer Jugendtourist-Gruppe im selben Flieger auch wieder zurück nach Moskau geflogen – aber eben in Handschellen. Sie alle sind ja dann vom großen Gefängnis DDR in ein richtiges Gefängnis gewechselt. Die waren aber alle sehr unterschiedlich. Herr Oesterhelt hat Zwangsarbeit in Inta erlebt und danach den Strafvollzug in der DDR. Was war für Sie der große Unterschied zwischen beidem – gerade im persönlichen Erleben? Was war für Sie das, woran Sie am meisten gelitten haben, oder woraus haben Sie persönlich auch Mut oder Stärke gezogen?

OESTERHELT: Wir hatten ja unsere 25 Jahre bekommen und waren zuerst ein halbes Jahr lang in Sachsenhausen untergebracht. Dann ging unser Transport nach Russland. Wir kamen nördlich des Polarkreises in Inta an. Inta ist nicht Sibirien, sondern liegt etwas südlich von Workuta und westlich vom Ural an der äußersten Spitze des Eismeer, also fast am Nordpol. Inta war ein großes Kohlelager. Es gab eine Reihe von Arbeitslagern. Die Männer waren im Schacht. Die Frauen waren im Frauenlager untergebracht. Wer wie ich das große Glück hatte, gesund dort oben anzukommen und dann schachtauglich war, hatte die Möglichkeit, unter Tage bei ständigen 8 °C plus und nicht bei 50 °C minus draußen im Winter zu arbeiten. Wir haben im Schacht unter schweren Bedingungen Kohle abgebaut, aber es war körperlich machbar. Wer in Russland gesund war und arbeitete, der hat das überlebt. Wer das nicht schaffte, der hatte Probleme. Ich war in einem Lager mit 2.000 Mann, darunter 32 Deutsche. Als Erstes war für uns wichtig, wie es weitergehen sollte.

Für mich war wichtig, dass ich alles, was ich irgendwie lernen konnte, gelernt habe. Schon in Potsdam, wo ich mit einem Russen zusammen auf der Zelle war, habe ich angefangen, Russisch zu lernen. Das habe ich dann auch weiter getan.

Und in Inta hat man schlagartig Russisch gelernt. Wir waren unter mindestens 40 Nationen integriert; dort oben war alles vertreten. Wir haben erst mal gearbeitet. Durch einen großen Zufall blieben mein Bruder und ich zusammen. Und wir haben auch zusammen im Schacht gearbeitet. Abends haben wir versucht, geistig fit zu bleiben. Wir haben zum Beispiel ein Liederbuch mit fast 100 Volksliedern und Schlagern gestaltet.

1953 starb Stalin. Danach wurde vieles anders, und uns ging es dort oben auch etwas besser. Ich habe mich im Schacht bei einer zwar harten, aber ordentlichen Arbeit wohler und gesunder gefühlt als Ihr Kameraden, die Ihr im Gelben Elend in den Sälen unter ganz anderen Verhältnissen leben müssen. Das habe ich ja dann auch bald mitbekommen. 1954 hatten einige von uns das erste Mal die Möglichkeit, nach Hause zu schreiben. Nach sechs Jahren haben unsere Angehörigen das erste Mal erfahren, dass wir leben.

Meine Frau war im vierten Lager in Inta und hat angefangen, unter sehr, sehr schlechten Bedingungen zu arbeiten. Die Frauen mussten bei 50 °C minus raus, mussten Schienen legen, Waggons mit Holz ausladen. Meine Frau hatte Glück und lernte Tischler. So haben wir dort überlebt. 1955 kam dann die Sache mit Adenauer und wir fuhren nach Hause. Wie waren wir glücklich, diese sieben Jahre überlebt zu haben!

Die Workutaner und wir Intaner fuhren in einem großen Transport in das Innere des Landes in die Nähe des damaligen Gorki. Dort kamen wir in ein altes Holzfallerlager, wo es uns gut ging, denn wir hatten inzwischen ja auch Pakete empfangen. Die Verbindung von Westdeutschland zu uns wurde von der Kirche fantastisch organisiert.

Die Heimkehr erfolgte im Herbst 1955. Wir waren überglücklich, denn uns wurde gesagt, die Strafe sei vorbei und wir seien freie Menschen. 28 Mann fuhren zusammen mit einem Offizier in einem D-Zug. Man kann sich kaum vorstellen, wie wir uns gefühlt haben. In Moskau stiegen wir um. Wir hofften, endlich in den Zug nach Deutschland einzusteigen, aber das war nicht der Fall – wir stiegen in den blauen Express Richtung Osten. Es ging in das heutige Jekaterinenburg in ein Kriegsgefangenenlager. Plötzlich fanden wir uns unter lauter Kriegsgefangenen wieder.

Von dort aus ging es nach Hause. Das dauerte auch gar nicht allzu lange. Mit einem Transport von 250 Mann ging es dann endlich nach Westen und wir kamen in Frankfurt (Oder) an. Wir wollten aussteigen und wollten nach Hause, aber die Türen gingen auf und wir sahen blaue Uniformen und Maschinenpistolen. Wir waren jetzt Menschen, wir waren frei und selbstbewusst – plötzlich



wurden wir wieder angeschrien und waren plötzlich wieder ein Nichts. Unser Zug fuhr südwärts und wir landeten im Gelben Elend. Wie die Aufnahme im Gelben Elend ist, wissen Sie alle. Wir kamen im Kreuzbau in Einzelzellen. Meine Zelle lag schräg gegenüber der Thälmann-Zelle. Wir waren also jetzt dem DDR-Regime ausgesetzt. Es war für uns unfassbar, dass wir die Mütze herunterreißen mussten, strammstehen mussten, melden mussten. Das ging ein viertel Jahr so. Kein Mensch sagte uns, wieso und weshalb. Wir waren nichts.

Dann ging von unseren 250 Mann ein großer Teil auf Transport nach Hause. Namen wurden aufgerufen, aber Oesterhelt war nicht dabei – 28 Mann blieben übrig. Wir wurden dann in den Arbeitsprozess integriert, ich fand mich in der Weberei wieder. Plötzlich war ich auf einem Saal, in dem ich erstmals mit Mördern konfrontiert war. Das ging vier Wochen. Meine Frau war schon wieder zu Hause. Ich aber kam ins Konstruktionsbüro. Das war sehr gut, denn da war eine Übersetzerabteilung, die für die Luftstreitkräfte arbeitete. Ich hatte ja perfekte Russischkenntnisse. Und dort ging es mir ein Jahr lang dann recht gut.

LIEBOLD: Frau Thiemann, Sie waren Anfang der 70er-Jahre im Strafvollzug in Hoheneck. Erkennen Sie in den Schilderungen von Herrn Oesterhelt auch ei-

genes Erleben wieder? Was bedeutete für Sie Hoheneck? Hatten Sie es sich so vorgestellt, als Sie in Haft gekommen sind?

Thiemann: Natürlich nicht. Aber man kann Hoheneck nicht mit dem vergleichen, was mein Kamerad eben gesagt hat. Zunächst jedoch erst noch einmal zu meiner Flucht. Ursprünglich wollten wir mit einer Fluchtorganisation und falschen Pässen übers Ausland fliehen. Das klappte aber plötzlich nicht. Also wollten wir im Autoversteck nach Westberlin gebracht werden. Zuerst wollte ich das nicht machen, bin dann aber doch darauf eingegangen. Am 29. Dezember 1972 haben die meinen Sohn an der Grenze im Autoversteck entdeckt. Das habe ich aus achtbarer Entfernung verfolgen können. Ich bin dann nach Hause gefahren, um mit meinem Mann einen »Schlachtplan« zu besprechen, weil sie ja jede Minute kommen konnten, um uns wegen geplanter Republikflucht zu verhaften. Wir haben denen erzählt, dass ich die Flucht mit dem Jungen allein geplant hatte und ohne meinen Mann fliehen wollte. Dadurch blieb er frei und unser Sohn musste nicht ins Kinderheim.

Erst 20, 30 Jahre später habe ich in den Stasi-Akten gelesen, dass mein Mann der Verräter unserer Flucht war. Er hatte seine Karriere im Sinn und sich dann ab Januar 1973 als Spitzel verdingt. Ich weiß nicht, ob er vorher schon gespitzelt hat, zehn Jahre Stasi-Akten fehlen in der Stasi-Unterlagen-Behörde. Weil ich meinen Mann gedeckt hatte, bekam ich drei Jahre und fünf Monate. Sonst hätte ich laut Angaben meines Vernehmers nur mit einem Jahr rechnen müssen. In unserem Fernseher hatten sie ein Abhörgerät installiert. Sie wussten also, dass ich log. Aber sie brauchten meine Aussage, dass er mit fliehen wollte, denn Abhörgeräte waren auch nach DDR-Recht nicht legal.

Von Berlin-Hohenschönhausen kam ich noch 15 Tage nach Chemnitz in die allgemeine U-Haft und dann nach Hoheneck. Dort musste ich Doppelzwangsarbeit leisten. Zuerst glaubte ich, dass dieses »sozialistische« Gefängnis nicht allzu schlimm sein könne. Denn Hohenschönhausen war schon grausam genug, weil ich mit Schlafentzug und Drogen gefoltert worden war, um meinen Mann zu verraten. Aber in Hoheneck war es weitaus schärfer. Dort gab es Hunde, Mauern mit Glaszacken drauf, brutales Personal, Razzien, auch nachts. Wir waren 42 Frauen mit Drei-Stock-Betten in einer Zelle. Das Licht konnte nur von außen betätigt werden. Es gab eine Toilette für 42 Frauen und einen Waschtrog mit drei Wasserhähnen. Doppelzwangsarbeit bedeutete, dass ich zusätzlich zu meiner Arbeit bei ELMO (VEB Elektromotorenwerk) noch künstlerisch arbeiten wie Wandteppiche knüpfen, Trachtenpuppen nähen, Ledermappen herstellen und Wandteller bemalen musste – und zwar unter anderem zum 25. Jahrestag der

DDR. Sie hatten herausgefunden, dass ich künstlerisch tätig gewesen war. Bei ELMO mussten wir Elektromotoren schalten, das war eine äußerst schwere Arbeit. Für einen Monat Doppelzwangsarbeit bekam ich drei Mark Einkaufsgeld! Die Haftbedingungen in Hoheneck waren schrecklich. Die Wärterinnen haben oft geschlagen. Ich selbst habe keine Schläge bekommen, denn ich habe versucht, mich einigermaßen zu disziplinieren. Leider konnte ich nicht in den Westen freigekauft werden, da ich nicht geschieden war. Zu dem Zeitpunkt wusste ich nicht, dass mein Mann inzwischen eine andere Frau in unsere Wohnung geholt hatte. Unser Sohn war elf, als ich ins Gefängnis musste, und er war 14, als ich wieder herauskam. Anwalt Wolfgang Vogel sagte mir später, dass es »Ausschließungsgründe« gab, die dafür verantwortlich waren, dass ich nicht freigekauft werden konnte. Ich stand zwar auf der Liste der Bundesregierung, aber ohne Scheidung war das nicht möglich. Mein Mann hat sich natürlich während meiner Haft nicht scheiden lassen, aus Angst, dass ich ihn dann verraten würde. Als ich rauskam und vieles Unbegreifliche vorfand, habe ich mehrmals den Gashahn aufgedreht. Aber ich habe ihn natürlich wieder zuge dreht, weil ich mir sagte, dass ich die Haft nur überstanden hatte, um mein Kind und meine Eltern wiederzusehen. Wut hat mich eigentlich am Leben gehalten. Am 29. Mai 1975 war ich nach Ostberlin entlassen worden, am 8. Juli fand die Scheidung statt. Anwalt Vogel erklärte mir, dass ich dem Gericht nicht sagen solle, dass ich nach wie vor in den Westen wolle, weil ich sonst meinen Sohn nicht zugesprochen bekäme. Daran habe ich mich gehalten. Abgesehen davon, dass mein Ex ihn gar nicht wollte. Er hatte inzwischen als Sportredakteur Karriere gemacht, sich für eine andere Frau entschieden und sich außerdem als IM »Mathias« dem Ministerium für Staatssicherheit verpflichtet. Der SPIEGEL hat 1999 aufgedeckt, dass er der intensivste Spitzel unter den Sportredakteuren der DDR war. Darüber habe ich bergeweise Dokumente.

LIEBOLD: Herr Richter, Frau Thiemann sagte, dass es ihr Weg war, sich zu disziplinieren. Bei Ihnen hat das nicht so funktioniert. Wie haben Sie die Haftbedingungen in Rummelsburg erlebt? Und was führte konkret dazu, dass Sie dann nach Bautzen II gekommen sind?

RICHTER: In Rummelsburg habe ich den Erziehungsprozess meiner Mitgefangenen schlecht beeinflusst ... Die schlimmste Zeit war allerdings die Untersuchungshaft. Ich freute mich daher eigentlich, endlich verurteilt worden zu sein und nach Rummelsburg zu kommen. Ich hätte mich sicher auch ruhig verhalten. Aber der Führungsoffizier, bei dem man sich beschweren konnte, holte mich und sagte, dass er mich zum Brigadier machen würde. Ich aber wollte meine Mit-

gefangenen nicht denunzieren. Ich habe daher zu ihm gesagt: »Lassen Sie mich in Ruhe, dann lasse ich Sie auch in Ruhe.« Das hatte ihm wahrscheinlich vorher noch keiner gesagt. Er wurde rot vor Zorn.

Dann haben sie meine Schwester gegen ihren Willen in die DDR entlassen. Sie hatte nach drei Monaten in Haft eine Mitgefangene auf die Zelle bekommen, die ihr erzählte, dass ihr Verlobter noch andere Frauenbekanntschaften hatte. Beziehungserstörung gehörte ja dazu. Ich hatte nicht erfahren, dass man sie gegen ihren Willen in die DDR entlassen hatte. Es gelang der Stasi im Übrigen nie, sie zur Mitarbeit zu gewinnen. Sie hat sich später in der Kirche engagiert, wo sie auch heute noch tätig ist. Aber sie haben auf diese Weise eine Arbeitskraft hierbehalten.

Ich muss dazu sagen, dass ich der Einzige auf dem Podium bin, der als Ausländer gegessen hat. Die Staatsbürgerschaft wurde durch die Amnestie aberkannt. Das heißt, ich wurde als Westberliner von Mitarbeitern der Ständigen Vertretung betreut. Die kamen nicht jede Woche, aber in regelmäßigen Abständen. Und da habe ich in den Zeitungen – wir bekamen das »Neue Deutschland« – über die unmenschlichen Haftbedingungen in der Bundesrepublik gelesen. Es ging damals um Baader und Meinhof. Da dachte ich mir, so bemühen sie sich also, sich als demokratisch darzustellen, aber denen werde ich es zeigen. Und so habe ich mich – bevor ich Magengeschwüre bekomme – zur Wehr gesetzt und bin in den Hungerstreik getreten. Die haben mich zwei Mal von Rummelsburg in das Haftkrankenhaus nach Meusdorf geschafft. Die Folge waren Arrest und verschärfter Arrest.

Später haben sie Flugblätter bei mir gefunden, auf denen ich sie als Handlanger des Sowjetimperialismus bezeichnet habe. Als sie die gefunden haben, dachten sie, ich mache jetzt eine Revolte. Daraufhin haben sie mich in die Berliner Untersuchungshaftanstalt Keibelstraße geschafft und planteten, mich nachzuverurteilen. Das kam dann aber nicht so. Man brachte mich nach Bautzen II. Mein Erziehungsprozess war offensichtlich noch nicht abgeschlossen. Nach einem Jahr Untersuchungshaft und 18 Monaten Rummelsburg kam ich also nach Bautzen II. Da durfte ich dann drei Jahre verbringen – die meiste Zeit in Isolation. Aus der Isolation heraus konnte man aber korrespondieren. Und ich habe mich beschäftigt. Ein Buch zu lesen war keine Vergünstigung mehr. Hin und wieder hatten wir auch Kontakte über Kassiber.

Vor der Verurteilung hatte mein Anwalt gesagt, dass ich mich auf fünfeneinhalb Jahre einstellen solle. Ich kam dann wirklich nach fünf Jahren und sieben Monaten in den Westen. Zuerst kam ich nach Karl-Marx-Stadt und dann noch einmal



in die Berliner Haftanstalt Magdalenenstraße. Rechtsanwalt Hartmann brachte mich von dort über die Invalidenstraße mit seinem Volvo in den Westen. Als wir durch den offenen Schlagbaum fuhren, habe ich zu ihm gesagt: »Da hätten wir ja noch zwei, drei Leute in Ihrem Kofferraum mitnehmen können.« Darüber konnte er aber nicht lachen. Im Westen hat mich dann die Gräfin von der Schulenburg, damals Mitarbeiterin des Rechtsanwaltsbüros Stange, in Empfang genommen. Natürlich bin ich zu Boden gefallen. 14 Tage später hatte mich die Stasi schon wieder im Visier – jetzt als »feindlich negatives Subjekt im Operationsgebiet«.

LIEBOLD: Frau Hahn, Sie haben den DDR-Strafvollzug ja – im Nachhinein kann man das so sagen – in seiner Agonie erlebt. Hat man das auch daran gemerkt, wie das Personal mit seinen Strafgefangenen umgegangen ist? Gab es zwischen August und Oktober '89 ein verändertes Verhältnis in der Haftanstalt? Wie wirkten sich die Ereignisse draußen auf den Strafvollzug aus?

HAHN: Ich kam im September nach Hohenleuben, und da war es noch ein paar Tage, wie es immer war – das wurde mir von anderen berichtet. Und dann setzten die Verunsicherungen ein. Wir hörten, dass Montagsdemos stattfinden, dass draußen was los ist. Der 7. Oktober nahte. Da haben wir dann auch angefangen, die »Internationale« zu singen. Das hat aber keinen weiter interessiert. Aber man hat gemerkt, dass die Schließerrinnen nervös wurden. Einmal sind wir beim Frühstück nicht schnell genug aufgestanden, da haben die von sich aus gesagt: »Na ja,

Streik.« Aus dieser nervösen Anspannung heraus hat sich ein zweistündiger Streik ergeben, der aber sehr schnell wieder beigelegt wurde.

Nach dem 9. November waren wir sowieso nicht mehr viele, und seit der Amnestie vom 28. Oktober war es auch völlig verändert. In der Zeitspanne dazwischen bröckelte es jeden Tag ein kleines Stückchen. Sie wurden freundlicher und sperrten nicht mehr so schnell jemanden in den Arrest.

LIEBOLD: Eine abschließende Frage an Sie alle. Mit dem 9. November 1989 ist ja die Mauer, die für jeden von Ihnen etwas Bestimmtes bedeutete, gefallen. Wie haben Sie diesen Tag damals erlebt? Und wie bewerten Sie diesen Tag und auch dieses Bauwerk für Ihr Leben heute?

OESTERHELT: Die Frage ist gut. Aber Sie müssen mir gestatten, dass ich vorher doch noch ein paar Eckpunkte meines Lebens nenne. Ich hatte ja von Bautzen berichtet. Dort fühlte ich mich plötzlich wohl. Ich war in der Übersetzerabteilung des Konstruktionsbüros und übersetzte die ersten Unterlagen für die Nationale Volksarmee. Ich hatte Kameraden mit Niveau um mich. Ich habe eine Weile in der Kapelle gespielt.

Nach einem Jahr war Bautzen für mich zu Ende und wir 28 kamen plötzlich nach Brandenburg. Dort kamen wir in Einzelzellen. Wir machten dort Hausschneiderei und reparierten die Unterwäsche der Häftlinge und nähten gelbe Streifen in die Uniformen. Dann machten wir Bandarbeit für die Bürger Bekleidungswerke. Nach einem halben Jahr kam ich auch dort in ein Konstruktionsbüro, wo ich wieder übersetzen durfte.

Ich weiß jetzt aus meinen Stasi-Unterlagen, dass unsere DDR-Organen vier Jahre später einmal vier Zeilen bekommen haben, nach denen wir nicht zu entlassen seien. 1960 gab es eine Amnestie. Und am 28. November wurden von den 28 zwei Mann und ich nach Hause entlassen. Nach fast 13 Jahren erreichte ich Dresden; fünf Tage später haben wir endlich geheiratet. Dann ging das ganze Leben weiter. Ich hatte einen einigermaßen guten Start in der Industrie und war die ganze Zeit auf dem Gebiet der russischen Sprache tätig.

Zur Mauer: Wir haben die DDR als Familie relativ gut überstanden. Als die Mauer fiel, war das für mich ein sehr guter Tag. Denn mein Berufsleben war nach 30 Jahren zu Ende, und ich ging in Rente. Nach dem Mauerfall konnten wir nun endlich zu unseren Freunden aus Russland, und wir konnten unser Leben so gestalten, wie wir es uns immer vorgestellt hatten. Mittlerweile haben wir die halbe Welt kennengelernt. Unsere Jahre in Russland konnten wir nicht vergessen, aber halbwegs verkraften. Der Mauerfall war insofern toll für uns, als wir nun endlich mal nach Kanada, Amerika und Hawaii fahren konnten.



THIEMANN: Ich habe den Mauerfall mit meinem Sohn in Fuerteventura erlebt. Wir waren nachts in einer Bodega, in der ein Fernseher lief. Als plötzlich die Menschenmassen die Mauer stürmten, glaubten wir an einen Science-Fiction-Film. Erst nach einer Weile realisierten wir, was da los war. Es wurde getanzt und gejubelt, andere Deutsche schmissen eine Lokalrunde. Das Urlaubsende konnte ich kaum erwarten, weil ich für meine Redaktion nach Berlin wollte. Die erste Einreise an der Grenze habe ich noch in schlimmer Erinnerung. Ich wurde sehr schikaniert. Aber mit ganzseitigen Reportagen und eindrucksvollen Fotos berichteten wir anschließend ausführlich in meiner Kölner Zeitung.

Mein erster Weg 1992 führte mich in die Gauck-Behörde. Es war erschütternd. Eine Akte zeigte, dass ich auch im Westen nach meiner Übersiedlung am 19. Dezember 1975 weiter bespitzelt wurde. Als Redakteurin hatte mich die Stasi verstärkt im Visier. Und weil mein Ex-Mann ein wichtiger Spitzel für sie geworden war und als Sportredakteur auch ins europäische Ausland reiste, wurde ich im Westen weiter intensiv observiert. Aber nicht nur das, es sind »offensive operative Maßnahmepläne« gegen mich aufgetaucht. Ich forsche darüber jetzt schon zwei Jahre. Diese »Maßnahmepläne« stammen von 1986, aber auch nach dem Fall der Mauer gab es einige Attacken gegen mich. Es deutet zum Beispiel alles darauf hin, dass ich 1986 in Köln verstrahlt wurde. Von Professor Kristie Makrakis gibt es ein interessantes Buch, »Die Stasi-Geheimnisse. Methoden und Technik der DDR-Spionage«, in dem Methoden der Stasi aufgedeckt werden. Das hat mir einige Dinge, die in meinem Leben passiert sind, erklärt. 1986 ging



es mir plötzlich sehr schlecht, ich fühlte mich elend und hatte keinen Antrieb mehr. Meine Schilddrüse wurde untersucht und die Ärzte fragten, ob ich mit Radioaktivität zu tun hätte. Mein Körper wies ein Vielfaches an Radioaktivität auf, was nicht erklärbar war. Als ich später Bücher über den Einsatz von Radioaktivität gegen Andersdenkende in der DDR gelesen habe, begann ich natürlich, mir Gedanken darüber zu machen.

Noch etwas anderes: Vorhin hat ein Kamerad gesagt, es müssten viel mehr Namen genannt werden. Ich habe als Journalistin immer Täternamen genannt. 1993 bekam ich deswegen die erste Anzeige – nämlich von der stellvertretenden Anstaltsleiterin aus Hoheneck. Den Prozess habe ich gewonnen, wir durften sie mit ihren Aussagen und ihrem vollen Namen nennen. Im Jahr 2008 hatte ich ein Interview mit einem Filmmacher vom WDR geführt, der den Film »Der Geheimdienstschatz« gemacht hat. Darin vorkommende Stasi-Spitzel erreichten, dass dieser Film wegen Namensnennung verboten wurde. Das Ehepaar D. alias IM »Bob« und IM »Petra« geht seit Jahren gegen alles und jeden vor, der den Klarnamen öffentlich macht, von der Birthler-Behörde über Buchautor Dr. Georg Herbstritt und dessen Verlag, gegen den WDR, aber eben auch gegen Ver-

antwortliche der »Freiheitsglocke«. Ich möchte damit demonstrieren, dass es gar nicht so einfach ist, heutzutage die Täter beim Namen zu nennen.

RICHTER: Ich wohnte in der Ackerstraße im Wedding, mit Blick nach drüben. Meine Wohnung wurde nachts durch die Grenzbeleuchtung erhellt. Ich habe natürlich die Entwicklungen '89 verfolgt. Ich hätte die Politiker im Westen schütteln können, dort diskutierte man die Anerkennung der Staatsbürgerschaft. Plötzlich kam der 9. November, die Reiseregelung – und da kommen mir heute noch die Tränen. Ich bin natürlich nicht zu Hause geblieben, sondern zum Brandenburger Tor gefahren. Aber da war noch nichts. Dort, wo ich von Rechtsanwalt Hartmann rübergebracht worden war, dort habe ich den Fall der Mauer erlebt. Da war mir klar, jetzt läuft die Sache.

Ich hatte damals schon gehofft, dass die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden. Aber das war nicht der Fall. So bin ich dazu gekommen, dass ich mich an solchen Orten wie hier einbringe. Selbst ich habe die Stasi unterschätzt. Auch gegen mich gab es Mordpläne. Man kann vielleicht von Glück sagen, dass sie uns als Feinde gesehen haben, denn besonders böse waren sie ja auf Leute, die sie als Verräter sahen. Man nimmt an, dass in Hohenschönhausen Gefangene radioaktiv verstrahlt wurden ... Ich bin jetzt bei dem Wechsel zur Jahn-Behörde sehr hoffnungsvoll, dass da jetzt ein bisschen Licht an die Sache kommt. Jeder von uns hier ist ein Zeitzeuge und somit in der politischen Auseinandersetzung gefordert. Wir werden immer mehr nachgefragt, auch von der Jugend. Man setzt da was in Bewegung.

THIEMANN: Ich möchte gern noch etwas zu meiner Äußerung hinzufügen. Als ich 1992 Einblick in die Akten hatte, habe ich 24 Anzeigen gegen Täter erstattet. Gegen den Richter, gegen meine Staatsanwältin Christa Roehl (sie hat auch Christian Gaudian verurteilt), gegen die beiden Anstaltsleiter von Hoheneck, gegen meinen Vernehmer, den Haftarzt von Hohenschönhausen und so weiter. Diese Verfahren sind im Sande verlaufen wegen »Verjährung«. Außer Mord verjährt alles nach 15 Jahren. Ich hatte den Kampf mit der Justiz trotzdem aufgenommen – der mich viele Jahre meines Lebens gekostet hat.

OESTERHELT: Auch ich würde gerne noch einen Satz sagen. Der Schluss fehlte bei mir nämlich noch. Es waren insgesamt ja 13 Jahre. Die Älteren wissen, dass ein gewisser Staatsanwalt Wolin wiederholt bei uns hier in Bautzen war. Er brachte ja auch die ersten Rehabilitierungsbescheide. Bei mir stand immer noch die Frage im Raum, wofür ich fünf zusätzliche Jahre gekriegt hatte und nicht nach Hause gekommen bin. Ich habe mich lange mit Herrn Wolin unterhalten, aber er vertröstete mich nur auf das nächste Jahr. Er schrieb mir dann einen langen Brief. In

diesem stand, dass ich zwar rehabilitiert wäre, aber in meinen Unterlagen stehe, dass die Regierungen der DDR und der UdSSR der Meinung seien, dass ich als »sozialgefährliches Element nicht in die sozialistische Gesellschaft entlassen« werden könne. Das widersprach sämtlichen demokratischen Grundsätzen – denen sich die DDR und die UdSSR leider nicht angeschlossen hatten. So der Brief. Und damit schließt sich der Kreis. Als mir damals gesagt wurde: »Junger Mann, das werden Sie noch einmal sehr, sehr bereuen«, da brachten mir diese fünf Minuten fünf zusätzliche Jahre. Aber – auch das möchte ich noch erwähnen – als ich einmal zwei Jahre nach meiner Entlassung ein polizeiliches Führungszeugnis wegen des Studiums brauchte, war dies blütenrein. Es gab darin keinen einzigen Eintrag, obwohl ich 13 Jahre lang von der Bildfläche verschwunden gewesen war.

LIEBOLD: Die abschließende Frage auch noch einmal an Frau Hahn. Was bedeutete der Mauerfall für Ihr weiteres Leben? Und wie bewerten sie die Existenz der Mauer und ihren Fall für Ihr jetziges Leben?

HAHN: Im Knast hatte ich gehaut, dass alle weg sind, wenn ich nach Hause komme. Und so war es dann auch. In Magdeburg war von den Freunden keiner mehr da. Am meisten gewurmt hat mich, dass ich bei der Abschlussuntersuchung im Gefängnis einem Arzt gegenüber saß, der die Papiere ausfüllte und keine Lust mehr auf Untersuchungen hatte. Er sagte zu mir: »Vielleicht sehen wir uns ja dann zum Einkaufen in Hof.« Da hat mich so sehr die kalte Wut gepackt, dass ich darauf gar keine Antwort gefunden habe. Ich habe noch monatelang darüber nachgedacht, was ich hätte sagen sollen.

Eine Sache war mir nach '89 besonders wichtig. Meiner Mutter, die im Bürgerkomitee in Magdeburg aktiv war, habe ich einen Fall angezeigt, der mir in der Haftzeit sehr aufgestoßen war. Da gab es einen Gynäkologen, bei dem ich als Krankenschwester auch gelernt hatte – und zwar auch viel über Hygiene. Er aber hat in der Untersuchungshaftanstalt in Magdeburg hintereinander weg die Untersuchungen an den Frauen gemacht. Und dabei nie sterile Handschuhe benutzt. Da waren Geschlechtskrankheiten dabei, darüber braucht man nicht zu reden. Ich hatte ihn gefragt, ob er mich wirklich untersuchen will, denn ich war ja seine Studentin. Da hat er sich geschämt. Danach habe ich gleich zu meiner Mutter gesagt, sie solle etwas unternehmen, damit er bestraft wird. Das wurde er dann auch, zumindest war er nicht mehr als Professor tätig. So viel nur zu einer kleinen Gerechtigkeit, die es auch gegeben hat.

LIEBOLD: Wir haben sicher alle das Gefühl, man könnte noch länger reden. Ich danke Ihnen aber an dieser Stelle ganz herzlich für das Gespräch.



Gespräch

Der Westen und die Mauer. Deutsch-deutsche Politik zwischen Mauerbau und Friedlicher Revolution

HANS-JÜRGEN GASEMANN, HINRICH LEHMANN-GRUBE

Moderation: BASTIAN WIERZIOCH

MATTHIAS EISEL: Ich begrüße Sie zu unserem Podium »Der Westen und die Mauer. Deutsch-deutsche Politik zwischen Mauerbau und Friedlicher Revolution«. Dabei möchten wir über die Westsicht auf die Mauer sprechen, welche Bedeutung sie über die Jahre für den prosperierenden Westen hatte oder wie sich Gesellschaft und Politik zwangsläufig vielleicht auch mit ihr arrangierten. Ich darf Ihnen unsere Podiumsgäste vorstellen und begrüße zuerst Dr. Hinrich Lehmann-Grube. Er war von 1990 bis 1998 Leipziger Oberbürgermeister, im Anschluss daran wurde er für seine Verdienste zum Ehrenbürger von Leipzig ernannt. In den 50er- und 60er-Jahren arbeitete er beim Deutschen Städtetag in Köln und war Beigeordneter der Stadtverwaltung Köln. Später ging er als Oberstadtdirektor nach Hannover. Daraus ergab sich schließlich die Verbindung zu Leipzig, denn Leipzig wurde Ende der 80er-Jahre Partnerstadt von Hannover. Als Dr. Leh-

mann-Grube im Frühjahr 1990 für die Leipziger SPD zur Wahl des Oberbürgermeisters kandidierte, musste er übrigens noch die DDR-Staatsbürgerschaft annehmen.

Sehr herzlich willkommen heißen möchte ich auch Herrn Dr. Hans-Jürgen Grasemann, der in Göttingen und Celle Jura studierte und zu Beginn der 70er-Jahre zum DDR-Verfassungsrecht promovierte. Er arbeitete als Richter und Staatsanwalt und ist heute Abteilungsleiter der Staatsanwaltschaft in Braunschweig. Im Jahr 1988 wurde Dr. Grasemann zum stellvertretenden Leiter und Pressesprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter berufen; die unter anderem politische Unrechtsurteile in der DDR, Tötungen an der innerdeutschen Grenze und Misshandlungen im DDR-Strafvollzug dokumentierte. Willy Brandt, der die Einrichtung einer solchen Behörde noch als Regierender Bürgermeister von Westberlin anregte, sah darin die »organisatorische Grundlage für eine bundeseinheitliche und umfassende Strafverfolgung der Untaten der Gewalthaber der SED«.

Sehr gern begrüße ich noch einmal Bastian Wierzioc vom Kulturradio des Mitteldeutschen Rundfunks, der diese Runde moderieren wird.

BASTIAN WIERZIOCH: »Der Westen und die Mauer. Deutsch-deutsche Politik zwischen Mauerbau und Friedlicher Revolution.« Das ist die Überschrift zur nun anstehenden Diskussion. Dieser Fährte wollen wir nachspüren, und zwar dezidiert aus westdeutscher Sicht, wie es Herr Eisel schon gesagt hat. Die Gäste sind bereits vorgestellt worden, deshalb darf ich gleich eine steile These in den Raum stellen. Die »Frankfurter Rundschau« hat vor gar nicht langer Zeit geschrieben: »Bereits einen Tag nach dem Bau der Mauer konnte sich die DDR-Regierung 1961 relativ sicher sein, dass sie von den Westalliierten nichts zu befürchten hatte.« Einen Tag nach dem Mauerbau! Was halten Sie von dieser These?

HANS-JÜRGEN GRASEMANN: Ich denke, der Satz der »Frankfurter Rundschau« entspricht dem, was man seit dem Bau der Mauer im Westen gewusst hat. Wir erinnern uns an die drei berühmten Essentials von Kennedy, die er im Zusammenhang mit Berlin geäußert hatte. Nämlich, dass das Wichtigste für die Amerikaner und damit auch für die westlichen Verbündeten ist: erstens die Lebensfähigkeit der Stadt (Teilstadt, wenn man so will) Westberlin; zweitens müssen die Zugangswege, einschließlich der Luftwege, auf allen Gebieten frei bleiben; drittens muss die Präsenz der Westalliierten in Berlin unangefochten bleiben.

Aus diesen drei Essentials hat man später immer geschlossen, die Amerikaner hätten damit signalisiert, dass – solange die Luftwege nicht tangiert und die Zugangswege auf dem Land, insgesamt also die amerikanischen Interessen nicht

berührt werden – die Sowjets in ihrem Machtbereich Dinge machen können, um das Ausbluten der DDR zu verhindern. Ich will nur eine Zahl nennen, die mir immer wieder in den Kopf kommt: Allein vom 1. Januar bis zum 13. August 1961 sind über die offene Grenze 155.000 Menschen gegangen. Der berühmte Satz von Chruschtschow lautete ja, dass allein im Juli 30.000 Menschen gegangen sind. Das sind pro Tag also 1.000 Menschen, zum Schluss sogar 1.500. Es war klar, dass sich etwas bewegen musste. Chruschtschow hat das damals eine »hässliche Sache« genannt. Die Amerikaner haben signalisiert, was geht und was nicht. Und am Ende ist es ja auch so gekommen. Die »BILD«-Zeitung hat sich zwar mit großen Schlagzeilen darüber mokiert: Wo ist Macmillan? Wo ist Adenauer? Wo ist Kennedy? Aber ich denke, die Antworten sind seit langer Zeit bekannt.

WIERZIOCH: Ich will bei dem Tag 13. August 1961 bleiben und nach der Rolle Westberlins und der Bundesrepublik fragen. Da hatte die DDR rasch erkannt, dass sie nichts zu befürchten hat, dass da kein Druck und keine Sanktionen kommen.

GRASEMANN: Das kann man so sagen. Denn jeder wusste, dass eine Konfrontation militärischer Art eventuell die Auslösung eines weiteren Weltkriegs bedeutet hätte. Deswegen war klar, dass man stillhalten musste. So sehr Willy Brandt und die Berliner das natürlich nicht verstehen konnten. Wir haben ja noch in Erinnerung, welche Reaktionen es damals gab. Aber es ging auch um die übergeordneten internationalen Interessen, so bitter das für die betroffenen Menschen in Deutschland war.

WIERZIOCH: Hätte es in der Rückschau seitens der BRD und seitens Berlin mehr Potential gegeben, Einfluss auf das Geschehen zu nehmen? Oder war das Handlungspotential mit einem Appell von Willy Brandt: »Werdet nicht zu Lumpen! Schießt nicht auf eure Landsleute!«, erschöpft?

GRASEMANN: Ich bin kein Historiker, aber ich bin mir ziemlich sicher, dass es für die BRD keine Chance gegeben hat. Wenn, dann wäre es eine Frage der Alliierten gewesen, aber das haben wir ja schon beantwortet. Die Grenze für Maßnahmen war sehr, sehr eng gesteckt. Im Grunde waren es nur verbale Attacken. Mehr war nicht drin. Das war eine Frage der Machtpolitik.

WIERZIOCH: Herr Dr. Lehmann-Grube, an welche krassen Fehlentscheidungen seitens der Politik West erinnern Sie sich in dieser Anfangszeit und dann in den Folgejahren?

HINRICH LEHMANN-GRUBE: Ich muss Sie enttäuschen, mir fallen keine krassen Fehlentscheidungen ein. Es mag sein, dass es Fehler gegeben hat. Es gibt überhaupt kein menschliches Handeln ohne Fehler.



Aber ich würde gern noch etwas hinzufügen zu dem, was Herr Grasemann gerade gesagt hat. Wir sind, glaube ich, alle in der Situation, dass wir dann, wenn wir selber betroffen sind, die Dinge anders wahrnehmen als dann, wenn man sich in die Schuhe von einem anderen stellt. Und ich glaube, gerade bei der Frage, ob da jemand hätte intervenieren können, sollten wir aus der zeitlichen Perspektive vom Jahre 2011 aus nicht vergessen, dass der Zweite Weltkrieg noch nicht so lange vorüber war. Das Jahr 1990 ist dann schon weiter entfernt als damals das Jahr 1945. Und die Begeisterung, irgendetwas für die Einheit Deutschlands zu tun beziehungsweise die Einheit aufrechtzuerhalten, war natürlich bei uns hoch entwickelt – aber das war doch für Amerikaner, Franzosen oder Engländer oder wer auch immer dort hätte intervenieren können, kein Thema.

Für sie waren die eigenen Interessen wichtig, das können auch symbolische Interessen gewesen sein. Also diese verschiedenen Perspektiven aus der jeweiligen Interessenlage müssen berücksichtigt werden. Ich fand es generell immer nützlich, wenn man Entwicklungen beurteilen will, nicht nur die eigene Interessenlage zu berücksichtigen, sondern immer auch die Interessenlage desjenigen, der Mittäter ist. Und die ist manchmal eine völlig andere.

Wenn ich jetzt noch einmal auf Ihre Frage zurückkomme: Es war im Westen damals schon klar, dass der Mauerbau eine schlimme Sache war. Aber bedenken Sie einmal, das war die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, während dessen wir Deutschen das gesamte Europa inklusive großer Teile der Sowjetunion in ein schlimmes Chaos gestürzt haben. Kann man dann erwarten, dass dieser Schnitt durch Deutschland irgendwelche großen Aktionen von Seiten der Alliierten hervorrufen würde? Es war schlimm, es war bedauerlich. Aber es war auch eine Folge des Zweiten Weltkrieges – und dann hat man weitergemacht.

WIERZIOCH: Ich würde gern nach dem Regierungshandeln West in dieser Zeitspanne, in der die Mauer existierte, fragen. Herr Grasemann, können Sie uns einen kurzen Abriss geben, wie sich die verschiedenen Regierungen in ihrer Haltung in Bezug auf die Mauer entwickelt haben? Oder waren sie alle im Grunde gleich?

GRASEMANN: Ich denke, es hat auch sehr viele wichtige Stationen gegeben, die natürlich mit dem jeweiligen Handeln der jeweiligen Bundesregierung zusammenhängen. Ich habe mir die wirklich wegweisende Rede von Egon Bahr herausgesucht, die er zwei Jahre nach dem Mauerbau 1963 in Tutzing gehalten hat. Ich möchte einen Ausschnitt daraus vorlesen. Er hielt sie 1963, zwei Jahre nach dem Bau der Mauer:

»Heute ist klar, dass die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluss an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozess mit vielen Schritten und vielen Stationen. Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, dass man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjetunion unmöglich, sich die Zone zum Zwecke einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen. Die Zone muss mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir so weit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan. Uns hat es zunächst um die Menschen zu gehen und um die Ausschöpfung jedes denkbaren und verantwortlichen Versuchs, ihre Situation zu erleichtern. Eine materielle Verbesserung müsste eine entspannende Wirkung in der Zone haben. Ein stärkeres Konsumgüterangebot liegt in unserem Interesse. In der Sowjetunion ist der Konsumwunsch gewachsen und hat zu positiven Wirkungen geführt. Es ist nicht einzusehen, warum es in der Zone anders sein sollte.«

Ganz zum Schluss kommt seine berühmte Formel vom »Wandel durch Annäherung«. Gemeint hat Bahr damit nicht, dass wir uns innenpolitisch oder gesellschaftspolitisch an das System der DDR annähern sollten, sondern von

außen her. Das Bild des attraktiven westlichen Systems mit seinen demokratischen Freiheiten sollte hineinwirken in die Unfreiheit des diktatorisch regierten SED-Staates. Eine Tür sollte geöffnet werden zwischen Ost und West.

Wenn man dann die Schritte weiterverfolgt – dies hier nur stichwortartig –, dann wird sich mancher noch an die Regierungserklärung von Willy Brandt 1969 erinnern. Ich glaube, es war der 28. Oktober. Da hat er gesagt: »Wir sind alle in Deutschland zu Hause.« Und dann kam der Satz: »Wir – die Bundesrepublik Deutschland – sagen, dass wir nicht zueinander Ausland sein können, auch wenn zwei deutsche Staaten existieren. Es gibt eine einheitliche Nation.« Das war die erste Erklärung, die dann zum Moskauer Vertrag 1970 geführt hat.

Dann kam der Warschauer Vertrag – das ging ja dann Schlag auf Schlag. Schließlich kam es zum Berliner Transitabkommen und vorher zum Berliner Rahmenabkommen der Alliierten. Und wenn man sich heute all diese Vertragswerke ansieht – Zusammenarbeit, menschliche Erleichterungen –, dann waren es am Ende nicht nur die 40.000, die aus dringenden Familienangelegenheiten reisen konnten, sondern 1,8 Millionen Menschen. Und zum Teil gab es drei Millionen Rentnerreisen im Jahr, mancher ist ja mehrfach gefahren. Das waren auch Grundlagen dafür, dass die Nation nicht auseinandergebrochen ist. Wir hatten zwar immer zwei Staaten, aber wir haben versucht, viel für die Menschen zu tun. Das ist – wenn man die Kontinuität der Geschichte einmal bemüht – bis zum Ende der Regierung Helmut Schmidt und auch während der Regierung Helmut Kohl weitergeführt worden. Aus meiner Sicht gab es keinen Bruch der Deutschlandpolitik, zumindest was diese Entspannungspolitik angeht. Es gab daneben selbstverständlich Situationen, wo man Kritik gegenüber den Verantwortlichen üben konnte und auch musste – aber das ist ein anderes Thema.

WIERZIOCH: Danke für diese Skizze. Ich will Sie nun bitten, sich einmal in die 60er- und 70er-Jahre zurückzusetzen. Wenn es Tote an der Mauer gab, wie hat der Westen darauf reagiert – die Medien, die Öffentlichkeit, die Politik?

GRASEMANN: Wenn ich persönlich zurückdenke, dann erinnere ich mich relativ genau. Ich war 15 Jahre alt, als die Mauer gebaut wurde. Ich bin dann 43 Jahre alt geworden, als die Mauer fiel. Wir alle miteinander haben diese 28 Jahre erlebt. Wenige haben wohl geglaubt, dass die Mauer so schnell fällt. Ich glaube, niemand von uns hat geglaubt, dass er das noch mal erlebt. Wenn man sich diese Zeit einmal vor Augen führt, auch die Entwicklungen an der Grenze, dann möchte ich sagen, dass es im Westen auch immer eine klare Reaktion auf Mauermonde gab. Es gab Aktivitäten in Berlin wie »Schießt nicht auf eure Brüder«, »Macht euch nicht zum Killer«. Es gab Aktionen der Medien und der Politik im Westen. Ich

glaube, es gab keinen einzigen Fall eines Toten an der Mauer oder an der »grünen Grenze«, bei dessen Bekanntwerden der Westen nicht massiv protestiert hat.

Nur – auch das muss man sagen – war zu jener Zeit im Westen mehr auch nicht möglich. Konnten die Todesfälle schon nicht verhindert werden, wurden doch politische Aktivitäten entfaltet. So wurde bereits 1961 die »Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter« errichtet. Vorausgegangen waren die ersten Mauertoten. Der erste war bekanntlich Günter Litfin und der letzte war am 5. Februar 1989 Chris Gueffroy. Zwischen diesen beiden Opfern haben wir sehr, sehr viele tote und noch mehr schwer verwundete Flüchtlinge registriert. Ihre Schicksale haben uns all die Jahre begleitet, bis sich die Schuldigen des SED-Regimes vor Gericht verantworten mussten und zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

WIERZIOCH: Warum war es für die Gerichte nach 1989/90 so schwierig, in diesen sogenannten Mauerschützenprozessen aussagewillige Zeugen zu finden?

GRASEMANN: Es war nicht schwierig, aussagewillige Zeugen zu finden. Das Problem war ein rechtliches, nämlich die Frage, welches Recht zur Anwendung kommt für die sogenannten Altfälle, die sich auf dem Gebiet der DDR zugegetragen haben und nun von der gesamtdeutschen Justiz nach dem Ende der DDR und deren Rechtsordnung geprüft werden mussten.

Wenn man heute immer wieder hört, es habe eine Siegerjustiz gegeben, dann muss man sagen, das ist, als wenn der Blinde über die Farbe spricht. Es gab keine Siegerjustiz und kein Siegerrecht. Es wurde zunächst einmal das Recht des Tatortes angewendet, also das Recht der DDR. War es also eine Tat, die nach dortigem Strafrecht strafbar war? Die Tötung eines Menschen, die nicht gerechtfertigt ist – und das war sie nicht – ist eben ein strafbares Unrecht, Totschlag, Mord oder was auch immer. Und weil es auch nach DDR-Strafrecht eine Straftat war, weil die Erlaubnissätze des Schießbefehls ja nicht anerkannt werden konnten – das hat auch seine Gründe –, dann ging es nur noch um die Frage, ob es auch heute noch strafbar ist. Und die Antwort lautet natürlich »ja«. Es war eigentlich nicht so sehr eine Beweisfrage, denn die Fälle waren klar. Zeugen standen zur Verfügung – übrigens auch Grenzer, die dabei waren, aber nicht geschossen haben.

Ich will ein Beispiel berichten: Zwei Grenzer waren Zeugen in einem Verfahren gegen einen Vorgesetzten, der in einer Nacht 1965 auf einen Wehrlosen, der sich schon ergeben hatte, 14 Schuss abgegeben hat. Der Danebenliegende, schon Zusammengeschossene, hat überlebt. Er wie die beiden anderen Grenzer haben ausgesagt, dass dieser Vorgesetzte in die Nacht hinein gerufen hat, nachdem sich der 20-Jährige ergeben hatte: »Ich habe mir geschworen, hier kommt keiner lebend

durch!« Daraufhin hat er 14 Feuerstöße auf einen sich ergebenden Menschen abgegeben. Der Täter wurde wegen Mordes zu einer Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt, übrigens der einzige Fall, in dem gegen einen Todesschützen der Grenztruppen ein rechtskräftiges Urteil wegen Mordes erging. In allen anderen Verfahren ist die Justiz von Totschlag ausgegangen. Wir haben also überhaupt keine Probleme bei der Beweisaufnahme gehabt, vor allem auch deshalb nicht, weil die DDR-Akten sämtliche erforderliche Beweise enthielten. So konnten wir nachlesen, welcher Grenzsoldat wie viele Schüsse auf den Flüchtling abgegeben und welche Belobigung oder Beförderung er dafür erhalten hat. Ohne die akribisch geführten Ermittlungen der DDR-Organen hätten wir nicht erfahren, dass auf einen 28 Jahre alten Dresdner 148 Schuss und auf einen 20-jährigen Studenten und seine Verlobte 199 Schuss abgefeuert worden sind.

WIERZIOCH: Ich habe in der Hamburger Wochenzeitung »Die ZEIT« gelesen, dass es schwierig war, Zeugen zu finden. Schön, dass Sie das richtiggestellt haben.

LEHMANN-GRUBE: Ich würde gern einen allgemeinen Aspekt aus der sogenannten westlichen Sicht hinzufügen. Herr Grasemann hat eben gesagt, dass das Thema Mauertote breit kommentiert und jeder Fall auch in der Presse umfänglich dargestellt wurde. Ich glaube, diese offizielle Reaktion war nicht generell verbreitet. Ein Toter an der Mauer, darüber wurde ja immer ausführlich berichtet, das war auch immer sehr bedauerlich. Aber: Ein Massenverkehrsunfall auf der Autobahn war zwar von anderem Kaliber, hat aber die Menschen nicht mehr oder weniger aufgeregt. Es war Thema, aber dann ist man doch wieder zur Tagesordnung übergegangen. Man mag das erklären, wie man will. Ich glaube, das ist nur ein weiteres Zeichen dafür, dass man sich mit der bedauerlichen Situation, die man aber nicht ändern konnte, auch irgendwie abgefunden hat.

Vielleicht ist das meine etwas subjektive Einstellung. Aber wenn ich zurückdenke, kann ich mich nicht erinnern, dass die Mauertoten ein herausragendes Politikum gewesen sind. Es war zwar schlimm und bedauerlich, aber auch so wie irgendein schlimmer Verkehrsunfall.

WIERZIOCH: Die öffentlichen Stellen haben sich also appellierend in Richtung DDR gewandt und protestiert, während es in der Bevölkerung eher eine Tendenz hin zur Gleichgültigkeit gab?

LEHMANN-GRUBE: Ich würde nicht von Gleichgültigkeit sprechen – deshalb auch mein Vergleich mit dem schlimmen Verkehrsunfall.

WIERZIOCH: Und dies kam aus dem Gefühl heraus, weil man nichts ändern konnte?

LEHMANN-GRUBE: Ja.



WIERZIOCH: War die These, dass die Abschottung durch die Mauer zur Liberalisierung innerhalb der DDR führte, in Westdeutschland populär?

LEHMANN-GRUBE: Es wurde so diskutiert, ja. Vielleicht war es auch mein besonderes Interesse an den Dingen. Wenn man darüber nachdachte, warum die so etwas machen – die Regierung der DDR stand ja in den Augen des Westens schlecht da –, dann hat man in der Tat darüber diskutiert, ob das vielleicht politische, vor allem wirtschaftspolitische Gründe hatte. Für die generelle Abschottung gab es zumindest ein gewisses Verständnis. Wir haben dann aber auch aufgehört, darüber zu diskutieren. Denn die Motivation war für uns im Westen sehr schwer zu erfassen.

WIERZIOCH: Ich will jetzt etwas allgemeiner nach der juristischen, der politischen und der gesellschaftlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechts fragen, das ja nicht zuletzt auch in der Mauer manifest wurde. Herr Dr. Grasemann, können Sie uns einen Überblick über den Stand der juristischen Aufarbeitung geben?

GRASEMANN: Da lässt sich einiges sagen, aber hier in der gebotenen Kürze nur ein paar Schlaglichter: Das Erste, auf das Menschen kommen, ist ja interessanterweise immer das Strafrecht. Obwohl das Strafrecht bekanntlich nur ein kleiner Teil dessen ist, was Justiz ausmacht. Der größere Teil ist Ziviljustiz, also zum Beispiel Nachbarschaftsstreitigkeiten. Wir haben 22.000 Richter in Deutschland. Im Strafrecht haben wir etwa 4.500 oder 4.700 Richter und ungefähr 5.000 Staats-

anwältinnen und Staatsanwälte. Dieses Feld ist also nur ein relativ kleiner Teil dessen, was Justiz ausmacht. Und trotzdem ist für die Bevölkerung Justiz eigentlich immer Strafjustiz. Deswegen ist auch die strafrechtliche Aufarbeitung für die meisten das Wichtigste.

Was können wir also bilanzieren? Die Zahlen der Ermittlungsverfahren, die durch die zuständigen Staatsanwaltschaften eingeleitet wurden, schwanken zwischen 62.000 und 73.000 – sei es Berlin als Zentrum des Unrechts der DDR, sei es Dresden, Schwerpunkt der Staatsanwaltschaft für Sachsen, sei es Magdeburg in Sachsen-Anhalt und so weiter. Wenn man die Zahlen der Verurteilungen anschaut, kommt man auf etwa 1.700 Personen. Dabei war es mir immer wichtig, darauf hinzuweisen, dass sich aus der Verurteilungsbilanz ergibt, dass, je höher die Stellung und je größer die Verantwortung des Angeklagten war, umso höher das Strafmaß war. Das erscheint auf den ersten Blick ungewöhnlich. Aber das bekannte Vorurteil, dass die Kleinen immer gehängt werden, während man die Großen laufen lässt, trifft jedenfalls in diesem Bereich wirklich nicht zu. Je höher die Verantwortung, umso höher die Strafe. So wurde Verteidigungsminister Keßler wegen mittelbarer Täterschaft zu siebeneinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Egon Krenz, der selbst auch keinen Schuss abgegeben hat, bekam als Verantwortlicher des Schießbefehls und der Minensperren sechseinhalb Jahre Freiheitsstrafe. Für die Anordnung und Durchsetzung des tödlichen Grenzregimes der DDR wurden Generaloberst Heinz Streletz, Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR und Zuarbeiter für dessen Vorsitzenden Erich Honecker, und General Baumgarten, Kommandeur der Grenztruppen, jeweils zu fünf Jahren Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt. Von weiteren Beispielen sehe ich ab.

Nur am Ende ist ganz wichtig: Die strafrechtliche Aufarbeitung hat selbstverständlich auch die einfachen Grenzsoldaten – die »Mauerschützen« – umfasst. Sie sind überwiegend zu Bewährungsstrafen von bis zu zwei Jahren verurteilt worden, obwohl ihnen Totschlag oder versuchter Totschlag zur Last gelegt wurde. Man hat lange darüber gestritten, ob diese Urteile gerecht sind. Man kann sich auch fragen, ob es eine objektive, mathematische Gerechtigkeit gibt. Aber bei der Schuldfrage, der Frage nach der individuellen Vorwerfbarkeit, musste die Justiz erörtern, wie jung der Grenzsoldat damals war, wie lange seine Tat zurückliegt, wie groß seine Angst vor Bestrafung war, wenn er den Schießbefehl verweigert oder vorsätzlich »daneben« schießt, und schließlich auch, wie ihn seine Tat seitdem belastet und sein Leben bestimmt hat. Die DDR-Militärgerichtsbarkeit hat Urteile von einem bis zu zehn Jahren Freiheitsentzug wegen Befehls- und Gehor-

samkeitsverweigerung in Tateinheit mit Beihilfe zum ungesetzlichen Grenzübertritt im besonders schweren Fall ausgesprochen und ihre Verurteilungen im berüchtigten Militärgefängnis Schwedt vollstreckt. Letztlich haben nicht wenige, auch Angehörige von Erschossenen, die Bewährungsstrafen eingedenk der tragischen Verstrickung junger Menschen, die der Staat mit Maschinenwaffen zum Handeln gezwungen hat, als durchaus angemessen erachtet.

Inzwischen ist die strafrechtliche Aufarbeitung des Grenzregimes der DDR abgeschlossen. Das weite Feld des Justizunrechts, der Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung in Tateinheit mit Totschlag bei gesetzwidrigen Todesurteilen, möchte ich ebenso wie die Rehabilitierung an dieser Stelle im Hinblick auf die vorangeschrittene Zeit vernachlässigen.

WIERZIOCH: Herr Dr. Lehmann-Grube, Sie haben am Beispiel der Mauertoten vor der Friedlichen Revolution gerade die Perspektive der Bevölkerung in der Bundesrepublik in Bezug auf das Unrecht in der DDR dargestellt. Dann ist die Mauer aber gefallen und Westdeutsche wie Sie sind nach Ostdeutschland gekommen. Sie konkret sind Leipziger Oberbürgermeister geworden. Jetzt will ich Sie fragen, ob sich bei den Westdeutschen, die in den Osten gekommen sind, in ihrem Bild, das sie vom DDR-Unrecht hatten, etwas verändert hat. Haben da die Wessis, die in den Osten gekommen sind, mehr gelernt?

LEHMANN-GRUBE: Gelernt haben die ganz bestimmt. Ich kann nur von meiner Person sprechen, und ich habe noch überhaupt nicht aufgehört zu lernen. Dieser kulturelle Wandel, der manchmal auch in unerwartete Richtungen geht, ist ein faszinierendes Phänomen.

Ich bin gründlich »ossifiziert«. Ich wohne seit 21 Jahren in Leipzig, ich habe unendlich viele Gespräche nicht nur mit Wessis, sondern auch mit Osis geführt, und dabei lernt man eine ganze Menge. Ich habe keinen Zweifel daran, dass der Staat und die staatlichen Organe der DDR Unrecht getan haben, und zwar in einem Maße, wie ich es letzten Endes erst in vollem Umfange seit 1990 gelernt habe. Aber ich glaube, wenn man pauschal die DDR als Unrechtssystem ankreidet, dann packt man die ganze Bevölkerung dort mit hinein. Und darin liegt ein Element der Ungerechtigkeit, das ich nicht akzeptieren kann. Ich muss auch akzeptieren können, dass Leute, die mit Politik und Staat nichts am Hut hatten und einfach ganz normal gelebt haben (das ist nun einmal die große Mehrheit), sich plötzlich staunend umgucken und fragen, wo sie eigentlich waren.

Ich bin immer bereit, jemanden in seiner Verantwortung für das, was in seinem Staat passiert, höher einzuschätzen. Aber ich habe meine Schwierigkeiten damit, dass das, was wir »Aufarbeitung« nennen (ich habe was gegen diesen Begriff),



allein auf das Unrecht fokussiert wird. Ich möchte davon nichts abstreiten. Man muss schon fragen, was dort passiert ist. Etwa warum Erich Loest, ein guter Freund von mir, sieben Jahre hier in Bautzen gegessen hat. Und ich weiß, dass er an dieser Ecke ganz anders tickt als ich, weil ich nie verletzt worden bin. Aber trotzdem meine ich, wir würden gut daran tun, wenn wir schärfer unterscheiden würden zwischen dem Staat und seinen Organen, die im Grunde nur Hilfsmittel für die Parteilinie waren, und dem ganz normalen Volk. Dieser Unterschied wird nach meiner Auffassung heute zu wenig gemacht.

WIERZIOCH: Hatten Sie, Herr Dr. Grasmann, bei Ihrer Arbeit die Möglichkeit, zwischen Institution, Mandatsträger, Amtsträger und auf der anderen Seite Mensch zu unterscheiden?

GRASEMANN: Den Unterschied muss man schon machen. Das hat übrigens mit der Institution, für die ich tätig war, nichts zu tun. Das ist eine Frage der persönlichen Einschätzung. Wir wissen doch, wie viele SED-Mitglieder es gab: 2,3 Millionen. Und niemand aus dem Westen hat später, wenn er einigermaßen bei Verstand war, alle über einen Kamm geschoren. Wo sind sie denn geblieben, als das SED-Regime zusammenbrach? Da sind doch relativ schnell zwei

Millionen Menschen einfach ausgetreten. Die Frage aber ist, warum man denn einmal eingetreten ist. War man überzeugter SED-Mann? Nein, es hat viele Gründe gegeben. Ich habe einmal einen wunderbaren Satz gehört, da wird jemand gefragt: »Warum warst du denn in der NDSAP?« Er sagt: »Ganz einfach, ich war bei der Reichsbahn und hatte Familie.« Dann wird er gefragt: »Und warum warst du ab 1946 bei der SED?« Darauf erwidert er: »Ganz einfach, ich war immer noch bei der Reichsbahn und hatte immer noch Familie.« So schlicht ist manchmal der Sachverhalt.

Deswegen glaube ich, dass wir auch heute noch sehr aufpassen müssen und nicht mit dem gleichen Kamm über alle Schicksale und alle Menschen gehen dürfen. Wir müssen, wenn es irgendwie geht, individuelle Schuld feststellen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und des Rechtsstaates. Und der, der keine Schuld auf sich geladen hat, ist vielleicht auch einer von denen, die in Leipzig und andernorts auf die Straße gegangen sind.

Und die zwei Millionen, die weg sind – wer will ihnen denn verdenken, dass sie dann aus dieser Partei ausgetreten sind? Und wie das Leben so ist, gab es ja damals 1989/90 diesen Satz: Ein SED-Mitglied, das ein neues Mitglied wirbt, wird zwei Jahre beitragsfrei. Ein SED-Mitglied, das zwei neue Mitglieder wirbt, darf aus der Partei austreten. Ein SED-Mitglied, das drei neue Mitglieder wirbt, erhält eine Bescheinigung, dass es nie drin war. Das ist, wenn man so will, vor Ort geboren. Ich will damit sagen, es gibt nur individuelle Schuld, zumal im Strafrecht, aber auch generell mit Blick auf moralisches Unrecht. Und moralisches Unrecht ist bekanntlich in einer Diktatur viel stärker verbreitet als strafrechtliches Unrecht, das ist eine Binsenweisheit.

Dennoch sind die Dinge unterschiedlich. Wenn wir hier in diesem Raum jemanden fragen, wie er die DDR fand, da ist die Antwort einfach: Unrechtsstaat. Weil jeder seine Biografie mitbringt. Wer in Bautzen oder in anderen Gefängnissen gesessen hat, hat eine ganz bestimmte Meinung vom Unrechtsstaat DDR. Aber wenn wir jene fragen, die nicht in politischer Haft waren, die ganz normal gelebt haben, angepasst – das ist überhaupt kein Vorwurf –, dann werten sie den Begriff »Unrechtsstaat« als westliches Vorurteil und fühlen sich persönlich angegriffen und angeklagt. Ich glaube, wir tun gut daran, diese Differenzierung weiter durchzuhalten: Die DDR war dieser Unrechtsstaat. Aber er war gleichzeitig auch der Staat derer, die hier ihr Leben eingerichtet haben und die durchaus auch stolz sein konnten auf das, was sie als Lebensleistung vorgelegt haben. Und am Ende können wir als Westdeutsche auch sagen, dass wir im Grunde stolz auf die Ostdeutschen sind, die das zu Wege gebracht haben, was wir heute hier genießen

dürfen, nämlich dass wir hier frei miteinander diskutieren können. Das ist doch das größte Verdienst, und das müssen wir hier zur Kenntnis nehmen.

WIERZIOCH: Ich möchte Ihnen beiden eine letzte Frage stellen. Denken Sie mal an heute und denken Sie an alle bundesdeutschen Protest- und Wutbürger – das Erregungspotential ist heute ja in der gesamten Bundesrepublik sehr hoch. Denken Sie an die Proteste gegen Neonazis in Dresden oder an Stuttgart 21. Hat sich in der Mentalität der Deutschen heute etwas verändert im Vergleich zu den Westdeutschen früher? Ist man mutiger? Ist man sensibler? Ist man protestbereiter, wenn es um Unrecht im eigenen Land oder auf der Welt geht?

LEHMANN-GRUBE: Sie haben gleich einen Tick dort hineingebracht, der mir gar nicht gefällt. Sie haben nämlich von Unrecht geredet. Es geht gar nicht immer um Unrecht. Sagen Sie doch einmal, was bei Stuttgart 21 Recht und was Unrecht ist. Denn nach dem Recht, wie wir es heute verstehen, ist alles ganz normal und nach rechtlichen Maßstäben gelaufen, und dann stellt man nach einem 15-jährigen Prozess plötzlich fest, dass das überhaupt nicht die nötige Zustimmung hat.

WIERZIOCH: Gestatten Sie mir, dass ich das Beispiel Stuttgart 21 streiche und es etwa mit »Protesten gegen Menschenrechtsverletzungen weltweit« ersetze. Als der zweite Irakkrieg bevorstand, haben zum Beispiel in Leipzig die Menschen dagegen protestiert. Haben sich die Deutschen verändert?

LEHMANN-GRUBE: Ich wollte nur darauf hinweisen, dass das mit Recht und Unrecht gar nichts zu tun hat. Die Menschen sind in der Tat sensibler geworden. Sie sind nicht überall sensibler geworden. Wenn ich mir überlege, was jetzt in den arabischen Ländern passiert, da bricht auch etwas los. Das ist anscheinend eine Welle, die ich nicht erklären kann. Diese Empfindsamkeit, dieses Gefühl, dass man mittun sollte, hat sich in Deutschland fundamental verändert. Wenn Sie so wollen, ist die große Bewegung 1989/90 ja auch ein Ausdruck dieser Sache. Woher das kommt, weiß ich nicht. Ich beurteile das sehr positiv. Ich warne nur davor zu meinen, das habe etwas mit Recht und Unrecht zu tun. Das ist eine ganz andere Frage. Aber das Engagement der Leute, dass sie sich überhaupt kümmern, ist größer geworden. Ich finde es gut, dass die Leute sensibler geworden sind und ihre Meinung äußern. Ob das dann immer mit Steinewerfen verbunden sein muss, ist eine andere Sache.

GRASEMANN: Ich erinnere nur an das Grundgesetz mit dem zentralen Artikel 5, in dem die Meinungsfreiheit festgeschrieben ist. Das Wichtigste, was uns auszeichnen sollte, ist, dass der Bürger nicht mehr alles akzeptiert, was von der Autorität kommt, auch wenn es eine demokratische Institution ist. Der Bürger ist eben nicht mehr so gewillt, das einfach so hinzunehmen. Er nimmt seine Rechte,



wie er sie definiert, in Anspruch. Das ist eigentlich auch gut so. Das hat in Amerika und Großbritannien Tradition. Wir Deutsche waren da vielleicht in den früheren Zeiten etwas zurückhaltender, wir waren autoritätsgläubiger. Aber ich glaube, wir sind auf einem ganz guten Weg.

Natürlich gibt es auch immer diejenigen, und das sind ja meistens die Älteren, die dann »diese alten 68er« beklagen. Ich erinnere nur an Fritz Teufel, den Kommunisten, der den ganzen Mummenschanz, der die Justiz früher gekennzeichnet hat, mit einem einzigen Satz entlarvt hat, indem er, als der Gerichtsvorsitzende ihn aufforderte aufzustehen, sich ganz langsam hochschraubte und den historischen Satz sagte: »Na gut, wenn's der Wahrheitsfindung dient.« Und an diesem Satz merkt man, dass sich so langsam was entwickelt. Ich glaube, all die Entwicklungen, die gerade angesprochen wurden, haben wir dem zu verdanken, dass der Bürger sich als Demokrat auch das Recht nimmt, in dieser Demokratie seine Stimme zu erheben. Das muss nicht immer zum Wohlgefallen der Oberen sein. Aber ich denke, das ist die lebendige Demokratie. Denn Demokratie braucht Demokraten. Das Verfassungspapier würde doch nur Papier sein, wenn wir diese Verfassung nicht leben würden. Und das unterscheidet uns von der Diktatur. Ich bin optimistisch, dass wir das noch richtig gut entwickeln werden. Da müssen wir uns gar keine Sorgen machen. Natürlich müssen wir andererseits auch aufpassen, dass Rechts- und Linksextremismus nicht aus dem Ruder gera-

ten. Aber das sollte uns nicht hindern, demokratisch zu agieren. Denn sonst wäre das ein Vetorecht für die, die diese Demokratie ja ohnehin ablehnen. Und das sollten wir uns nicht gefallen lassen.

WIERZIOCH: Ich danke Ihnen für das Gespräch.



Podiumsdiskussion

Geeintes Land – Geteilte Erinnerung?

HANKA KLIESE, HANNELORE KOHL, ROLAND JAHN, SIEGFRIED REIPRICH

Moderation: STEFAN NÖLKE

Stefan Nölke: Herzlich willkommen zu unserer Diskussionsrunde zum Thema »Geeintes Land – Geteilte Erinnerung?« – eine Zusammenarbeit von Figaro, dem Kulturradio des Mitteldeutschen Rundfunks, und dem Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung. Knapp 50 Jahre ist es her, dass die SED die Mauer bauen ließ. Ein Bauwerk, das die DDR damals retten sollte. Am Ende war es ein ganz wichtiger Grund für ihren Untergang, der in dem Moment, als sie fiel, besiegelt war. 21 Jahre ist das nun auch wieder her. Wir wollen in den kommenden anderthalb Stunden fragen, inwieweit die deutsche Teilung in der Erinnerungskultur bis heute nachwirkt. Sind wir nach wie vor ein Land mit geteilter Erinnerung, je nachdem, ob man östlich oder westlich der Mauer sein Leben gelebt hat? Wobei »geteilte Erinnerung« ja auch bedeuten kann, dass jedes Individuum oder jede Gruppe, die eine bestimmte Erfahrung gemacht hat, von ihrem sub-

jektiven Standpunkt aus ein Stück der historischen Wahrheit für sich in Anspruch nehmen darf und kann. Wie und an was erinnern sich also die Westdeutschen und wie und an was die Ostdeutschen? Aber es wird auch danach zu fragen sein, ob die Ost-West-Unterschiede die einzige Trennungslinie in der Erinnerungskultur sind und ob es nicht vielmehr auch eine geteilte Erinnerung in der ostdeutschen Gesellschaft selbst gibt. Das heißt, unterschiedliche Sichtweisen auf die DDR, je nach Milieu und je nach Generation. Es ist ja sehr gut möglich, dass ein hoher SED-Funktionär und seine Familie bis heute eine andere Sicht auf die DDR haben als die Menschen, die unter ihm und seiner Partei gelitten haben. Und wird eigentlich ausreichend an diejenigen erinnert, die Widerstand geleistet haben oder Opfer der SED-Diktatur geworden sind, Opfer der Mauer in Berlin, Opfer der innerdeutschen Grenzen, Opfer von Gefängnismauern? Diese und andere Fragen wollen wir verhandeln.

Dazu begrüße ich recht herzlich Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern und Vorstandsmitglied der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie. Ich begrüße Hanka Kliese aus Chemnitz, SPD-Politikerin und Mitglied des Sächsischen Landtags. Ich begrüße Siegfried Reiprich, Schriftsteller, Bürgerrechtler und seit anderthalb Jahren Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Und ich begrüße Roland Jahn, Bürgerrechtler, ARD-Journalist und seit März Bundesbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Ganz herzlich willkommen beim Bautzen-Forum.

Kommen wir gleich noch einmal zum letztgenannten Punkt auf meiner Frageliste: die Erinnerung an die Opfer von Mauer und Stacheldraht, die Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur. Roland Jahn, in dieser Hinsicht sind Sie einige Wochen nach Ihrer Amtsübernahme mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten. Sie machen sich stark für ein zentrales Denkmal für die Opfer der SED-Diktatur. Warum brauchen wir Ihrer Ansicht nach ein solches Denkmal?

ROLAND JAHN: Ich denke, dass der Alltag in diesem Land so schnelllebig ist und dass es daher sehr wichtig ist, mitten in unserer Gesellschaft Denkanstöße zu geben. Und das haben gerade solche Denkmäler an sich: dass sie Leute provozieren, innezuhalten, sich zu erinnern und eben nicht zu vergessen, wie Diktatur war. Dass sie darüber diskutieren, wie Diktatur war, damit sie Wertmaßstäbe für den Alltag und die Gestaltung der Demokratie bekommen. Ich finde es wichtig, dass es auch Denkmäler gibt, die nicht nur in den Gedenkstätten wie hier in Bautzen oder in anderen Gefängnissen sind. Denn dadurch wird Repression auf Inhaftierung reduziert. Repression fand in der DDR aber nicht nur



in den Gefängnissen statt. Es ist wichtig, das darzustellen: Die Erlebnisse, die die Menschen hinter den Gefängnismauern hatten. Das war die Zuspitzung. Aber auch an das, was im Alltag stattgefunden hat, soll erinnert werden: an die jungen Menschen, die von der Schule geflogen sind, die Studenten, die aus der Universität exmatrikuliert wurden, die Kinder, die in Heime gesteckt wurden, oder auch an die Zwangseinweisungen in die Psychiatrie. Dafür gibt es bis jetzt keinen Ort des Gedenkens, keinen Ort, wo über das Geschehene diskutiert werden kann. Ich würde mir wünschen, dass es viele Denkmäler gibt, in vielen Städten. In meiner Heimatstadt Jena wurde ein solches Denkmal für die politisch Verfolgten in der Zeit der sowjetischen Besatzungszone und der DDR errichtet. Warum sollte man so ein Denkmal nicht auch in der Hauptstadt haben, mitten im politischen Geschehen? Zum Beispiel in der Nähe des Reichstages? Deswegen habe ich einen Vorschlag der Union der Opferverbände aufgegriffen. Ich möchte ihn gerne unterstützen, damit so ein Denkmal errichtet werden kann. Das muss nicht groß sein, aber es sollte wahrgenommen werden können und es sollte ein Denkanstoß sein.



NÖLKE: Herr Reiprich, was halten Sie von der Idee?

SIEGFRIED REIPRICH: Ich habe da eher gemischte Gefühle. Als Provinzmensch aus der ehemaligen südlichen Mitte der DDR kann ich mich noch an bestimmte Witze erinnern. Zum Beispiel an diesen: »So, wie wir heute arbeiten, werden die Berliner morgen leben.« Das hob auf die SED-Parole ab: »So, wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben«, eine unfreiwillige Komik. Das bedeutet also, der Zentralismus, der von Ostberlin ausging, war mir immer zuwider. Das Beste an Ostberlin waren die wenigen Ausländer, die da waren – so haben wir das damals in der größten und langweiligsten DDR der Welt empfunden. Und ich sehe heute nicht ganz ein, warum das Denkmal in Berlin sein muss. Ich bin sehr für ein Denkmal, wenn es richtig gemacht ist. Aber die Mutter der Friedlichen Revolution ist eben Sachsen.

JAHN: In Sachsen kann ja auch noch ein Denkmal stehen.

REIPRICH: Die Stasi-Zentralen wurden zuerst in Erfurt und in der Provinz gestürmt – und eben nicht in Berlin. Doch im Laufe der 20 Jahre Aufarbeitung ist einiges in die Schieflage geraten und zentralistisch nach Berlin gelaufen. Doch wenn man tiefgründig über politische Gewaltherrschaft nachdenkt, dann erkennt

man auch, dass schon seit Jahrhunderten immer dann die Dinge friedlicher laufen, wenn sich Föderalismus blühend entfalten kann. Und es läuft schief, wenn sich Zentralismus entfaltet.

NÖLKE: Es gibt ja schon eine salomonische Entscheidung des Bundestages, nämlich dass zwei Denkmäler gebaut werden sollen – eins in Berlin und eins in Leipzig. Zwei Denkmäler für Einheit, Freiheit und Demokratie. Das eine soll vor der sogenannten Schlossfreiheit entstehen, da ist an eine Art Wippe gedacht. Der eine oder andere wird den Entwurf der Stuttgarter Architekten Milla und Partner kennen. In Leipzig wird nach wie vor diskutiert. Die Bevölkerung ist auch unentschieden darüber, was Sinn und Zweck des Denkmals sein soll, und darüber, wie es dann aussehen soll. Frau Kohl, was ist Ihre Position zum Thema Denkmal? Haben wir nicht eigentlich schon genug Denkmäler? Brauchen wir noch ein zusätzliches?

HANNELORE KOHL: Ich meine, dass die Frage, die wir heute diskutieren, auch die Frage danach stellt, wie man Erinnerung generell wachhalten kann und wie man gleichzeitig daraus etwas für die Zukunft entwickeln kann. Traditionelle Denkmäler sind hierzu sicher weniger geeignet. Die Frage wäre, ob Künstler, Philosophen, alle, die sich daran beteiligen, eine Form finden, dieses Anliegen neu auszudrücken. Mir persönlich wäre wahrscheinlich ein Zeichen, das sich an vielen Orten findet, lieber als eine zentrale Einrichtung. Dann auch noch in Berlin, wo sowieso im Moment eine Flut von Erinnerungsmalen entsteht und entstanden ist. Ich will dafür ein kleines Beispiel geben: Wir haben unseren Sitz als Oberverwaltungsgericht in Greifswald im ehemaligen, 1898 gebauten Justizgebäude. Während der DDR-Zeit war es Sitz der örtlichen Staatssicherheit. Im Herbst 1989 wurde das Gebäude von einer Arbeitsgruppe des Runden Tisches, der sich nach dem 9. November auch in Greifswald gebildet hatte, besetzt und bewacht. Das, was an Unterlagen noch vorhanden war, wurde gesichert und gesichtet. Nach zehn Jahren haben wir am Gebäude außen eine Tafel angebracht. Sie ähnelt in der Gestaltung den sogenannten Greifswalder Tafeln, die an vielen Häusern der Stadt an berühmte Professoren erinnern. Darauf steht ein Spruch aus der Wendezeit: »Volkssiegel auf Panzerschränke der Stasi und der SED, 4. Dezember 1989«. Das Interessante ist, dass die Leute stehen bleiben – ich kann das im Sommer hören, wenn das Fenster geöffnet ist – und erst einmal einen Moment nachdenken müssen, was die Aussage eigentlich bedeutet. Bisweilen kommt man dann auch ins Gespräch darüber und man kann aufklären, welche Geschichte dieses Hauses hat und warum die Tafel mit diesem Wortlaut angebracht worden ist. Etwas in diese Richtung halte ich generell für eine gute Lösung. Etwas, das

das Nachdenken, aber auch das Weiterdenken befördert. Wenn das gelingen würde, kann man sich nur freuen.

NÖLKE: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wünschen Sie eher eine unpathetische Lösung. Zugleich aber haben wir ja jetzt bei der Diskussion um die sogenannte Wippe der Architekten Milla und Partner doch eine relativ große Verunsicherung und zum Teil auch eine harsche Kritik am diesem Entwurf. So läuft das Feuilleton der »Süddeutschen Zeitung« zum Beispiel regelrecht Sturm gegen eine solche Lösung. Herr Jahn, haben Sie eine dezidierte Meinung zum dem Entwurf für Berlin? Es ist ja auch ein ästhetisches Problem: Wie soll man erinnern? Wenn man an die Opfer der SED-Diktatur und an den Widerstand erinnern will, gilt es eben auch eine adäquate Form zu finden.

JAHN: Ich finde es erst einmal wichtig, dass überhaupt darüber diskutiert wird. Es ist schon ein Erfolg, wenn man sich auseinandersetzt und das Thema dadurch in der öffentlichen Diskussion hält. Trotzdem muss ich noch einmal auf die Frage nach dem Denkmal für politisch Verfolgte zurückkommen. Siegfried Reiprich, das mit dem Zentralismus ist mir – Entschuldigung – ein bisschen kleinkariert. Wir können an den Realitäten des Lebens doch nicht vorbeigehen. Wir haben nun einmal eine Hauptstadt, und in diese Hauptstadt kommen viele internationale Gäste. Wir haben auch einen Bundestag, in den viele wichtige Abgeordnete, auch die aus Sachsen, jeden Tag hineingehen, um politische Entscheidungen zu treffen. Denen einen kleinen Denkanstoß zu geben, damit sie in ihren politischen Entscheidungen die Opfer nicht vergessen, das ist doch schon Grund genug, um in die Hauptstadt so ein Denkmal zu setzen. Das schließt überhaupt nicht aus, gleichzeitig auch regionale Denkanstöße und regionale Aufarbeitung zu fördern. Das betone ich. Das ist ganz wichtig. Dort, wo die Menschen es konkret erlebt haben, vor Ort, dort, wo sich die Menschen teilweise noch erinnern und man seinen Kindern und Enkelkindern am authentischen Ort zeigen kann, wo etwas abgelaufen ist. Zum Beispiel steht das Denkmal in Jena an dem Ort, wo es stattgefunden hat. Dort stehen Namen auf dem Denkmal, die man aus der Stadtgeschichte noch kennt, dort erinnert man sich. Die Diskussionen finden vor diesem Denkmal statt. Und ich möchte, dass so etwas auch in der Hauptstadt stattfindet, also dort, wo sich Europa und die Welt trifft. Ich möchte, dass das Problem der politisch Verfolgten in der DDR an einem Ort dargestellt wird, an dem es noch einmal ganz besonders wahrgenommen wird. Das eine schließt das andere nicht aus.

NÖLKE: Frau Kliese, was ist Ihre Meinung? Sind Denkmäler überhaupt noch zeitgemäß?

HANKA KLIESE: Ja, das denke ich schon, auf jeden Fall. Ich denke, wir brauchen viele kleine Gedenkorte, die wir nicht neu schaffen müssen, sondern die es tatsächlich schon gibt. An vielen Orten, an denen zu DDR-Zeiten Unrecht geschehen ist, erinnert heute nichts mehr an diese Zeit. Kinderheime, in denen zwangsadoptierte Kinder waren; Heime für Menschen mit Behinderung, die zu DDR-Zeiten sehr schlecht behandelt wurden; Institutionen, in denen Menschen inhaftiert waren. Manchmal prägen diese Orte das Stadtbild überhaupt nicht mehr. Junge Menschen haben also gar nicht mehr die Möglichkeit zu erfahren, welches Unrecht da geschehen ist. Man kann das ja auf verschiedene Weise gestalten, das muss nicht immer ein Denkmal sein. Man könnte dort auch Fotoausstellungen machen oder Zeitzeugengespräche führen. Ich würde mir auch wünschen, dass wir mehr Straßennamen in dieser Richtung prägen würden. Diese Woche war ich im Landtag in Erfurt, und habe mich sehr gefreut, dass die Straße des Landtages die Jürgen-Fuchs-Straße ist. Ich denke, viele prominente und große Straßen sollten wir entsprechend benennen und dann jeweils Erklärungen dazu anbringen. Denn das Wissen fehlt bei den jungen Menschen einfach. Es fehlt gleichzeitig aber auch die Möglichkeit, sich dieses Wissen auf kurzen Wegen zu erarbeiten.

NÖLKE: Stichwort Straßennamen. Wenn man in Sachsen-Anhalt beispielsweise über die Dörfer fährt, muss man feststellen, dass noch unzählige Straßen nach Ernst Thälmann benannt sind. Man wundert sich, zu welchen Ehren der einstige KPD-Führer, der ja schließlich Stalins rechte Hand in Deutschland und einer der Totengräber der Weimarer Republik war, nach wie vor kommt. Und in Halle steht ein riesiges Monument für Ernst Thälmann an der Magistrale nach Halle-Neustadt ... Jeder, der nach Halle-Neustadt über den Ribbeckplatz will – früher übrigens Ernst-Thälmann-Platz –, muss da vorbei. Es steht so da, als wäre es gestern eingeweiht worden. Man fragt sich, wie das kommt. Frau Kliese, in Chemnitz steht auch noch der alte Karl Marx herum und schaut nach wie vor etwas düster in die Weltgeschichte. Man fragt sich, ob Karl Marx und Ernst Thälmann nach wie vor Helden in Ostdeutschland sind. Was ist Ihre Wahrnehmung?

KLIESE: Es gab in Chemnitz eine Abstimmung darüber, ob Karl Marx bleibt oder nicht. Es war letztlich der Wille der Bevölkerung, dass dieses Monument erhalten bleibt. Wenn ich daran vorbeigehe, betrachte ich es eher wie ein Mahnmal. Vielleicht können das die anderen Leute, die mit ungunstigen Gefühlen vorbeigehen, auch so sehen. Viele führen aber bestimmt auch nicht den ideologischen Rückschluss und sagen, dass es ja nicht an Karl Marx lag, sondern an der Umsetzung.

NÖLKE: Roland Jahn, Studien haben ja immer wieder gezeigt, dass es offen-

bar eine Tendenz gibt, die DDR sehr weich zu zeichnen. Teilen Sie diesen Befund?

JAHN: Ich warne immer davor zu verallgemeinern. Ich betone immer, dass ich auch ein schönes Leben in der DDR hatte. Denn die DDR war nicht nur der Staat, sondern das waren auch die Menschen, die Familie, die Freunde, die schönen Thüringer Berge oder die schöne sächsische Landschaft; wir haben tolle Partys gefeiert und ein schönes Leben gehabt – trotz des Staates und nicht wegen des Staates. Das ist immer wichtig zu unterscheiden. Deswegen ist es aber auch wichtig, dieses Lebensgefühl, das viele Menschen hatten, in der Darstellung aufzugreifen. Wir können DDR nicht nur über Gefängnisse darstellen. Diese Gefängnisse gab es, und es ist immer wichtig darzustellen, dass es die gab. Aber es gab eben auch das andere, das, was die Menschen wahrgenommen haben. Deswegen ist es wichtig, das eine aufzuzeigen, aber das andere nicht zu vergessen.

NÖLKE: Die Frage auch noch einmal an Herrn Reiprich: Glauben Sie, dass es eine Tendenz gibt, die Dinge schönzureden?

REIPRICH: Das glaube ich schon. Das kann auch damit zusammenhängen, dass der berühmte Gedanke des Sachsen Erich Kästner mitunter falsch verstanden wird. Kästner hatte gesagt: »Die Erinnerung ist eine mysteriöse Macht und bildet die Menschen um. Wer das, was schön war, vergisst, wird böse. Wer das, was schlecht war, vergisst, wird dumm.« Das ist aber nicht nur eine Frage der Waagschale. Vielmehr kann man keine Minute des Alltags, auch des schönen Alltags, verstehen, ohne die permanente angedrohte Repression im großen Getto DDR zu verstehen. Und wenn wir in Jena eine Fete gefeiert haben und unsere Freundin Monika XY, die in der Drogerie gearbeitet hat, Bückware besorgt hat, haben wir uns natürlich gefreut, das war klasse. Oder man ist mit dem Moped nach Apolda gefahren, um eine Flasche Rotkäppchen-Sekt für 13 Ostmark zu erstehen. Rotkäppchen Rot gab es ganz selten, dafür musste man teilweise fünf Stunden arbeiten. Das waren natürlich tolle Gefühle. Aber natürlich spielte die Repression, das Graue, die Dürftigkeit in den Alltag immer mit hinein.

Ich kann unterstreichen, wenn Roland Jahn sagt, man kann die DDR nicht nur aus dem Gefängnis heraus verstehen. Aber man kann sie auch nie ohne diese Perspektive verstehen. Denn die Bevölkerung war immer eingesperrt. Willy Brandt hat in den 60er-Jahren zu Recht gesagt, die »Deutsche Demokratische Republik« sei weder demokratisch noch eine Republik und auch nicht einmal wirklich deutsch.

NÖLKE: Frau Kohl, der Ministerpräsident Ihres Bundeslandes, Erwin Sellering, hat ja vor anderthalb Jahren gesagt, dass die DDR kein totaler Unrechtsstaat



gewesen sei und damit eine große Diskussion ausgelöst. Sein Fraktionschef ist ihm damals beigeesprungen und hat hinzugefügt, man dürfe die Lebenswirklichkeit vieler, die ihre private Biografie in der DDR als glücklich und sorglos empfunden haben, nicht ignorieren. Was ist Ihre Position dazu?

KOHL: Man kann in der Tat auf die vorangegangene Diskussionsrunde verweisen, in der das Wesentliche hierzu schon gesagt wurde. Ich teile die Position von Herrn Lehmann-Grube. Wir sind nun einmal in der menschlichen Kommunikation und müssen wahrnehmen, dass da Gefühle sind und dass auch die Erinnerungen mit Gefühlen verknüpft sind. Man kann nicht alles an der Erwartung ausrichten, dass jeder ständig die gesamte Bandbreite der Erinnerungen präsent hat und immer gleich alles mitdenkt. Dazu vielleicht wieder ein Beispiel aus der Praxis. Wir haben in Greifswald kürzlich die Wiedereinweihung der Stadthalle gefeiert, die restauriert wurde und nun wieder als Veranstaltungsort zur Verfügung steht. Für mich war es interessant, für wie viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt sich mit dieser Stadthalle positive Erinnerungen verknüpfen. Da

wurden Ehen begründet, Bälle gefeiert, Jugendweihen begangen. Auch das Stadthallencafé ist fest in der Erinnerung verankert. Dass viele Veranstaltungen dort »staatlich verordnet« waren, bleibt außen vor. Das sind einfach Aspekte aus dem täglichen Leben. Die muss man auch akzeptieren und ihnen Rechnung tragen, wenn es um Entscheidungen im politischen Bereich geht oder darum, wo bei Investitionen Prioritäten gesetzt werden.

Beim Wort »Unrechtsstaat« denkt natürlich jeder zunächst an seine eigenen Lebenserfahrungen. Der eine betont deswegen den Aspekt des Leids besonders. Der andere, der vielleicht weniger als unmittelbarer Akteur politisch tätig und auch nicht als Opfer betroffen war, empfindet darin eher einen Vorwurf in dem Sinn, dass durch diese Bezeichnung des Staates eine entsprechende Bewertung aller Menschen, die dort gelebt haben und tätig waren, erfolgt. Wegen dieser verschiedenen Wertungen, die automatisch bei jedem mitschwingen, ist die Verallgemeinerung problematisch. Dass Unrecht geschehen ist, schweres, rechtsstaatswidriges und auch menschenrechtswidriges Unrecht, steht außer Zweifel. Gerade in dieser Runde und in diesem Saal ist das mit Händen zu greifen.

NÖLKE: Roland Jahn, wie ist dieser Widerspruch Ihrer Meinung nach aufzulösen? Ihre Behörde leistet ja auch Bildungs- und Forschungsarbeit.

JAHN: Das Thema Alltag in der Diktatur ist für mich ganz wichtig – besonders bezogen auf die Frage nach der individuellen Verantwortung. Da sind wir beim Thema Anpassung in der Diktatur. Ich finde, es wird viel zu oft gesagt: »Da war der Staat, und es war alles so schlimm.« Aber die Frage, welche Verantwortung jeder Einzelne für sein tägliches Handeln hatte, fällt hinten runter. Alles wird immer nur auf den Staat geschoben. Dieser Staat bestand aber aus konkret handelnden Menschen. Diese Frage nach der Verantwortung ist bis heute nicht richtig beantwortet. Es gab die strafrechtliche Aufarbeitung, die sehr unbefriedigend ist. Aber die politisch-moralische Verantwortung wurde noch überhaupt nicht richtig diskutiert. Wir sehen es überall, dass sich kaum Menschen zu ihrer Biografie und zur Verantwortung für ihr Handeln bekennen, und ziehen vor allem keine Konsequenzen, sondern tun so, als wäre nichts gewesen. Da ist, denke ich, noch viel zu tun. Das fängt bei jedem selbst an.

Wenn ich mir klar werde, dass ich als junger Mensch in der Freien Deutschen Jugend war, kann ich natürlich immer sagen, klar, ich wollte dabei sein und wollte in den Bahnen dieses Staates leben und mich beruflich entwickeln. Wenn ich als Mitglied der FDJ am 1. Mai vor der Bühne im Blauhemd vorbeimarschiere, dann muss ich mich dazu bekennen. Denn im selben Moment, in dem ich mich dort mit meinen Freunden und Freundinnen wohlgeföhlt und gute Laune gehabt

habe, in dem ich also glücklich war – Ende der 60er-Jahre –, da saßen andere schon in Bautzen im Gefängnis für ein einfaches Stück Meinungsfreiheit. Ich aber habe in dem Moment durch das Vorbeilaufen an der Tribüne diesen Staat stabilisiert, sodass es ihm möglich wurde, andere Menschen, die ein Stück Meinungsfreiheit wahrgenommen haben, einzusperren.

Die Frage nach dieser Verantwortung, die sich jeder selbst stellen muss, ist bisher noch überhaupt nicht gestellt. Was ist mit den vielen Menschen, die immer zur Wahl gegangen sind und Kandidaten der Nationalen Front gewählt haben, diese 99 Prozent der DDR-Bevölkerung? Die haben sich überhaupt nicht bewusst gemacht, dass sie in dem Moment den Staat stabilisieren. Ich habe zu meiner eigenen Schwester gesagt, sie habe mit ihrem Gang zur Wahl einen Baustein für meine Gefängnismauer geliefert. Dieses Sich-bewusst-Werden, wer an welcher Stelle in seinem eigenen Handeln diese Diktatur stabilisiert hat, ist eine Herausforderung für die nächsten Jahre, und da ist noch viel zu tun.

NÖLKE: Die Diskussion um die Frage Unrechtsstaat und auch das, was Sie gerade eingefordert haben, also den Blick stärker auf die eigene Biografie zu richten, ist natürlich auch mit der Frage verbunden, inwieweit derjenige oder diejenige zum Thema DDR mitreden können, die es nicht erlebt haben. Das betrifft zum einen die Westdeutschen, von denen verlangt wird, in der Diskussion um den Unrechtsstaat doch besser still zu sein. Aber das betrifft zum anderen auch die jüngere Generation. Frau Kliese, Sie waren neun Jahre, als die Mauer gefallen ist. Wie sehen Sie das? Kann man sich ein Urteil erlauben, wenn man es nicht selbst erlebt hat?

KLIESE: Mit dem Urteilen sollte man immer vorsichtig sein. Aber in erster Linie hat man die Pflicht und die Verantwortung, sich darüber zu informieren, was in dieser Zeit geschehen ist. Es ist ein Totschlagargument, zu sagen: »Du hast damals noch nicht gelebt«, oder: »Du hast auf der anderen Seite gelebt und kannst dich deswegen nicht dazu äußern.« Wir haben ja ganze Lehrstühle von Mittelalterhistorikern, die sich Urteile über das Mittelalter erlauben, ohne dass sie da gelebt haben.

Ich denke, es ist schon in Ordnung, dass man mitredet. Aber bevor man mitredet, sollte man erst einmal zuhören, zum Beispiel bei Veranstaltungen wie dieser. Ich gehöre natürlich zur Generation der Nachvollziehenden, aber gerade das gibt mir ja auch eine Verantwortung. Zum Beispiel die Verantwortung, die auch die 68er gespürt haben, als sie ihre Eltern gefragt haben, was sie damals gemacht haben. Mir fehlt es in der jetzigen Generation, dass diese Fragen gestellt werden und diese Gespräche in Familien stattfinden. Ich glaube, das wäre eine Form der Auf-



arbeitung, die ganz, ganz wichtig ist und die stattfinden muss. Kinder müssen ihre Eltern fragen, wie sie damals gelebt haben, was sie gegen das Unrecht getan haben oder ob sie es überhaupt als solches wahrgenommen haben. Und wenn es nicht wahrgenommen wurde, sollte man einfach mal gemeinsam eine Gedenkstätte besuchen.

NÖLKE: Herr Reiprich, wie verhält es sich mit den Besucherzahlen der Gedenkstätten, zum Beispiel in Sachsen? Auch wenn man Besucher- und Schülergruppen aus Westdeutschland und aus Ostdeutschland vergleicht.

REIPRICH: Das kann man von zwei Seiten sehen. Einmal von der realistischen Seite, das, was dem politischen Willen der Volksvertreter in Sachsen entsprechend finanziell möglich war. Da wurde sehr viel geleistet, und es gibt eine erfreulich positive Entwicklung, insbesondere auch in der Gedenkstätte Bautzen. Die Gedenkstätte kommt schon fast an die Grenzen ihrer Kapazität, wenn sie alle Wünsche erfüllen will, insbesondere den, junge Menschen über die Diktatur aufzuklären. Da gibt es im Zusammenspiel der Bedürfnisse der breiten Masse der Bevölkerung und dem Wollen der Politiker wirklich Handlungsbedarf, also auch Finanzbedarf.

Wenn man von einem idealen Standpunkt ausgeht, also von dem, wie man sich eine stärker zivilgesellschaftliche Zuwendung zum Opfer- und Unrechtsthema in den letzten 20 Jahren hätte vorstellen wollen, dann ist die Situation allerdings unbefriedigend. Denn es zeigt sich eben, dass die deutsche Gesellschaft eher täteraffin ist. Die DDR-Menschen wurden ja meistens durch Jugendweihe sozialisiert. Da gab es das Buch »Weltall – Erde – Mensch«. In dem wurde Goethe zitiert: »Du musst Hammer oder Amboss sein.« Aber: Wer will denn schon der Amboss sein? Wer will leiden, wer will Opfer sein? Man will doch lieber Hammer sein, der Tätige. Aber wenn man bei Goethe nachguckt, dann legt er diesen Gedanken einem Verbrecher, nämlich dem Teufel, in den Mund, als er versucht, die Menschen zu verführen. Was ich sagen will, ist: Wir sind bis heute eine Gesellschaft, die durch zwei Weltkriege und zwei Diktaturen tiefenpsychologisch geprägt ist; eine Gesellschaft, die immer noch keine Offenherzigkeit gegenüber den Opfern hat und die einfach zu ignorant und kaltherzig ist. Zur Illustration nur eine Zahl: Opern sind wunderbare Sachen. Aber warum muss in Deutschland eine Opernkarte mit 100 bis 400 Euro subventioniert werden, die Gedenkstätte Bautzen aber nur mit 12 Euro pro Besucher? Da liegt doch etwas schief.

NÖLKE: Ich möchte trotzdem noch einmal nachfragen. Sie waren ja vorher in der Gedenkstätte Hohenschönhausen stellvertretender Direktor. Wie haben sich denn da die Zahlen entwickelt, insbesondere mit Blick auf die ostdeutschen bzw. westdeutschen Schülergruppen? Ich möchte noch einmal auf die Frage hinaus, ob man sich im Westen auch ausreichend für DDR-Geschichte interessiert.

REIPRICH: Hohenschönhausen hat andere logistische und politische Voraussetzungen als die Gedenkstätte Bautzen oder generell andere spezifische Voraussetzungen als in Sachsen. Der Bundestag ist nahe, da kann man Bundestagsgruppen motivieren, und Abgeordnete können ihre Wahlkreise mobilisieren. Generell ist da diesbezüglich eine sehr erfreuliche Entwicklung zu bemerken, nämlich dass die Schülerzahlen exponentiell gestiegen sind. Vor etwa zehn Jahren gab es dort 30.000 bis 40.000 Besucher, dieses Jahr werden es 340.000 sein. Davon war früher ein Drittel Schüler, jetzt werden es fast zwei Drittel sein. Aber es gibt eine zweite Entwicklung, und die ist eher beunruhigend, nämlich die, dass die Mehrzahl der Schülergruppen aus Westdeutschland kommt. Das liegt nicht nur an den Bevölkerungsproportionen. Während die meisten aus Nordrhein-Westfalen oder Bayern kamen, war Sachsen-Anhalt die »rote Laterne«. Das heißt, auch im Schulwesen des alten Ostens gibt es noch Widerstände, sich mit Stasi-Verbrechen zu beschäftigen, und eine Art phobische Abwehrreaktion gegen Gedenkstättenbesuche.

NÖLKE: Roland Jahn, das hört sich für den Westen eigentlich ganz gut an. Interessiert man sich in Westdeutschland ausreichend für die DDR-Geschichte?

JAHN: Das Wort »ausreichend« ist natürlich nie anzuwenden. Ich denke, unsere Erfahrungen sind gut. Wir sind mit einer Wanderausstellung der Stasi-Unterlagen-Behörde unterwegs, auch in den westlichen Bundesländern. Dort stößt die Ausstellung auf großes Interesse. Nicht zuletzt, weil wir deutlich machen, dass die Stasi auch im Westen gearbeitet hat und dort auf Menschen eingewirkt hat. Auch dort gab es Menschen, die Opfer der Stasi wurden. Das interessiert die Menschen vor Ort. Aber es interessierten sie auch die grundsätzlichen Fragen, die wir in unserer Ausstellung behandeln. Uns ist es wichtig, deutlich zu machen, dass es um mehr geht. Nicht nur um den Blick zurück. Es geht uns auch darum, durch das Betrachten und Begreifen von Diktatur Demokratie zu gestalten. Es geht um Lebenshilfe, auch für junge Menschen, die ja Werte für ihr Leben und ihren Alltag entwickeln wollen. Die Frage, wann passe ich mich an oder wann widerspreche ich, muss man sich heute auch jeden Tag stellen. Deshalb ist es wichtig, aus den Erfahrungen der Diktatur etwas an Lebenshilfe mitzubekommen. Das ist unsere Herausforderung. Auch in den modernen Formen der Darstellung, auch mit Möglichkeiten der modernen Kommunikation.

Mir ist auch noch einmal die Frage der Opfer wichtig. Ich habe in letzter Zeit beobachtet, dass gerade in der Politik des Öfteren mit Blick auf die Opfer Fensterreden gehalten werden. Aber am Ende sind sie immer nur störend, weil sie immer wieder mit den gleichen Dingen kommen und immer wieder konkrete Probleme benennen. Ich habe es konkret erlebt: In meiner Antrittsrede habe ich klar und deutlich gesagt, dass die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit, die in dieser Behörde zur Aufarbeitung für die Staatssicherheit arbeiten, ein Schlag ins Gesicht der Opfer sind. Der Vorwurf, den ich mir anhören musste, war, dass ich mich zu sehr von den Opfern leiten lasse. Dass ich doch nicht nur Anwalt der Opfer sein könne. Das hat mich doch schon erschreckt. Man muss sich immer wieder klarmachen, warum wir diese Aufarbeitung machen. Das hat auch mit Wiedergutmachung für die Opfer zu tun, damit, die Verletzung der Opfer zu heilen. Ich mache immer wieder deutlich, dass ich Versöhnung möchte. Aber Versöhnung kann nicht verordnet werden. Den Zeitpunkt der Versöhnung und Vergebung können nur die Opfer bestimmen, wenn ihre Wunden verheilt sind. Deswegen müssen wir alles tun, damit diese Wunden geheilt werden. Dazu gehört auch, die Schläge ins Gesicht der Opfer zu beenden.

NÖLKE: Da Sie es gerade angesprochen haben. Es geht um 47 ehemalige Stasi-Mitarbeiter, die nach wie vor in der Stasi-Unterlagen-Behörde arbeiten und die



Sie nun aber versetzen lassen wollen. Wie zuversichtlich sind Sie, dass das realisiert wird?

JAHN: Ich bin natürlich in meinen Möglichkeiten als Bundesbeauftragter beschränkt, aber ich habe eine Stimme, die ich erhoben habe. Jetzt habe ich ein Gutachten in Auftrag gegeben, in dem die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen noch einmal klar abgesteckt werden, also die Frage, was mit den Arbeitsverträgen dieser Mitarbeiter ist. Sie haben ja immerhin fast 20 Jahre für die Behörde gearbeitet. Das ist nicht wegzuwischen, und ich habe vor dieser Arbeitsleistung auch Respekt. Aber – und das ist wichtig – man muss das Problem lösen. Und dass ich es rechtsstaatlich lösen möchte, zeigt schon das Gutachten, das ich in Auftrag gegeben habe. Denn ich betone immer wieder: Denen, die uns den Rechtsstaat vorenthalten haben, denen gönnen wir den Rechtsstaat. Wir saßen im Gefängnis, weil wir den Rechtsstaat haben wollten. Und deswegen werden wir den Rechtsstaat auch praktizieren, wenn wir die Möglichkeiten haben. Aber der Rechtsstaat ist herausgefordert, hier eine Lösung zu finden. Da die Arbeitsverträge nicht mit dem Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen, sondern mit der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen wurden, gibt es ja auch die Möglichkeit, dass diese Mitarbeiter an weniger sensiblen Stellen in Bundesbehörden arbeiten. Dort können sie täglich arbeiten gehen und das, was sie an Schuld auf



sich geladen haben, auch abarbeiten. Ich denke, das ist eine Lösung, mit der alle leben können.

NÖLKE: Vielleicht können Sie uns noch einmal sagen, wer diese 47 Mitarbeiter sind und was sie im Dienste der Stasi gemacht haben.

JAHN: Das sind 47 ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit, die es zu ihrem Beruf gemacht hatten, Teil dieses Unterdrückungsapparates zu sein. In der Mehrzahl haben sie beim Personen- und Objektschutz gearbeitet. Zum Teil sind es auch frühere Offiziere der Staatssicherheit, die teilweise eine juristische Fachausbildung an der Stasi-Fachschule in Potsdam-Eiche bekommen haben. Das sind also keine »kleinen Würstchen«, wie manchmal behauptet wird. Einer war zum Beispiel Major. Immer wieder muss ich darauf verweisen, dass es natürlich um eine differenzierte Darstellung von DDR-Biografien geht. Aber das Kriterium »hauptamtliche Mitarbeit für die Staatssicherheit« ist eines, von dem ich denke, dass solche Menschen nicht in dieser Behörde arbeiten sollten, weil es ein Schlag ins Gesicht der Opfer ist.

NÖLKE: Frau Kohl, in der »Süddeutschen Zeitung« wurde Roland Jahn von Heribert Prantl für seinen Vorstoß kritisiert. Was ist Ihre Meinung zu dieser Diskussion?

KOHL: Ohne Details zu kennen, kann ich an dieser Stelle schlecht eine rechtliche Bewertung abgeben oder dieses Rechtsgutachten, das jetzt eingeholt wurde, vorwegnehmen. Sicher steht – allein schon aufgrund des Zeitablaufs – die rechtliche

Situation auf der einen Seite, die politisch-moralische auf der anderen. Die Frage ist, ob es nicht möglich ist, im Gespräch mit Betroffenen einvernehmliche Lösungen zu finden. So habe ich Sie – jedenfalls nach den Zitierungen einiger Veröffentlichungen – ja auch verstanden, Herr Jahn. Es könnte ein Weg sein, wenn man Einsicht weckt und geweckt hat, das Problem symbolisch zu benennen und dann eine Lösung zu finden. Ansonsten wird man sehen müssen, was die rechtliche Prüfung ergibt. Am wenigstens erfreulich wäre es sicherlich, wenn sich daraus nun noch Rechtsstreitigkeiten ergäben, etwa um die Frage, ob eine Versetzung oder Änderungskündigung rechtlich gerechtfertigt ist oder nicht. Damit wäre niemandem gedient.

NÖLKE: Frau Kliese, wie sehen Sie das? Ab wann soll man, kann man, muss man sagen – auch bei den Leuten, die jetzt 20 Jahre ihren Dienst gemacht haben –, na gut, Schwamm drüber? Auch das ist ja eine Position, die immer mal wieder ins Feld geführt wird. Was sagen Sie dazu?

KLIESE: Ich denke, dass wir mit dieser »Schwamm-drüber-Mentalität« in den letzten Jahren auch Dinge salonfähig gemacht haben, die wir nicht hätten salonfähig machen dürfen. Wenn heutzutage in Wahlkämpfen bekannt wird, dass der eine oder andere Kandidat der Linkspartei bei der Staatsicherheit war, schockiert das keinen mehr. Mit dieser Erkenntnis kann man niemanden mehr abschrecken und keine moralische Diskussion mehr in Gang führen. Das finde ich sehr bedauerlich. Wir hätten in den vergangenen Jahren schon an der einen oder anderen Stelle ein bisschen deutlicher Position beziehen müssen, auch in meiner Partei. Ich glaube, es gibt Positionen im DDR-System, die es unmöglich machen, auch das heutige System zu repräsentieren. Ich habe im Landtag einen Kollegen bei der Linkspartei, den ich als solchen durchaus schätze. Er war zu DDR-Zeiten Leiter der Abteilung Staat und Recht der SED-Bezirksleitung. Das heißt, er war nicht nur bei der Stasi, sondern er war sogar der Stasi weisungsbefugt. Er leitet heute den Rechtsausschuss im Sächsischen Landtag. Das ist für mich ein Unding. Das ist für mich so ein Fall, wo ich glaube, dass wir eindeutig die Grenzziehung verpasst haben. Da müsste es aber auch bei diesem Kollegen und auch bei seiner Partei eine persönliche Schamgrenze geben, so etwas überhaupt von selbst anzunehmen.

NÖLKE: Herr Reiprich, da fragt man sich ja schon irgendwie, was in den letzten 20 Jahren bei der ganzen Diskussion schiefgelaufen ist. Hat Aufarbeitung überhaupt stattgefunden?

REIPRICH: Revolutionen haben es ja so an sich, dass es meistens danach eine Art Rückschlag, eine Art retardierendes Moment gibt. Auch die befreiten Sklaven

nach 1865 in den USA wollten erst einmal zurück auf die Plantagen ihrer alten Herren. Denn das ist ein uraltes menschliches Thema: die Furcht vor der Freiheit. Das war schon bei Moses und dem Auszug aus Ägypten so. Und Bob Dylan meinte ja, die Menschen hätten sich seit Moses nicht geändert. Das ist insofern nicht so schlimm. Es ist menschlich, dass es solche Rückschläge gibt.

Die Frage ist aber, wie die Politik und wie wir als Staatsbürger darauf reagieren. Was hier schiefgelaufen ist – und wir haben gerade ein paar Beispiele gehört –, hätte bei einer wacheren Gesellschaft und klügeren Politikern nicht schieflaufen müssen. Man findet im Internet unter dem Titel »Feindliche Brüder? Aufarbeitung von Kommunismus und Nationalsozialismus als Gegenwartsaufgabe« eine großartige Rede von Michael Wolffsohn, einem Historiker aus München. Er spricht darüber, was passiert, wenn man den Bock zum Gärtner macht. Und nach 1990 wurden viele Böcke zum Gärtner gemacht. Nicht nur aus Versehen, sondern komischerweise auch weil sich nach der Revolution die Böcke immer danach drängen, Gärtner zu werden. Dieser staatstragend nachrevolutionäre Impuls ist bei der Linkspartei besonders stark. Ich bedauere insbesondere – und das ist auch der Grund, weswegen ich 1992 aus der SPD ausgetreten bin –, dass die SPD nicht einen harten kompromisslosen Kampf gekämpft hat, um der ehemaligen SED den Markennamen demokratischer Sozialismus streitig zu machen. Das war ein schlimmer Fehler.

NÖLKE: Frau Kohl, fühlen Sie sich als Mitglied der SPD angesprochen und möchten Sie dazu etwas sagen?

KOHL: Bei einem solchen Diskussionspunkt fühlt man sich natürlich als Mitglied angesprochen. Ich denke nur, dass hier nicht der Ort ist, um die innerparteiliche Diskussion zu führen. Vor allem, weil sie dann ja 18 oder 20 Jahre zu spät käme. Ich bitte um Verständnis, dieses Thema hier nicht weiter zu vertiefen.

REIPRICH: Ich möchte nur noch einwerfen, dass keine Partei unter der kommunistischen Diktatur, was Haftleiden angeht, mehr gelitten hat als die SPD.

NÖLKE: Roland Jahn dazu?

JAHN: Ich glaube, wir müssen jetzt nicht über die Parteien reden. Sie sollen sich an die eigene Nase fassen und ihre Hausaufgaben machen. Die SPD hat es da ganz gut, sie hat keine DDR-Vorgänger-Partei. Aber zumindest die Parteien mit ihren Vorgänger-Parteien, auch die CDU, müssten die Rolle der Blockparteien einmal etwas mehr untersuchen. Und die Linkspartei sollte sich bewusst sein, dass sie die Nachfolgepartei der SED ist. Sie hat die besten Voraussetzungen, an der Aufklärung mitzuwirken und die Karten auf den Tisch zu legen. Denn sie war auch der Auftraggeber der Staatssicherheit. Das darf man nicht vergessen.

Mir ist wichtig, dass man das ganze Thema auch wegholt von der Reduzierung auf die Staatssicherheit. Die Frage von Verantwortung reduziert sich ja nicht auf Leute, die für die Staatssicherheit gearbeitet haben. Gerade solche Leute, die in der SED zum Beispiel Abteilungsleiter »Staat und Recht« waren – das ist schon was, was bis jetzt noch überhaupt nicht richtig beleuchtet wurde. Ich betone aber, bezogen auf das, was gerade diskutiert wurde: Auch solche Leute sollten eine zweite Chance haben. Jeder in diesem Land hat eine zweite Chance. Aber die zweite Chance heißt nicht, einfach zu sagen: »Entschuldigung, ich habe mich da vertan und jetzt bin ich Demokrat.« Wirklich bereuen heißt mehr. Es heißt, Schuld abzarbeiten. Und es gibt ganz wenige, die das wirklich tun. Bezogen auf die 47 Mitarbeiter der Staatssicherheit in der Stasi-Unterlagen-Behörde kann ich nur sagen: Wenn sie wirklich bereuen, dann würden sie die Empfindungen der Opfer ernstnehmen und würden an der Problemlösung mitarbeiten. Ich werde ihnen das auch sagen und bin gespannt, ob sie sich auf diesen Weg begeben oder ob es ihnen nur darum geht, eine sichere Anstellung zu haben, um Geld zu verdienen. Jeder hat es in der Hand. Und jeder hätte es in den letzten 20 Jahren schon tun können: wirklich bereuen und abarbeiten.

Manchmal ist es fast nicht mehr ganz so wichtig, was sie früher gemacht haben, sondern wie sie in den letzten 20 Jahren damit umgegangen sind. Denn mein Menschenverständnis ist es, dass jeder die Chance hat, einen neuen Weg zu gehen. Aber er muss klar und deutlich bekennen, dass der vorhergehende Weg ein Irrweg war, weil er menschenverachtend war und dazu beigetragen hat, Menschen zu unterdrücken. Davon muss man sich lossagen. Ein Bekenntnis zum Rechtsstaat heißt nicht nur, seine Vorzüge zu nutzen, sondern auch, ihn aktiv umzusetzen.

NÖLKE: Noch einmal zurück zur Frage des Umgangs mit der SED-Nachfolgepartei. Frau Kliese, wie wird das innerhalb der SPD-Fraktion im Landtag diskutiert?

KLIESE: Zunächst wäre das meines Erachtens eher defensive Verhalten der SPD in diesem Zusammenhang – was ich übrigens sehr bedauere – für mich kein Grund, aus der Partei auszutreten, sondern in der Partei zu bleiben und diesen Kurs innerhalb der Partei zu stärken. Das wird innerhalb der SPD im Landtag auch kontrovers diskutiert. Ich denke, es ist eine historische Verantwortung, die wir tragen gegenüber all unseren SPD-Mitgliedern, die zu DDR-Zeiten Repressionen ausgesetzt waren. Das heißt, es geht weniger um eine taktische Aussage, die wir bezüglich Wahlen machen sollten, sondern es ist eine Frage der Sittlichkeit.

NÖLKE: Geteiltes Land – geteilte Erinnerung. Ich würde gern noch einmal auf die

Frage zurückkommen, wie die jüngere Generation auf die Dinge blickt. Frau Kliese, kennen Sie in Ihrem Umfeld Generationenkonflikte, wo die Eltern vielleicht eng mit dem SED-Regime verbunden waren, es bis heute sind und mit Wehmut auf alte DDR-Zeiten zurückblicken und wo die Jungen sich davon abgrenzen und sich vielleicht sogar aus diesem Grund überworfen haben? Gibt es ein Generationenproblem? Wie nehmen Sie das wahr?

KLIESE: Das nehme ich überhaupt nicht wahr, weil es diese Gespräche nach meinem Empfinden selten gibt. Diese Konflikte entstehen gar nicht erst, weil das in meinem Bekannten- und Freundeskreis sehr wenig in Frage gestellt wird. Die Diskussionen finden einfach nicht statt. Es gibt ein großes Schweigen zu diesem Thema. Positive Ansichten über die DDR werden teilweise einfach kritiklos übernommen. Da gibt es viele Mythen, die weitergetragen werden. Sowohl von der Gleichstellung der Frau in der DDR, die ja nur aus rein volkswirtschaftlichen Gründen und zu einem hohen Preis erfolgte, als auch zum Verhältnis zu ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der DDR, das ja nun ganz anders war, als es heute dargestellt wird. Das wird oft alles kritiklos übernommen und die Auseinandersetzung dazu fehlt.

Ich kann gar nicht begründen, woran das liegen mag. Vielleicht liegt es an einem gewissen Harmoniestreben, das wir alle kennen, daran, dass wir ein gutes Verhältnis zu unseren Eltern haben wollen. Aber ich glaube, dass beides möglich sein muss. Es muss möglich sein, mit Eltern und der älteren Generation diese Gespräche zu führen, ohne dass man den Lebensweg der Personen in Frage stellt. Ich selber komme aus einem systemkonformen Haushalt, und es waren für mich sehr schwierige Gespräche, die ich da führen musste. Aber heute ist es für mich sehr schön, wenn ich mit meinen Eltern, die zu DDR-Zeiten Staatsbürgerkunde unterrichtet haben, zu einer Veranstaltung an der Uni gehe, wo ein Bürgerrechtler eine Vorlesung hält, und wir danach beide sagen können, dass wir viel dazugelernt haben.

NÖLKE: Das große Schweigen, das Frau Kliese festgestellt hat, erinnert ein bisschen an das, was wir nach dem Krieg in Deutschland erlebt haben. Kann man da Parallelen ziehen, Frau Kohl?

KOHL: Ein Stück weit sicher. Mir wäre aber dann umso wichtiger – wenn diese Gespräche schon in den Familien kaum stattfinden –, dass im Rahmen der Schule und sonstiger Bildungsinstitutionen versucht wird, zumindest auf diesem Weg die notwendige Wissensvermittlung, das Nachdenken und Diskussion anzuregen. In diesem Zusammenhang stehen sicher auch die bereits genannten Besuche in Gedenkstätten. Aber das kann ja kein Einzelereignis sein. Man gewinnt Kinder



und Jugendliche nicht damit, dass man einmalig einen solchen Ort besucht und erläutert. Das kann ja nur der Anstoß sein für weiterführende Diskussionen, beispielsweise über die Bedeutung von Recht, von Rechtsstaat, über die Bedeutung von Grundwerten und Grundrechten und wie sie dauerhaft garantiert werden können.

Man kann Kinder und Jugendliche für solche Themen durchaus gewinnen. Das zeigen die vielen Ansätze, die schon gemacht wurden und die versuchen, in neuen Formen solche Themen aufzugreifen und den Bezug zur Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen heute herzustellen. Das führt dann hoffentlich auch zu mündigen Staatsbürgern und stärkt das Sich-Einmischen und Sich-Beteiligen und auch die Wahlbeteiligung. Wir bedauern die mangelnde Wahlbeteiligung heute oft. Die ist nicht nur ein Phänomen in Ostdeutschland, sondern auch in den sogenannten alten Bundesländern. Das liegt ja nicht daran, dass die Leute mit allem so zufrieden wären und deswegen meinen, dass sie dort nicht hingehen müssen, sondern es spiegelt eine gewisse Unzufriedenheit und Desinteresse.

NÖLKE: Herr Reiprich, ist das, was in den Schulbüchern über die DDR gesagt wird und in den Schulen gelehrt wird, ausreichend? Man hat ja in den vergangenen Jahren immer mal wieder über Defizite beim Thema DDR-Geschichte an Schulen und Universitäten geklagt, und auch hier beim Bautzen-Forum wurde es schon thematisiert. Hat sich da etwas getan?

REIPRICH: Ja, da hat sich was getan, aber noch nicht genug und auch nicht immer das Richtige. Ich möchte an die Schröder-Studie erinnern, in der der Forschungsverbund SED-Staat untersucht hat, was Schüler heute über die DDR und die SED-Diktatur wissen. Da kommen wirklich hanebüchene Ergebnisse heraus. Ich habe auch in Hohenschönhausen erlebt, dass manche Schüler Willy Brandt für den Staatsratsvorsitzenden der DDR halten oder Erich Mielke für einen Müsliriegel. Allerdings ist das Geschichtswissen und auch die Fähigkeit, strukturiert in Zusammenhängen zu denken, bei jüngeren Schülergenerationen – nicht nur in Deutschland – ohnehin recht dürftig.

Es hat sich aber auch gezeigt, dass dort, wo Schüler sachlich und gut unterrichtet werden und Fakten genannt bekommen, die Verklärung und die Irrtümer nicht so stark oder gar nicht mehr vorhanden sind. Das heißt, Schule funktioniert, wenn man es richtig macht. Man kann zum Beispiel in Lehrpläne schreiben, dass Gedenkstättenbesuche (außerschulische Lernorte) zumindest einmal im Jahr dringend empfohlen oder auch angeordnet werden. Das können selbstverständlich auch NS-Gedenkstätten sein. Mir würde auch am Herzen liegen, dass wir uns wieder mehr – jenseits aller verständlichen Furcht, durch falsche Vergleiche zur Relativierung beizutragen – dem guten Geist von Hannah Arendt annähern und den totalitären Wahn des 20. Jahrhunderts in all seinen Formen zusammen denken. Wenn man das richtig macht, kommt man auch zu tiefgründigen Erkenntnissen tiefenpsychologischer Art, wie zum Beispiel die, dass im autoritären Charakter eines Volkes oder eines Landes die Möglichkeit verschiedener Formen der Diktatur schon als Nukleus angelegt ist. Und daraus kann man lernen, was wir heute in einer offenen Gesellschaft tun müssen, um diese zu erhalten. Denn Freiheit und Demokratie sind ja nicht selbstverständlich.

NÖLKE: Es ist ja auch nicht ganz einfach zu beantworten, wie viel Raum man in den Gedenkstätten der Aufarbeitung der NS-Diktatur und wie viel der Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen soll. Dabei stellt sich generell die Frage nach der Akzentuierung und natürlich nach den Fördermitteln von Seiten des Staates. Man weiß ja, dass die Opferverbände – das heißt die Opfer des Stalinismus und die des Nationalsozialismus – nicht immer einer Meinung darüber sind, wer wie viel Raum und Aufmerksamkeit zugebilligt bekommt. Das kulminierte schon vor ein paar Jahren im sogenannten sächsischen Gedenkstättenstreit, der weit über die Grenzen Sachsens bekannt wurde. Herr Reiprich, Sie sind jetzt seit eineinhalb Jahren der Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Wie zuversichtlich sind Sie, dass sie dieses Problem in den Griff bekommen und dass man sich innerhalb des Aufsichtsratsgremiums wieder an einen Tisch setzt?

REIPRICH: Ich bin in wachsendem Maße optimistisch, auch aus der Erfahrung meiner ersten 14 Monate. Es ist im Grunde das Einfache, was schwer zu machen ist. Man muss sich zusammensetzen – und man sitzt schon zusammen im Beirat Sächsischer Gedenkstätten. Da sind jetzt außer einem alle Opferverbandsvertreter wieder integriert und arbeiten wieder zusammen. Auch im Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten arbeitet die Jüdische Gemeinde Sachsens wieder mit. Da hat man sich verständigt, da findet man eine gemeinsame Sprache, die allerdings je nachdem, von wo man kommt, noch holprig ist. Die Vertreter von VVN/BdA, also der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und des Bundes der Antifaschisten, pflegen mitunter eine Diktion, die vom dimitroffschen Faschismusbegriff aus stalinschen Zeiten geprägt ist. Aber mit gutem Willen kann man sich verständigen, vor allem wenn man die Tatsachen akzeptiert und wenn man den Gesprächspartner, der in einer anderen Diktatur gelitten hat, zuerst einmal solidarisch als Menschen und Opfer anerkennt.

KOHL: Ich möchte aus Sicht der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie noch etwas ergänzen. Wir sind ja bundesweit tätig, und es gibt in allen Bundesländern mittlerweile regionale Arbeitsgruppen unseres Vereins. Die Frage, welche Aktivitäten regional im Vordergrund stehen, ist abhängig davon, an welche historischen Orte angeknüpft werden kann, welche Gedenkstätten bereits vorhanden sind und wo zu welchen Themen geforscht wird. Nach meiner Beobachtung ist es aber doch so, dass gerade in den letzten Jahren das Interesse an Themen der DDR-Geschichte deutlich stärker geworden ist, auch in den alten Bundesländern, und dass der Austausch wächst.

NÖLKE: Es gibt da ja immer den Vorwurf, dass man sich im Westen nach wie vor hauptsächlich an der Nazi-Diktatur und der Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit abarbeitet und die SED-Diktatur auch in den Schulbüchern eine geringe Rolle spielt.

KOHL: Ich kann das jetzt nur für Gegen Vergessen – Für Demokratie sagen. Dort kann man den Vorwurf nicht mehr mit Recht erheben. Die Furcht, die in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung bestand, muss man inzwischen nicht mehr hegen. Wie befassen uns in allen Regionen mit allen Themen. Dass es natürlich im Westen kaum Orte gibt, die diese doppelte Geschichte haben, die mancher Ort in Ostdeutschland hat, ist sicher so. Aber das Interesse, zu erfahren, was in Ostdeutschland aufgearbeitet wurde, was hier stattfindet, was vermittelt werden kann, ist im Westen inzwischen auch sehr stark.

NÖLKE: Roland Jahn, geteiltes Land, geteilte Erinnerung. Wie offen ist man in Westdeutschland für die Belange Ihrer Behörde? Welche Erfahrungen haben Sie



in den vergangenen zwei Monaten da gemacht?

JAHN: Man ist sehr offen für die Informationen, die wir über das Wirken der Staatssicherheit im Westen darbieten. Ich bin auch ganz optimistisch, dass das weiterhin so sein wird. Denn die Veranstaltungen, die ich bisher erlebt habe, waren sehr erfolgreich. Es ist immer eine Herausforderung, Menschen zu erreichen, die es selber nicht direkt erfahren haben. Aber dieser Herausforderung stellen wir uns, und auch da ist noch einmal eine Chance. Etwa bei der letzten Veranstaltung in Münster: Das ist ein Ort, an dem sehr viel Aufarbeitung des Nationalsozialismus betrieben wurde, und wir konnten auf dem aufbauen, was schon geleistet worden ist. Mir ist es wichtig, dass das nicht immer gegeneinandergestellt wird. Im Gegenteil, man kann schon bestimmte Mechanismen erkennen.

Ich möchte in Deutschland ein Klima haben, wo es möglich ist, dass Historiker in offenen Diskussionen auch Analogien feststellen und Mechanismen aufzeigen können, die Diktaturen an sich haben, ohne gleich immer in den Verdacht zu kommen, dass etwas gleichgesetzt wird. Unrecht ist immer subjektiv erlebt und Unrecht lässt sich überhaupt nicht gleichsetzen und direkt vergleichen. Es geht

vielmehr immer um die Mechanismen von Gesellschaften, wie sie funktioniert haben. Und da können wir auch in der Betrachtung der Diktatur der DDR lernen, indem wir die Betrachtung der Diktatur der NS-Zeit einbeziehen. Das Wichtige ist, dass wir nicht gegeneinanderstehen, sondern miteinander Aufarbeitung von Diktatur leisten.

NÖLKE: Vor 62 Jahren wurden die beiden deutschen Nachkriegsstaaten gegründet, vor 50 Jahren wurde die Mauer gebaut, vor 21 Jahren ist sie gefallen. Wird die Teilung Deutschlands – vielleicht am Ende dieses Jahrhunderts – irgendwann einmal nur noch eine Fußnote oder eine Episode in der deutschen Geschichte sein? Ist das Thema deutsche Teilung irgendwann einmal vorbei?

KLIESE: Das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Ich denke, dass eher das Gegenteil der Fall sein wird, weil die deutsche Teilung ja trotzdem überall noch an den Orten – sowohl räumlich als auch geistig – spürbar ist. Ich glaube, unsere Aufgabe liegt auch darin, nicht die Gegensätze zwischen Ost und West zu betonen, sondern die Erinnerung daran wachzuhalten, in welcher Situation sich die beiden deutschen Staaten damals befunden haben. Zum Beispiel, wie nah wir damals beim Mauerbau daran waren, dass aus einem Kalten Krieg ein heißer Krieg wurde. Das ist eine Situation, die wir uns heute nur noch sehr selten bewusst machen. Vor diesem Hintergrund hoffe ich sogar, dass das Thema noch lange in Erinnerung bleibt.

NÖLKE: Herzlichen Dank für die Diskussion über die Schwierigkeiten mit der Erinnerung an die SED im Osten, im Westen und zwischen Ost und West, über die geteilte Erinnerung im Jahre 50 nach dem Mauerbau und im Jahre 21 nach ihrem Fall. Ganz herzlichen Dank allen Podiumsteilnehmern!



Der Fall Gross. Im Kofferraum von Ost- nach Westberlin.

Ein Fluchtversuch endet im Stasi-Knast Bautzen II

Ausstellungseröffnung in Anwesenheit von CHRISTA und PETER GROSS
mit einer Einführung von SILKE KLEWIN und einem Grußwort von
LUTZ RATHENOW

SILKE KLEWIN: Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Möller, sehr geehrter Herr Reiprich,
herzlich heiÙe ich Sie alle im Rahmen des 22. Bautzen-Forums hier in der Gedenkstätte willkommen zur Eröffnung der Ausstellung »Der Fall Gross. Im Kofferraum von Ost- nach Westberlin. Ein Fluchtversuch endet im Stasi-Knast Bautzen II«. Ich darf Sie heute Abend auch im Namen von Matthias Eisel begrüÙen, was mir eine besondere Freude und Ehre ist. Denn die Abendveranstaltung im Rahmen des Bautzen-Forums findet traditionell als Kooperation zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten statt. An dieser Stelle auch mein Dank für die stets so angenehme Zusammenarbeit. Ganz besonders herzlich heiÙe ich Christa und Peter Gross willkommen. Ich freue mich sehr, dass Sie beide einmal wieder hier im Haus sind und dass Sie den weiten Weg aus der Schweiz zu uns genommen haben. Willkommen auch

Lutz Rathenow, dem ich ganz herzlich danke, dass er sich die Zeit nimmt, die Ausstellungseröffnung heute Abend durch ein Grußwort zu bereichern.

»50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem ›antifaschistischen Schutzwall‹ – so der Titel des diesjährigen Forums. 1.378 Kilometer war sie lang, die innerdeutsche Grenze inklusive der Mauer zwischen Ost- und Westberlin. Die einzige Grenze der Welt, die nach innen gerichtet war. Von der SED errichtet, um die DDR-Bürger von der Flucht abzuhalten und so das Ausbluten des Landes zu verhindern. Die Staatsgrenze der DDR bestand aus einem fünf Kilometer langen Sperrstreifen, Selbstschussanlagen, Minen und Grenzschützern mit Schießbefehl. Trotzdem sind die Versuche, aus der DDR über diese Grenze zu entkommen, fast unzählbar. Die Zahlen sind noch immer ungenau. Mindestens 1.000 Tote sind zu zählen bei dem Versuch, die DDR zu verlassen. Zigtausende bezahlten ihren Versuch, aus der DDR zu fliehen, mit entbehrungsreichen, qualvollen Jahren der Haft. Viele der Anwesenden haben am eigenen Leibe spüren müssen, was es hieß, vom SED-Regime verfolgt und inhaftiert zu werden. So auch Christa und Peter Gross. Das traurige Jubiläum des Mauerbaus nehmen wir zum Anlass, um diese Ausstellung, die Sie hier im Hauptzellentrakt des Stasi-Gefängnisses sehen, erneut zu präsentieren. Erarbeitet haben wir sie gemeinsam mit Christa und Peter Gross im Jahr 2000. Die Ausstellung war bereits auf Wanderschaft. Da sie aber gar nichts an Aktualität verloren hat, haben wir uns entschieden, sie erneut auch in diesem Haus zu zeigen.

Julius Fučík, meine Damen und Herren, war selbst Häftling dieses Hauses. Allerdings zu ganz anderer Zeit und unter einem Regime, in dem andere Bedingungen herrschten. Er hat uns sein Vermächtnis hinterlassen. Ich möchte aus seiner »Reportage unter dem Strang geschrieben« von 1942 zitieren: »Um eines bitte ich. Ihr, die ihr diese Zeit überlebt, vergesst nicht. Vergesst die Guten nicht und nicht die Schlechten. Sammelt geduldig die Zeugnisse über jene, die für sich und für euch gefallen sind. Eines Tages wird das Heute Vergessenheit sein, wird man von der großen Zeit und von den namenlosen Helden sprechen, die Geschichte gemacht haben. Ich möchte, dass man weiß, dass es keine namenlosen Helden gegeben hat. Dass es Menschen waren, die ihren Namen, ihre Gesicht, ihre Sehnsucht und ihre Hoffnung hatten und dass deshalb der Schmerz auch des Letzten unter ihnen nicht kleiner war als der Schmerz des Ersten, dessen Namen erhalten bleibt. Ich möchte, dass sie alle euch immer nahe bleiben, wie Bekannte, wie Verwandte, wie ihr selbst. Sucht euch wenigstens einen von ihnen heraus und erinnert euch.« In diesem Sinne möge auch die Ausstellung die Geschichte von Christa und Peter in unserer Erinnerung verankern.

Ich bitte jetzt Lutz Rathenow um sein Grußwort. Er ist Lyriker und Prosaautor, mit zahlreichen Preisen geehrt, unter anderem mit dem Konrad-Adenauer-Preis für Literatur der Deutschland-Stiftung. Aber er ist heute in seiner ganz neuen Funktion hier. Im März 2011 wurde er zum Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen des Freistaates Sachsen erkoren, seit dem 1. Mai ist er im Amt. Danke, dass Sie sich die Zeit für ein Grußwort nehmen.

LUTZ RATHENOW: Meine Damen und Herren, liebe Veranstalter, liebe Haftkameraden, Erinnerungen sind eine tückische Sache. Die einen haben zu viel, andere zu wenig. Und viele erinnern sich anders, als es die Realitäten manchmal eigentlich erfordern. Normalität ist ein Schlüsselwort, mit dem Erinnerungen oft glatt gebügelt, verdrängt, ja verdammt werden. Und dann gibt es Dinge, die helfen, Erinnerungen wachzuhalten, zu reaktivieren. Die helfen, konkret zu werden und anderen Erinnerung zu vermitteln. Dazu braucht es eine Wahrnehmungskompetenz, eine Erinnerungslust, und im glücklichsten Fall erwächst daraus eine Beurteilungskompetenz.

Vor ein paar Tagen hat ein Freund von mir, einer der wenigen Deutschen, die das Privileg haben, dass eine Behörde nach ihrem Namen benannt wird, hat also Roland Jahn gesagt, es brauche ein Denkmal für die Opfer der DDR-Repression, für die Opfer der kommunistischen Verfolgung in der DDR. Dieses Denkmal solle am besten in der Nähe des Reichstags stehen. Roland Jahn hat in den letzten Tagen schon mehrere sehr interessante und aus meiner Sicht gute und oft notwendige Vorschläge gemacht. Aber hier bin ich etwas anderer Meinung. Sicher würde so ein Denkmal bei den Bundestagsabgeordneten nichts schaden, es wäre sogar vielleicht nützlich. Jahn sagt, es müsse nicht groß sein, es solle aber an einem zentralen Ort in der Hauptstadt zur Auseinandersetzung mit der Diktatur provozieren. Ja, aber warum in der Hauptstadt? Da, wo ohnehin schon viele nützliche und manchmal sogar gelungene Denkmäler und andere Erinnerungsanreger stehen. Ansonsten gibt es so ein Denkmal dieser Intention in Jena. Ich kenne wichtige Erinnerungsgedenkortage in Leipzig und anderen Städten. Denn eigentlich sind die Orte des Gedenkens die Gedenkstätten. Und in allererster Linie sollte man in einflussreicher Weise Initiativen entwickeln, die noch mehr Menschen an und in diese zentralen und manchmal abseits liegenden Gedenkstätten hineinführen und verführen. Dass noch mehr Menschen zum Beispiel nach Bautzen kommen. Oder nach Hoheneck, wo es dringend einer Gedenkstätte bedarf.

Sachsen ist hier eben nicht nur ein Bundesland neben anderen. Die Bedeutung für die deutsche Einheit, für die Entwicklung dahin konzentriert sich in diesem



Bundesland. In dem Sinne erinnert natürlich dieser Ort hier erst einmal sehr an die Authentizität dieses konkreten Ortes. Auch wenn Authentizität mitunter eine künstlich erzeugte sein muss. Denn Geschichte ist nie eins zu eins zu rekonstruieren. Die wirklichen Erlebnisse und Gefühle, die wir in bestimmten Situationen hatten, sind so, wie wir sie erlebten, für andere nie deckungsgleich nachvollziehbar. Wir können uns dem nur annähern. Wir können sie durch Vergleiche, durch Verdichtung, durch eine kluge Art der Verkürzung von Geschichte lebendig werden lassen, sodass der andere sich dann die Dinge vorstellen kann, als ob er sie selbst erlebt hätte. Selbst erlebt haben wird er sie nie. Orte wie die Gedenkstätte Bautzen sind durch nichts zu ersetzen. Ich finde, in Berlin fehlt noch eine Erinnerungsbox, die an die Aktivitäten in Plauen, Leipzig, Dresden und vielen anderen Orten am Ende der DDR erinnert. Sodass Leute Lust bekommen, diese Orte zu besuchen und auch die Gedenkstätten dort aufzusuchen. So ähnlich stelle ich mir auch ein Denkmal vor dem Reichstag vor, das also vielleicht kein traditionelles Denkmal sein muss, sondern ein Ort, von dem aus Busse an die verschiedenen Erinnerungsstätten der DDR und darüber hinaus, warum nicht auch nach Osteuropa, fahren.

Insofern erinnert dieser Abend an diese eine Tatsache, und er erinnert in dieser Ausstellung natürlich an das Bauobjekt der DDR, in dem sich ihre politische

Identität äußerlich ausdrückte: die Mauer. Übrigens ein verharmlosender Begriff. Wir merken es vielleicht gar nicht einmal so sehr. Man muss mit Leuten von sehr weit reden, die aus anderen Erfahrungszusammenhängen kommen, die bei dem Wort »Mauer« nicht an das denken, was dieses Bauwerk, was das Prinzip Abgrenzung und was eine menschenverachtende Komponente des bedarfsgerechten Tötens von Leuten, die diese Mauer überwinden wollten, bedeutet. Uneingeweihte Menschen können in dem Wort »Mauer« diese Grenzbefestigungsanlage mit den Minen und den Selbstschussanlagen gar nicht wiederfinden. Das hat schon mit einer realpolitischen Gleichgültigkeit ihr gegenüber zu tun, die wir in der Politik auch feststellen konnten. Und doch wurde diese Nichtnurmauer von Anfang an auch in Frage gestellt. Die Menschen, die sie am meisten in Frage stellten, waren die, die versuchten, die DDR zu verlassen. »Die einzige würdige Art, die DDR zu verlassen, war immer die Flucht«, schrieb einmal ein Autor, der nie geflohen ist. Gleichzeitig verweisen diese Ausstellung und die Lebensgeschichte dahinter auf eine große Normalität von Menschen, die gar nicht politisch sein mussten, um sich aus verschiedensten Gründen in Zusammenhänge zu begeben, die sie dann zur Planung einer solchen Flucht brachten.

Wenn es gelang, hat jemand sein im Grunde vorher unpolitisches Leben unter neuen, westlichen Vorzeichen fortgesetzt. Er hat auch Dinge zurückgelassen, was schmerzt hat. Vielen ist diese Entscheidung sicher nicht leicht gefallen. Und manchen, die diese Entscheidung nie gefällt haben, so wie ich zum Beispiel, sind sicher zu leichtfertig mit den Menschen umgegangen, die den Westen erreichen wollten und nicht wie in der späten DDR häufiger die Methode des Ausreiseartrags wählten. Natürlich ist die permanente Störung der DDR-Politik an dieser zentralen Frage der Mauer als Ort der Abgrenzung ein Infragestellen des Selbstverständnisses des Staates. Ob man es wollte oder nicht wollte. Ob man es aus privaten, aus Konsummotiven oder aus elementarer Not der politischen Verfolgung und anderer Drucksituationen wollte. Ich betrachte es auch als eine meiner Aufgaben, die Sensibilität gegenüber den verschiedenen Drucksituationen in der DDR, und nicht nur dort, zu erhöhen. Ich hörte erst vor kurzem von einer älteren Dame, die von ihrem Freund in einem Altersheim sprach, der sich dort schikaniert fühlte. Ich verstand das gar nicht gleich. Es spielte sich in einem Heim in Ostberlin ab, in dem auch mehrere ehemalige politische Funktionäre und sogar Strafvollzugsbeamte aus DDR-Zeiten wohnten. Der Freund war ehemaliger politischer Häftling. Da sich die unterschiedlichen politischen Orientierungen in den Gesprächen dort abzeichneten, haben diese ehemaligen staatsnäheren alten Menschen – laut der Dame – den ehemaligen Gefangenen durch das Absingen

von DDR-Politliedern permanent zu nerven versucht. Ich will das Wort »quälen« jetzt nicht anwenden. Das könnte sehr lustig sein, wenn es lustig wäre. Und selbst, wenn die Episode so nicht ganz stimmen würde und wenn sie noch andere Hintergründe hätte, zeigt sie auf jeden Fall eines: die Möglichkeiten, wie Echos aus der Vergangenheit in der Gegenwart tückische Nebenwirkungen entfalten können. Wenn man die Vergangenheit nicht möglichst exakt erfasst und durch Benennung bändigt, dann verselbstständigen sich diese Geschichten und führen zu neuen Ungerechtigkeiten. Dann vervielfältigt sich die DDR durch ihren Tod in einer merkwürdigen Weise – und es bleibt vor allem die Neurosensammlung aus dieser Zeit übrig.

An diesem Ort wird der Umgang mit Geschichte ständig neu geübt und er hat zwei Ebenen: Die eine Ebene ist die, dass die Authentizität bestimmter Darstellungsformen der Wirklichkeit damals einfach gewahrt bleiben muss. Es muss schon so sein, wie es früher war. Das Problem ist natürlich: Wann war etwas wie? Die Bedingungen der Haft, die ich 1980 in Hohenschönhausen kennenlernte, waren luxuriös im Vergleich zu dem, was viele von Ihnen erlebt haben. Man muss das Nebeneinander, die Veränderungen, die Steigerungen, die Vertuschungen mit darstellen. Das geht nicht ohne Verfremdung. Und es ist eine ständige Arbeit zwischen den Zeitzeugen – die für mich unerlässlich sind – und den abstrahierenden und hoffentlich auch provozierenden Gedenkstättenmitarbeitern. Ich werde daran arbeiten, dass Erinnerungen aufgezeichnet werden, dass sie vielleicht auch einmal in digitalisierter Form für Presse und Rundfunk nutzbar sind. Auf dieser Ebene des Authentischen darf dann natürlich auch gespielt werden. Es darf erweitert und assoziiert werden. Es sollen Theaterleute hier ein Stück aufführen dürfen. Es kann Videoinstallationen geben. Wenn man es sehr verantwortungsvoll macht, wird es vielleicht auch einmal einen Comic, ein Manga oder eine Graphic Novel über Bautzen geben. Warum nicht? Etwas, das es jüngeren Generationen erleichtert, die Erlebniszufähigkeit zu gewinnen. Denn im Moment verändert sich etwas in unserem Erlebnishintergrund. Da meine ich weniger meine Generation, sondern die meiner Söhne, die in einer optischen, virtuellen Welt aufwächst. Diese Welt wird sich alle Geschichte von vorher noch einmal neu übersetzen.

Ich glaube, es braucht beide Ebenen: die unbedingte Authentizität und das erweiternde Spiel damit. Was Sie zur Erinnerungskultur beitragen, auch was ich gestern in der Kapelle gesehen habe, das halte ich für sehr wichtig. Sicher werden einmal solche Zeugnisse der Auseinandersetzung, der versuchten eigenen Bewältigung des Erlebten selbst schon zum Zeitzeugnis werden. Selbst wenn



dann ein Modell eines mehr als ziemlich überbelegten Schlafsaales nicht aus der ursprünglichen Zeit stammt, sondern viel später rekonstruiert wird – so gehört dieses Dokument in die Ausstellung. Darüber wird es immer wieder Gespräche geben müssen, die authentische Sicht muss unbedingt eingebracht werden, solange sie einbringbar ist.

Die zweite Mauer, an deren allmählichem Abtragen ich mitwirken möchte, ist die aus den Akten der Staatssicherheit, diese 130 Kilometer Akten. Jeder darf übrigens seiner Akte einen Kommentar hinzufügen, es könnten also noch mehr Seiten werden – zu denen sowieso die neu zusammengesetzten aus den vorverrichteten Säcken kommen. Ich schliesse mit einer Episode aus der linken Wochenzeitung »Freitag«, in der ich etwas über die Probleme und Ängste der Staatssicherheit vor der letzten Volkszählung in der DDR gelesen habe. Die Staatssicherheit hatte nämlich Angst, dass ihre konspirativen Wohnungen auf-fliegen, und musste lauter Verdeckungsaktivitäten entwickeln, die auch wieder die ganze ökonomische Ineffizienz des Systems entblößten.

Ich freue mich, dass die Akteure dieser Flucht nicht ihren Humor verloren haben. Und erinnere, dass solche Fluchten aus der DDR kleine, konkret realisierte Utopien von der Überwindungsmöglichkeit eines Systems durch die Lebenswirklichkeit darstellten.

SILKE KLEWIN: Wir möchten Ihnen nun in Form eines Gesprächs mit Christa und Peter Gross die Geschichte der beiden erzählen. Christa Feurich und Peter Gross lernen sich 1973 in Ostberlin kennen. Peter ist als Koch des Schweizer Botschafters in Ostberlin tätig. So haben die beiden sich in der DDR kennen- und lieben gelernt. Da Peter Gross zum technischen Personal des Botschafters gehört, hat sein PKW ein besonderes Zeichen, ein CI-Kennzeichen, das es ihm erlaubt, die Grenze relativ problemlos zu passieren. Im November 1974 können die beiden unbehelligt die Grenze in Berlin passieren und erleben einen gemeinsamen Abend in Westberlin, kehren wieder zurück, weil sie den Ausflug erst einmal brauchten, um Sicherheit für einen geplanten Fluchtversuch zu gewinnen. Der nächste Fluchtversuch auf die gleiche Weise, Christa Feurig im Kofferraum eines Mini Coopers, führt dann zum Desaster. Die beiden werden an der Bornholmer Straße festgenommen und zu langen Haftstrafen verurteilt, zu fünf und viereinhalb Jahren. Sie verbüßen ihre Strafe dann hier in Bautzen II. Zu den einzelnen Verstrickungen und Erlebnissen würde ich euch lieber selber befragen. Das Thema des Bautzen-Forums ist ja das Leben mit dem sogenannten »antifaschistischen Schutzwall«. Deswegen würde ich euch gerne fragen, wie denn das Leben in der DDR in den 70er-Jahren aussah.

CHRISTA GROSS: Als Kind und in der Jugend hat man das nicht gemerkt. Ich war bei den Jungen Pionieren und bei der FDJ, ich habe dann eine Lehre gemacht und habe studiert. Wenn man dann erwachsen wird, bildet man sich seine eigene Meinung. Und man hat so langsam mitgekriegt, dass nicht alles stimmt, was uns da vermittelt worden ist. Ich habe dann die DDR als ein großes Gefängnis empfunden. Und wenn man jung ist, hat man einen größeren Freiheitsdrang. Ich habe viele Bücher gelesen. Und ich habe gedacht, ich könne nie in Paris vor dem Eiffelturm stehen oder in Ägypten vor den Pyramiden. Dann kam noch die Drangsalierung im Berufsleben dazu. Ich habe in der Blutspende die Sterilabteilung geleitet und Angestellte unter mir gehabt. Dazu sollte ich noch Zeitschau und politische Abende machen. Dieses Gängeln und dieser Zwang waren für mich unerträglich. Um in der DDR weiterzukommen, musste man in der Partei sein oder durfte zumindest nicht unangenehm auffallen. Dann war es in der DDR auch sehr spießig und langweilig. Wenn man jung ist, will man doch viel mehr erleben. Das alles war für mich der Grund zu fliehen. Es ist natürlich eine sehr schwere Entscheidung, wenn man Familie, Freunde und alles zurücklässt. Das ist ein Prozess, der reifen muss. Je älter man wird, desto mehr möchte man sein Leben in die eigenen Hände nehmen. Und ich wollte dann überwiegend meine Freiheit.

Klewin: Peter, wie kommt man eigentlich auf die Idee, in die DDR zu gehen, um dort an der Botschaft zu arbeiten?

PETER GROSS: Ende der 60er-Jahre wollte ich wissen, was der Eiserner Vorhang und der Kalte Krieg ist und wie überhaupt die Berliner Mauer aussieht. 1969 habe ich im Kino in Zürich den Film »Der Arzt von Stalingrad« gesehen. Zu Hause habe ich dann nachgeschaut, wo das eigentlich liegt. Am nächsten Tag bin ich ins Reisebüro gegangen, habe meinen Pass und etwa 20 Passfotos mitgenommen und wollte eine Hin- und Rückfahrkarte 1. Klasse von Zürich nach Stalingrad, das heißt heute Wolgograd. Nach vier Monaten hatte ich alles zusammen und dann fuhr ich endlich los. Die Reise führte mich über Wien, Budapest, Bukarest, Kiew, Moskau, dann nach Wolgograd und nach einer Woche wieder zurück nach Moskau, Smolensk, Warschau. Und das erste Mal fuhr ich in die DDR, über Dresden nach Ostberlin, wo ich mich zwei, drei Tage aufhielt. Dann hatte ich die ersten Kontakte, man hat die Berliner Mauer mal von der anderen Seite gesehen. In den Folgejahren, von 1970 bis 1973, war ich öfters in Dresden, Ostberlin und Leipzig. 1973 ging ich als Küchenchef nach Amerika. Und als die Saison zu Ende war, kam ich nach einer Amerikarundreise, die mich auch über Hawaii führte, wieder zurück in die Schweiz. Ich hatte kein Geld mehr, kaufte mir die Gastro-Zeitung, in der folgendes kleines Inserat stand: »Privatkoch in Diplomatenhaushalt in Ostberlin gesucht«. Dann dachte ich, das könnte eine abenteuerliche Stelle sein. Ich habe auf dieses Inserat geschrieben. Und aufgrund meiner »Osterfahrgang« habe ich diese Stelle bekommen. Meine Aufgabe war, für das Botschafterehepaar zu kochen, die Diplomatendinner zu organisieren, Cocktailpartys zu machen, Rasen zu mähen, mit dem Hund spazieren zu gehen und zu schauen, dass niemand in die Residenz des Schweizer Botschafters in Niederschönhausen reinkam. Dann hatte ich natürlich auch immer früh Feierabend. Man ging oft in den Ausgang, man lernte viele Mädels kennen. Eines Tages in 1974 lernte ich Christa im Café Nord in der Schönhauser Allee kennen.

KLEWIN: Wie seid ihr dann aber auf die Idee gekommen, diesen »Ausflug« zu unternehmen, also mit deinem Wagen nach Westberlin zu fahren? Das klingt tollkühn.

PETER GROSS: Ja, am Anfang hatte ich noch gar kein Auto. Da habe ich zuerst einmal die Fahrschule auf einem Wartburg in Ostberlin gemacht. Das war für mich natürlich viel billiger, das kostete mich etwa 300 Ostmark. Dann habe ich einen Mini Cooper von Freunden gekauft, der damals etwa 3.500 Franken gekostet hat. Einen Größeren konnte ich mir nicht leisten. Dann dachte ich, ich

könnte diese Grenze vielleicht einmal mit dem Mini Cooper bezwingen. Wie du schon erwähnt hast, hatte ich eine spezielle Nummer. Und ich hatte einen Ausweis vom Außenministerium der DDR, der mich von den Kontrollen befreite, und ich konnte immer auf der Diplomatenspur über alle Übergänge von Ost nach West oder wieder zurück fahren. Das ging eigentlich ganz gut, ich wurde nie kontrolliert. Dann habe ich eben den Vorschlag gemacht, nachdem wir uns ein halbes Jahr kannten, dass man doch mal auf dem Ku'damm bummeln gehen könnte. Das hat dann auch geklappt. Aber ich hatte natürlich meinen Vertrag und habe ihr gesagt, dass ich den Vertrag noch ein halbes Jahr einhalten muss. Wenn sie jetzt gleich drüben geblieben wäre, dann wäre der Verdacht sofort auf mich gefallen. So ist sie natürlich wieder mitgekommen. Am 1. Februar 1975 wollte ich sie dann endgültig drüben lassen, was dann aber leider schiefgegangen ist.

KLEWIN: Noch einmal zurück zu diesem ersten Versuch. Man steigt ja nicht so einfach in den Kofferraum und fährt aus der DDR. Wie war das für dich?

CHRISTA GROSS: Für mich war es natürlich eine große Entscheidung. Die Fluchtgedanken hatte ich ja schon vorher, bevor ich Peter überhaupt kennengelernt hatte. Mit ihm war es natürlich eine Möglichkeit, und er hat mir immer gesagt: »Das ist ganz einfach, die dürfen mich gar nicht kontrollieren, komm, wir machen das mal.« Er wollte an dem Wochenende – und das hat er auch getan – eine Freundin von einem Bekannten überbringen, die dann in Westberlin geblieben ist. Für mich war das dann so ein Test: Überwinde ich meine Angst? Habe ich den Mut, wirklich einzusteigen? Ich habe es dann einfach probiert. Und dann sind wir einfach mutig geworden und haben gemerkt, hoppla, das geht ja ganz leicht. Mit seiner Nummer war das wirklich gar kein Problem. Und zurück war sowieso kein Problem. Dann ist man mutig geworden und war auch irgendwo stolz, denn wir haben ja die Grenze überwunden. Das war wie ein Kick, dass man gesagt hat, das ist toll, ja, wir haben die an der Nase herumgeführt.

KLEWIN: Was ist bei der nächsten Fahrt dann schiefgelaufen?

PETER GROSS: Ja, man hatte sehr viele Freunde und Bekannte – oder man hatte die falschen Freunde oder zu viele Freunde. Einer von den Freunden ist dann zur Stasi gegangen und hat gesagt, es könnte sein, dass ich sie mal mit rüber nehme. Daraufhin wurde eine Operation gestartet, die »Bahnhof« hieß.

Christa Gross: Und aufgrund dessen haben sie uns natürlich viel intensiver beobachtet, und dadurch wurden wir dann kontrolliert. Ohne diese Anzeige wäre es nicht aufgefliegen. Und sie haben der Staatssicherheit auch zugearbeitet, damit es zur Verhaftung kommt, sie haben ihn speziell ausgehorcht, wo fährst du da hin, was machst du dann?



PETER GROSS: Man wusste ja, dass man beobachtet wird. Auch vor der Residenz gab es immer ein Wachhäuschen, und irgendwo gab es auch ein Dokument, wo jede Fahrt minutiös dokumentiert wurde. Es wurde auch aufgeschrieben, wenn man mit dem Hund laufen gegangen ist. Wenn sie mal in der Nähe auf mich gewartet hat, hat das auch irgendjemand gesehen.

CHRISTA GROSS: Und trotzdem war die erste Fahrt ja gutgegangen. Die zweite dann nicht. Aber das war der Grund gewesen. Das haben wir dann nachher auch in den Unterlagen gesehen.

KLEWIN: Die nächsten Schritte: Festnahme, U-Haft. Wie habt ihr das erlebt?

CHRISTA GROSS: Als wir an der Grenze verhaftet wurden, habe ich ja zuerst nur seine Stimme gehört. Als er den Befehl bekam auszusteigen, hörte ich ihn nur fragen: »Ist das jetzt neu?« Dann ist es für mich wie ein Film abgelaufen. Tausend Gedanken: Jetzt ist es schiefgegangen, jetzt kommt halt Gefängnis, da musst du jetzt durch. Von da an bin ich richtig hart geworden und dachte, das muss ich jetzt auch schaffen. Dann musste ich aus dem Auto aussteigen und noch mal einsteigen. Da wurden diese Fotos gemacht. Dann standen wir noch so nebeneinander und ich habe nur zum Peter gesagt: »Hol mich hier raus!« Denn ich habe gewusst, dass ich als DDR-Bürgerin nicht unbedingt in den Westen freigekauft werde und er als Schweizer aber wieder rauskommt und von der Schweiz aus Druck machen kann. Dann hat er gesagt: »Ich verspreche dir das.«

Danach haben sie uns sofort auseinandergezogen. Dann wurde er abgeführt und musste in so ein Häuschen und dann ich. Dann wurden wir einzeln im Personenwagen nach Hohenschönhausen gefahren. Also nicht in der Minna, sondern wir durften im offenen PW die Einfahrt »genießen«.

KLEWIN: Hattest du denn gehofft, dass du als Schweizer vielleicht ganz davonkommst, ohne Gefängnis?

PETER GROSS: Ja, ich dachte zuerst, dass sie mich ja gar nicht kontrollieren dürfen. Und ich habe auf der Bornholmer Brücke mit denen diskutiert. Alle Türen waren abgeschlossen, die Fenster waren nur ein Stück offen. Nach einer halben Stunde habe ich dann gedacht, das Spiel ist aus, es hat doch keinen Sinn, und bin dann ausgestiegen. Ich wusste aber vorher schon, dass in der Schweiz ein DDR-Agentenehepaar verhaftet wurde, das ziemlich viel auf dem Kerbholz hatte. Damals dachte ich, wenn mir was passiert, dann gibt es eben einen Austausch und nach drei oder vier Monaten bin ich wieder drüben. Man war dann schon ein wenig geschockt, als man nach Hohenschönhausen gekommen ist. Dann konnte man so langsam ahnen, dass der Weg nach draußen in die Freiheit doch etwas länger dauern könnte.

KLEWIN: Ihr wurdet dann in getrennten Prozessen verurteilt. Im Urteil steht: »Die Handlungen des Angeklagten Peter Gross sind von erheblicher Gesellschaftgefährdung.« Fünf Jahre ist ja trotzdem ein sehr hohes Urteil und viereinhalb Jahre auch. Konntet ihr euch erklären, wie das zustande kam?

CHRISTA GROSS: Ich hatte den Prozess ja in Dresden. Vor der Urteilsverkündung hat mich der Anwalt zur Seite genommen, das war der Vertreter von Herrn Dr. Vogel, und hat gesagt, ich soll nicht erschrecken, das Urteil fällt höher aus. Dr. Vogel hatte mir immer gesagt, in Berlin rechnen sie immer so mit zwei oder drei Jahren wegen mehrfacher Grenzverletzung. Aber der Anwalt hat noch gesagt, ich werde gleich nach dem Prozess nach Westberlin abgeschoben. Und da war ich dann irgendwie erleichtert. Als ich aber viereinhalb Jahre hörte, habe ich gedacht, na ja, ist ja nicht so schlimm. Das hat dann aber gedauert. Ich wurde in die Schießgasse gebracht, wo die Leute in den Strafvollzug verteilt wurden. Dort saß ich über drei Monate und es geschah nichts. Das kam mir dann schon ein bisschen komisch vor. Danach wurden wir nach Bautzen gebracht. Ich wurde mit dem Grotewohl-Express transportiert. Im Zug wurde mir ganz hämisch gesagt: »Sie wissen, dass Sie nach Bautzen kommen?« Ich dachte, in Bautzen gibt es nur ein Männergefängnis. Ich dachte, ich könnte ihn besuchen, weil ich das über den Anwalt mal angestrebt hatte. Dann wurde mir aber hier in Bautzen gesagt, dass ich jetzt im Strafvollzug sei. Da brach noch einmal eine Welt zusammen. Da habe

ich gewusst, das hat nicht geklappt. Die Schweiz wollte den Austausch nicht machen, obwohl die DDR den Austausch sofort gerne gehabt hätte. Das Urteil wurde angeglichen an das Urteil des Spionagehepaares, weil sie gehofft hatten, dass der Austausch stattfinden kann, wenn unser Urteil auch so hoch ist. Wir haben nachher in den Unterlagen gesehen, dass handschriftlich das ursprüngliche Urteil von drei Jahren durchgestrichen war und daneben stand: »muss viereinhalb sein«. Und bei Peter war das gleiche, bei ihm war »vier Jahre« durchgestrichen und es stand da: »muss fünf sein«.

KLEWIN: Dann wart ihr beide in Bautzen II. Wusstet ihr, dass ihr relativ nah beieinander untergebracht wart?

CHRISTA GROSS: Ich war in Dresden mit einer Frau zusammen, die schon in Bautzen war. Die hat mitbekommen, dass ich jetzt auch da bin, konnte schnell zu mir an die Zelle kommen – den Spion konnte man beiseiteschieben – und hat durchgerufen: »Christa, bist du es? Der Peter ist auch im Haus.« Das war die beste Information.

PETER GROSS: Ich habe es aber erst drei Tage später erfahren.

CHRISTA GROSS: Ich habe dann ziemlich schnell auch deine Nummer gewusst. Die Ausländer hatten ja eine Nummer in der Küche, denn sie haben spezielles Essen bekommen. So konnten wir uns auch versteckt Korrespondenz zukommen lassen.

KLEWIN: Aber trotzdem. Ihr kanntet euch ein halbes Jahr. Dann habt ihr erst einmal die Urteile fünf und viereinhalb Jahre bekommen. Und auch wenn man vielleicht einmal eine Botschaft schicken kann, gesehen habt ihr euch während der ganzen Haftzeit ein Mal. Wie konntet ihr dann trotzdem den Kontakt aufrechterhalten?

PETER GROSS: Zum Teil hatten wir ja offizielle Schreiberlaubnis. Die wurde zwischendurch, wenn ich wieder einmal Aktionen gemacht hatte, wieder unterbrochen. Dann der illegale Kontakt. Dann hat sie mich manchmal unten im Freihof gesehen, ich habe sie manchmal gesehen. So wusste eigentlich immer jeder, dass der andere noch da ist. Das hat die Bindung gestärkt.

CHRISTA GROSS: Gefühle werden hier intensiver, das ist so. Uns hat das bestärkt, dass wir zusammenhalten, dass wir zusammenbleiben möchten. Liebe verdoppelt sich hier, genauso wie Hass.

KLEWIN: Wie sah der Haftalltag in Bautzen II konkret aus?

PETER GROSS: Viele von euch wissen ja, wie der Alltag hier aussah. Ich musste mich zwischendurch wieder abregieren, habe Streit mit den Beamten gesucht, es gab wieder Arrest. Insgesamt war ich vier Monate in den Tigerkäfigen. Aber diese



Konflikte mit den Beamten, das Streiten, die Schlägereien, das hat mir persönlich wohlgetan. Man konnte die innere Batterie entladen und dann war wieder alles ok. Dann hatte man wieder drei Monate Zeit und dann ging es halt wieder los. So hat man eigentlich die Zeit überstanden. Ich wusste ja, dass ich irgendwann rauskomme. Ich habe manchmal zu den Beamten gesagt: »Das arme Schwein sind ja Sie, Sie haben hier lebenslänglich, ich komme wieder in die Freiheit raus.« Klewin: Christa, deine Methode war eine andere. Du hast dich angepasst, um mit der Situation klarzukommen. Aber was macht das mit Physis und Psyche, hier so lange isoliert zu sein?

CHRISTA GROSS: Für mich war wichtig, dass ich die Zeit überstehe. Er hat die Arbeit abgelehnt und war sehr lange in Einzelhaft. Das hätte ich nicht gekonnt. Ich war in Dresden drei Monate in Einzelhaft und das hat mir seelisch ganz schön zugesetzt. Ich habe meine eigene Stimme geprobt, habe Gedichte aufgesagt. Man hat auch nur ein Buch bekommen. Man hat also probiert, dass man auch geistig nicht vollkommen abfällt. Ich habe mich eigentlich gefreut, dass ich wenigstens



arbeiten konnte. Da kam man ja zu der Erzieherin, die dann gefragt hat, ob ich in der Küche arbeiten würde. Da dachte ich, Küche ist gut, da kann man ein bisschen Vitamine tanken. Das Essen war ja unwahrscheinlich schlecht und ich hatte Angst vor Mangelerscheinungen. Die Arbeit war für mich eine Ablenkung, und ich habe sie lieber gemacht, als dass ich in der Zelle gesessen wäre. Frauen verkraften das auch anders. Man hat nur von ganz wenigen Frauen gehört, die in den Arrest gegangen sind. Frauen haben das mehr in sich hineingefressen und haben das untereinander ein bisschen abregiert. Ich habe in jedem Brief an meine Eltern geschrieben, dass ich jetzt einen Ausreiseantrag habe und dass ich das hier durchstehen will. Das Wichtigste war für mich, das Ziel zu erreichen wegzugehen. Und wenn man ein Ziel hat, dann kann man durchhalten. Ich brauchte dieses Ziel: Ich komme hier weg, auch wenn ich in die DDR entlassen werde. Ich habe auch der Erzieherin gesagt, dass ich keine Arbeit aufnehme, wenn man mich in die DDR entlässt, sondern setze mich in den nächsten Zug und

lasse mich wieder verhaften, aber ich lebe nie mehr in der DDR. Das war das Einzige, wo ich vielleicht revoltiert habe. Das andere habe ich ausgeglichen. Und das hat mir seelisch besser getan.

KLEWIN: Es gibt eine Geschichte, die mich bei der Ausstellungsvorbereitung, auch wenn das Jahre zurückliegt, sehr beeindruckt hat: Trotz dieser ganzen Entbehrungen und des harten Daseins hat Peter es geschafft, den wahrscheinlich größten und schönsten Liebesgruß von Haftraum zu Haftraum zu schicken. Ich möchte dich bitten, die Geschichte einmal zu erzählen.

PETER GROSS: Man hatte hier ja sehr viel Zeit zum Nachdenken. Dann dachte ich: Wie kann ich meiner Liebsten einmal einen Strauß Rosen schicken? Gab es überhaupt Rosen in der DDR? Keine Ahnung. Ich wusste von den Nelken. Dann habe ich Freunden in Zürich geschrieben, sie sollen über Fleurop meinen zukünftigen Schwiegereltern, so habe ich das im Brief erwähnt, einen Strauß Rosen schicken, der Schwiegervater soll ein Foto machen, und das Foto soll er wieder zurück nach Zürich schicken. Die Freunde haben mir nach über drei Monaten das Foto zugeschickt, und auf die Rückseite des Fotos mit dem Rosenstrauß in ihrem Zimmer konnte ich noch einen Liebesgruß schreiben und ihr offiziell mit einem Begleitbrief rüberschicken. Das Rosenfoto hängt hier auf der Tafel.

KLEWIN: Rosen nach Bautzen II. Ihr wurdet dann zum Glück vorzeitig und beide gleichzeitig entlassen. Dann war klar, dass ihr Faustpfand wart und gegen das DDR-Paar in der Schweiz ausgetauscht worden seid.

PETER GROSS: Wir wissen heute aus den Unterlagen, dass das DDR-Agentenehepaar am 16. Mai 1978 über Prag nach Ostberlin ausgeflogen wurde. Wir wurden am gleichen Tag aus der Zelle geholt und nach Hohenschönhausen beziehungsweise in die Magdalenenstraße gebracht. Erst drei Tage später wurde ich dem Konsul übergeben.

CHRISTA GROSS: Ich kam zu Dr. Vogel, und seine Frau hat mich dann nach Westberlin übergefahren.

PETER GROSS: Dann haben wir uns etwa drei Tage später an einer U-Bahn-Station getroffen. Sie hatte eine Nachricht auf dem Generalkonsulat in Westberlin hinterlassen, das ist heute die Schweizer Botschaft. Dann wusste ich, wo sie wohnt. Ihre Freunde haben mir dann gesagt, wann sie mit der U-Bahn wieder nach Hause kommt. Wir haben uns nach über drei Tagen, wo wir beide schon in Westberlin waren, getroffen. Dann waren wir noch etwa eine Woche zusammen in Berlin. Sie ging dann nach Kiel, weil sie dort Verwandtschaft hatte. Ich ging in die Schweiz zurück, musste auch zuerst einmal alles ordnen. Dann wollte ich mir ein neues Arbeitsdomizil in Basel suchen und sie sollte nach Lörrach kommen.

Denn von Lörrach aus konnte man mit der Straßenbahn hin- und herfahren. Ein halbes Jahr später, im Dezember 1978, haben wir in Basel geheiratet.

KLEWIN: Christa, du hast einmal zu mir gesagt: die Erinnerung an Bautzen lässt einen nie wieder los. Was heißt das? Welche Bedeutung hat die Haftzeit in deinem Leben später noch eingenommen?

CHRISTA GROSS: Dass der Mensch sehr stark sein kann, wenn er ein Ziel im Leben hat. Das haben wir dann im Leben auch so gemacht. Wir haben gesagt, wir haben ein Ziel, wir möchten das und das erreichen, und das haben wir erreicht. Bautzen hat uns mitgegeben, dass man charakterlich und seelisch sehr stark geworden ist. Dass man sich auch erinnert, dass einem auch schlechte Zeiten etwas fürs Leben mitgeben können. Viele Ehen sind hier drin auseinandergegangen. Und uns hat es zusammengeführt. Jeder verarbeitet das anders. Und es ist eigentlich wichtig im Leben, wie man auch eine schlimme Situation verarbeitet.

KLEWIN: Was bedeutet euch heute der Umgang mit eurer Geschichte? Es gibt eine Fernsehdokumentation, es gibt diese kleine Ausstellung. Ist das auch Genugtuung?

PETER GROSS: Es ist eine Genugtuung und ist auch etwas gegen das Vergessen.

CHRISTA GROSS: Ja, genau. Es tut gut, dass wir beachtet werden. Und es ist ganz wichtig, dass wir als Zeitzeugen daran erinnern, dass es wirklich schlimme Zeiten gegeben hat und dass die DDR-Zeit nicht so verklärt werden darf. Es war eine Diktatur. Und wenn es eine Diktatur des Proletariats war, es war eine Diktatur. Das sollte man heute nicht vergessen. Und auch die jungen Leute sollten erfahren, was es überhaupt heißt, in einer Demokratie zu leben.

KLEWIN: Das finde ich auch. Und das ist ein sehr gutes Schlusswort. Ich danke euch für das Gespräch.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 22. Bautzen-Forums

Prof. Dr. RAINER ECKERT

Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig

MATTHIAS EISEL

Leiter des Leipziger Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

SABINE FRIEDEL

Mitglied des Sächsischen Landtages, SPD-Fraktion

Dr. HANS-JÜRGEN GRASEMANN

Oberstaatsanwalt, ehemaliger stellvertretender Leiter der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter

CHRISTA und PETER GROSS

1975 wegen »versuchter Republikflucht« verurteilt und viereinhalb bzw. fünf Jahre u. a. in Bautzen II inhaftiert

ANNE HAHN

Im Mai 1989 in Aserbaidschan wegen »versuchter Republikflucht« verhaftet und in der DDR zu einem Jahr und zehn Monaten verurteilt

UWE-KARSTEN HEYE

Ehemaliger Sprecher der Deutschen Bundesregierung (1998–2002)

ROLAND JAHN

Bundesbeauftragter für die Unterlagen der Staatsicherheit der ehemaligen DDR

SILKE KLEWIN

Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

Prof. Dr. CHRISTOPH KLESSMANN

Historiker, Potsdam

HANKA KLIESE

Mitglied des Sächsischen Landtages, SPD-Fraktion

HANNELORE KOHL

Präsidentin des Obergerverwaltungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern

Dr. HINRICH LEHMANN-GRUBE

Ehemaliger Leipziger Oberbürgermeister (1990–1998)

CORNELIA LIEBOLD

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Bautzen

HARALD MÖLLER

Vorsitzender des Bautzen-Komitees e. V.

STEFAN NÖLKE

Journalist, MDR Figaro

Dr. MARIA NOOKE

Stellvertretende Direktorin der Stiftung Berliner Mauer

JOHANNES OESTERHELT

Unter dem Vorwurf der »Spionage« zu 13 Jahre Haft verurteilt und u. a. in Bautzen I und in Sibirien inhaftiert

LUTZ RATHENOW

Sächsischer Landesbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR

SIEGFRIED REIPRICH

Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

HARTMUT RICHTER

Wegen »staatsfeindlichen Menschenhandels« zu 15 Jahren Haft verurteilt, 1975–1980 u. a. in Bautzen II inhaftiert

MARKO SCHIEMANN

Mitglied des Sächsischen Landtages, CDU-Fraktion

Dr. ROLAND SCHMIDT

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung

CHRISTIAN SCHRAMM

Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

ELLEN THIEMANN

1971 wegen »versuchter Republikflucht« verurteilt und bis 1975 im
Frauengefängnis Hoheneck inhaftiert

WOLFGANG TIEFENSEE

Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD-Fraktion, Bundesminister a. D.

BASTIAN WIERZIOCH

Journalist, MDR Figaro

Bautzen-Foren im Überblick

(die Broschüren sind teilweise vergriffen, können aber über www.fes.de als pdf-Datei heruntergeladen werden)

Nr. 1

Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990.

Nr. 2

Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991.

Nr. 3

Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992.

Nr. 4

Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993.

Nr. 5

Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994.

Nr. 6

Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995.

Nr. 7

Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Macht-ergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996.

Nr. 8

Zivildourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997.

Nr. 9

Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998.

Nr. 10

Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999.

Nr. 11

Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000.

Nr. 12

Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR. Leipzig 2001.

Nr. 13

Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002.

Nr. 14

Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003.

Nr. 15

Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. Leipzig 2004.

Nr. 16

Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur. Leipzig 2005.

Nr. 17

Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006.

Nr. 18

Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007.

Nr. 19

Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur. Leipzig 2008.

Nr. 20

Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung. Leipzig 2009.

Nr. 21

Unrechtsstaat DDR – Willkür. Gewalt. Macht. Leipzig 2010.



Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Leipzig
Burgstraße 25
04109 Leipzig

Redaktion	Anna Lux, Leipzig, und Dorothea Parak, Berlin Matthias Eisel, Leipzig
Gestaltung	Thomas Glöß, Leipzig
Fotos	Gaby Waldek, Leipzig
Druck	Druckerei Friedrich Pöge, Leipzig

ISBN 978-3-86872-910-8

Umschlagfoto: Mauer in Berlin, 1962